



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Wem gehört das StadtLand?

**Eine kritische Analyse zu Zugang zu Land in der
neoliberalen Stadt.**

Verfasserin:

Katharina Reitterer

angestrebter akademischer Grad:

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: IDS, Internationale Entwicklung

Betreuerin: Dr. Irmtraud Voglmayr

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG	3
1.1. MEINE PERSÖNLICHE MOTIVATION	5
1.2. FORSCHUNGSFRAGE	7
2. THEORETISCHE EINBETTUNG	8
2.1. RAUM.....	9
2.2. HENRI LEFEBVRE UND DIE PRODUKTION DES RAUMES.....	10
2.1. DAVID HARVEY UND DIE WEITERFÜHRUNG DER MARXISTISCHEN RAUMTHEORIEN	19
2.2. DAS RECHT AUF STADT	24
2.3. DER BEGRIFF „URBANISIERUNG“	26
3. GOUVERNEMENTALITÄT	30
3.1. MACHT	31
3.2. DER BEGRIFF GOUVERNEMENTALITÄT	32
3.3. ANWENDUNG DER FOUCAULTSCHEN BEGRIFFE.....	37
3.4. ANEIGNUNGSFORMEN/ WIDERSTANDSFORMEN	38
3.4.1. <i>Widerstand</i>	40
4. WAS IST UNTER NEOLIBERALER STADT ZU VERSTEHEN?.....	42
4.1. UNTERNEHMERISCHE STADT	46
4.2. STADT ALS KONSUMRAUM.....	46
4.3. ÖFFENTLICHER RAUM UND UMWIDMUNG.....	48
4.4. INITIATIVEN ZUR WIEDERANEIGNUNG STÄDTISCHER RÄUME	50
4.5. NUTZUNGSFORMEN: ZWISCHENNUTZUNG ?.....	54
5. COMMONS.....	57
5.1. WAS SIND <i>COMMONS</i> ?.....	57
5.2. SOLIDARISCHE ÖKONOMIE.....	60
5.3. BESITZ STATT EIGENTUM.....	63
5.3.1. <i>Teile was du kannst!</i>	64
5.4. DIALEKTIK DER <i>COMMONS</i>	65
6. ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT	67
6.1. ERNÄHRUNGSSICHERHEIT = ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT ?	69
6.2. WARUM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT UND DAS RECHT AUF STADT ZUSAMMENGEHÖREN	72

7. STADT WIEN	75
7.1. WIENER STADTPOLITIK	77
7.2. SIEDLER*INNENBEWEGUNG – GESCHICHTE DER KLEINGÄRTEN IN WIEN.....	80
7.3. WER VERBAUT DIE STADT WIEN?.....	85
8. GEMEINSCHAFTSGÄRTEN	90
8.1. GEMEINSCHAFTSGÄRTEN ALS ERGEBNIS GOUVERNEMENTALER PRAXIS	94
9. METHODIK	96
9.1. ERLÄUTERUNG MEINER VORGEHENSWEISE	96
9.2. QUALITATIVE METHODIK – TEILNEHMENDE BEOBACHTUNG – DER WERT DES EIGENEN IM ZU ERFORSCHENDEN	97
9.2.1. <i>Teilnehmende Beobachtung</i>	98
9.2.2. <i>Das Forschungstagebuch</i>	100
9.2.3. <i>Informelle Gespräche</i>	101
9.2.4. <i>Interview</i>	102
10. LANDBESETZUNG SOLILA! 2012	103
10.1. DIE TAGE DER BESETZUNG.....	104
10.2. WARUM EINE LANDBESETZUNG?	108
11. GEMEINSCHAFTSGÄRTEN AM BSP. ROSENBERGPARK.....	112
12. FAZIT	115
13. LITERATURVERZEICHNIS.....	120
14. ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	126
ANHANG	127
INTERVIEW UND INFORMELLE GESPRÄCHE.....	127
FOTOS DER LANDBESETZUNG JEDLERSDORF 2012.....	127
ABSTRACT (DEUTSCH).....	131
ABSTRACT (ENGLISH)	132
LEBENS LAUF.....	133

An dieser Stelle möchte ich vor allem den Menschen danken, die das Studium Internationale Entwicklung ins Leben gerufen haben. Dieses Studium hat mein Leben geprägt und verändert. Durch den Einfluss wurde ich angehalten selbstverständliche Dinge zu hinterfragen und mich kritisch mit unterschiedlichen Thematiken auseinanderzusetzen. Besonderer Dank gilt auch meiner Betreuerin Irmtraud Voglmayr, die mich unterstützt hat diese Arbeit auf diese ehrliche Art und Weise schreiben zu können. Auch möchte ich mich für Ihre Ratschläge und Unterstützung bedanken, mit der sie mich in meinem Arbeitsprozess begleitet hat und sich stets Zeit für mich nahm.

Ein besonderer Dank gilt all jenen, die mich im Prozess des Verfassens meiner Diplomarbeit begleitet und unterstützt haben und mich mit ihrem Interesse an meinem Vorhaben stets motiviert haben und sich Zeit nahmen um mich bei meinen Denkprozessen unterstützten. Sie standen mir stets mit Rat zu Seite und schenkten mir Kraft diese Arbeit zu meistern.

Mein besonderer Dank richtet sich hierbei an meine Freundin und Lektorin Anna für ihre motivierenden und aufbauenden Worte, an Stefano der mich in der Zeit mental und inhaltlich sehr unterstützt hat, Jonas der mich immer wieder ermutigte diese Arbeit doch noch fertig zu schreiben, Lukas der mich darin bestärkte etwas wichtiges mit dieser Arbeit zu thematisieren, Aljoscha der sich im entscheidenden Moment viel Zeit für mich nahm, Hannes für die Freundschaft. Meinen wundervollen Mitbewohner*innen möchte ich danken, dass sie mit mir diesen wunderschönen Lebensraum beleben, erleben und gestalten. Zuletzt gilt der Dank meiner Familie, die mir stets Vertrauen und unglaublich viel Liebe schenken.

Zuletzt möchte ich all jenen Menschen danken, die 2012 Teil der Gruppe SoliLa waren und mit mir zusammen in diesem schönen Schlaraffengarten lebten – Ihr seid eine Inspiration für mich!

„Es ist der Raum derjenigen, die ihn beschreiben!“

Henri Lefebvre

1. Einleitung

Das Zitat Lefebvres kann als Feststellung gelesen werden. Ich verstehe es eher als Forderung an einen nicht erfüllten Zustand, der sich in den meisten Städten zeigt. Die Stadt und deren freie, öffentliche Räume gehören nicht denen, die sie beschreiben. Sie unterliegen verschiedensten Interessen, von denen sich zumeist jene durchsetzen, die vermarktbar oder Gewinn versprechend sind. Entscheidungen in den Bereichen Stadtgestaltung, Stadtplanung und Stadtästhetik werden nicht demokratisch getroffen sondern von „oben“ herab diktiert. Wenngleich beispielsweise in der aktuellen Legislaturperiode der Wiener Stadtregierung zumindest der Wille nach mehr Bürger*innenbeteiligung formuliert wurde, lässt sich ein ungleiches Machtverhältnis erkennen.

Die Problematik der Machtverhältnisse wirft Fragen auf wie: Wer hat die Macht und wer nimmt sich die Macht Entscheidungen über die Versiegelung von fruchtbaren Böden und die Gestaltung der Stadt zu treffen? In dieser Arbeit werde ich den Zusammenhang von urbaner Landbesetzung und Landwirtschaft in der Stadt beleuchten. Welche Relevanz hat urbane Landwirtschaft in der Stadt? Wie werden urbane Räume in der Stadt kontrolliert und welche Machtverhältnisse bestimmen den Zugang zu Land in der Stadt? Dabei werde ich mich auf das Konzept „Recht auf Stadt“ von Henri Lefebvre beziehen.

In einer Stadt zu leben heißt meiner Meinung nach nicht sein souveränes Recht auf selbstbestimmte Nahrungsmittelproduktion und bewussten Konsum abzugeben. Es sollte auch in der Stadt diesen Bedürfnissen Raum gegeben werden. Raum, in dem Handlungen nicht von der mächtigen Stadtregierung reglementiert und diktiert werden. Dass Zugang zu Land in der Stadt meist von „oben“ herab gestaltet und initiiert wird, werde ich anhand des Gemeinschaftsgartens, Rosenbergpark im 17. Wiener Gemeindebezirk ersichtlich machen. Ich werde mithilfe des Gouvernementalitätskonzepts diskutieren, inwiefern Bewohner*innen der Stadt Wien instrumentalisiert werden um dem grünen Anspruch der Stadt gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund werde ich einen Einblick in den Entwicklungsprozess einer „Bewegung“ in Wien geben, die Forderungen auf Zugang zu Land erhoben hat um die Thematik Zugang zu Land im Bezug auf Ernährung zugänglich zu machen. Zu diesem Zwecke werde ich die Gruppe SoliLa vorstellen und die Problematiken darstellen mit denen die Gruppe konfrontiert war.

Selbstgestaltete Grünräume zählen ebenso zu einer Stadt wie selbstgestaltete Wohnräume. Anhand eines Beispiels vom Kampf um urbane Räume gebe ich Einblicke zu einer Landbesetzung im April 2012 die am globalen Tag des kleinbäuerlichen Widerstands stattfand.

In diesem Zusammenhang werde ich einen kritischen Blick auf die Politik der Stadt Wien werfen. Beginnend mit einer Begriffsdefinition von Stadt werde ich nach einem historischen Exkurs zur Siedler*innenbewegung übergehen zur neoliberalen Stadt von heute. Im Zuge dessen werde ich aufzeigen, inwiefern die Stadtplanung landwirtschaftliche Nutzungsformen in der Vergangenheit beeinflusste und immer noch beeinflusst. Darüber hinaus wird thematisiert wie wenig Beachtung alternative Lebens- und Wohnformen im Gegensatz zu Betonbauten und organisierten Gemeinschaftsgärten finden.

Dazu werde ich die Problematik der Umwidmung von „öffentlichen“ Raum hin zum kommerziellen Raum thematisieren. Die Veränderung der Stadt basiert nicht selten auf einem „Ausverkauf der Stadt“ in dessen Umstrukturierung „öffentliche“ Räume privatisiert und zu Konsumräumen umgestaltet werden. Dies führt in weiterer Folge zu einer Vertreibung von marginalisierten Gruppen aus dem „öffentlichen“ Raum da dieser im Zuge der Stadtaufwertung verloren geht. Die Ausschlüsse haben sich mit der stetig steigenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Städte vermehrt (vgl. Gebhard/Holm 2011:8).

Das Kapitel zur Siedler*innenbewegung Wiens soll zur Erinnerung an eine scheinbar vergessene Form des Widerstands, der Landbesetzung, dienen. Das Kollektiv SoliLa regt dazu an, die Geschichte wieder aufleben zu lassen und drängt darauf Lebensalternativen in der Stadt verwirklichen zu können.

„Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand“ (Foucault 1983:96) und Widerstand benötigt selbstgestaltete und gemeinschaftlich nutzbare Räume um auch in der Stadt die Möglichkeit zu haben, fernab der Marktlogik und dem davon ausgehenden Zwang leben zu können. Besetzungen von Räumen im *StadtLand* sind eine Widerstandsform gegen den Raub „unserer“ Stadt.

Belebung von städtischen Räumen kann und soll meiner Meinung nach mit selbstbestimmter Nahrungsmittelproduktion einhergehen. Vorweg gilt allerdings zu klären, was ist „Stadt“ und was ist „Land“? und inwiefern sind die beiden Teile voneinander trennbar? Hierbei werde ich mich erneut auf Lefebvre beziehen, der Stadt und Land in ein

untrennbares Verhältnis zu einander stellt. Dieses Verhältnis wurde mit der voranschreitenden Urbanisierung der Stadt und der Zerstörung des ländlichen Lebensraums transformiert. Er zeigt auf, dass diese Entwicklung des Urbanen mit einem neuen, modernen Lebensstil und neuen Konsummustern einhergeht (vgl. Lefebvre zit. nach Harvey 2012:15). Wichtig ist es, diese Räume nicht als binär und gegensätzlich zu verstehen, sondern dieses *StadtLand* als Ort der Auseinandersetzung verschiedener Lebensentwürfe zu fassen. Es gilt zu verstehen, dass das Recht auf selbstbestimmte Ernährung und Zugang zur Mitgestaltung des eigenen Lebensraums auch Teil eines souveränen Rechts auf Stadt sind. Mit diesem Gedanken werde ich mich in meiner Arbeit auseinandersetzen, wenn es darum geht, Boden und Nahrung als Ware in der neoliberalen Stadt zu analysieren.

1.1. Meine persönliche Motivation

Meine persönlichen Motive, das Thema Zugang zu Land in der Stadt zu thematisieren und zu analysieren, haben ihre Anfänge in meiner Kindheit. Aufgewachsen bin ich im 22. Wiener Gemeindebezirk im ehemals grünsten Bezirk Wiens¹. Unser Haus und die Häuser unserer Nachbar*innen waren von einem großen Feld umgeben und der Traktor fuhr einst an meinem Zimmerfenster vorbei.

Einige Jahre später spazierte ich über die Straße in die moderne Gartensiedlung, entworfen von Roland Rainer (vgl. AzW 2003), um auf dem tollen, modernen Spielplatz zu spielen. Nun, weitere 15 Jahre später, fahre ich mit der U2 beinahe bis direkt vor die Haustür meines Elternhauses. Mein Vater findet diese Entwicklung toll. Das hätte er sich nie gedacht, dass dieses ehemalige „Dorf“ Stadlau an die Innenstadt angeschlossen wird. Mit dem Auto ist es beinahe eine kleine Weltreise in die Stadt. Für mich persönlich stellt sich diese Entwicklung eher negativ dar. Man möchte es als Nostalgie bezeichnen, aber mich macht es traurig zu sehen, dass ein Neubau nach dem anderen auf fruchtbaren Böden entsteht und die meisten Wohnungen nach zwei Jahren immer noch leer stehen. Diese Traurigkeit manifestiert sich auch, wenn ich an dem Einfamilienhaus der Familie Müller²

1 Gegenüber 2005 hat sowohl der gärtnerische Freilandanbau (von 361 Hektar auf 329 Hektar) als auch die Ackerfläche (von 2.702 Hektar auf 2.439 Hektar) deutlich abgenommen. Gründe dafür sind die städtische Entwicklung sowie die Umwidmung von Ackerflächen in den immer größer werdenden Naturraum (vgl. Landwirtschaftskammer Wien 2011:15)

2 Name von der Autorin geändert

vorbeispaziere, das zwischen zwei zehn Meter hohen Neubauten eingeschlossen ist. Das direkte Aufeinanderprallen solcher städtebaulicher Extreme bleibt in der Bevölkerung unwiderrprochen. Die Kritik gilt allerdings nicht den hohen Neubauten alleine, sondern auch der Verkehrspolitik und dem prestigeträchtigen Projekt die Verlängerung der U-Bahn Linie U2 (vgl. Seiß 2011).

Heute lebe ich in einem Haus mit acht Menschen und einem großen Garten. Jeden Tag, wenn ich frühmorgens barfuß den Garten betrete um zu gießen, genieße ich es, die frische Luft in meinen Lungen und das Gefühl des Grases zwischen meinen Zehen zu spüren. Wir bewirtschaften eine Fläche von etwa 25m². Dies geschieht zwar noch nicht in dem Ausmaß als das wir uns aus der Abhängigkeit von Supermärkten lösen könnten, aber zumindest decken wir mit der Ernte einen großen Teil des Eigenbedarfs ab. Es ist viel Arbeit, aber es ist Arbeit, die mich glücklich macht. An so manchem Nachmittag koste ich die frischen Tomaten von den Stauden und denke zurück an die ersten Märztag, an denen ich die winzigen Samen in die Erde gedrückt habe und nun das Wunder der Natur schmecke. Ich genieße es, in einer Gemeinschaft zu leben, in einer Gemeinschaft zu arbeiten, gemeinsam die Hände in die lehmige Erde zu stecken, gemeinsam gegen Schnecken zu kämpfen, von und miteinander zu lernen, im frisch gemähten Gras zu liegen, wochenlang Anbaupläne auszutüfteln und dann doch alles wieder zu verwerfen, Tomatenstandorte zu diskutieren, Obst zu ernten und einzukochen, Brennnesselverbrennungen am ganzen Körper prickeln zu spüren, die frische Ernte ins Haus zu holen und gleich zu verarbeiten und dann gemeinsam das ganze Jahr davon zu speisen.

Nahrungsmittel sind für mich schon lange nicht mehr nur Waren die ich selbstverständlich im Supermarkt kaufen kann, sondern wichtige Ressourcen, die gepflegt und bewusst genutzt gehören. Ich sehe das Privileg eines Gartens, in dem diese Form der selbstbestimmten Lebensmittelproduktion möglich ist. Gärtnern mag nicht bei allen Menschen auf Begeisterung stoßen und der Stellenwert qualitativ hochwertiger Nahrung ist nicht für alle Bewohner*innen der Stadt der gleiche. Trotzdem bin ich der Meinung, dass für Menschen, für die es aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich ist, auf dem Land zu leben und selbstbestimmt Lebensmittel zu produzieren, die Möglichkeit in der Stadt bestehen sollte, sich gesund und bewusst zu ernähren und ihre Ernährung selbst in die Hand nehmen zu können.

In diesem Zusammenhang stelle ich die Frage nach dem „Recht auf Stadt“. Wer darf städtische Räume wie gestalten? Wer nicht? Haben Menschen, die konsumkritisch denken, in der Stadt der Einkaufsstraßen und Bürogebäude Platz? Ist in diesen Betonwüsten Raum für grüne Alternativen? Ist Bewirtschaftung von fruchtbaren Flächen in der Stadt Wien im Zuge der Verbauung und dem Ausverkauf der Stadt überhaupt noch möglich? Wenn ja, mit welchen Konditionen ist die Bewirtschaftung von Land in der Stadt Wien verbunden? Auf die Forschungsfrage hinarbeitend, haben sich dann für mich weitere Fragen ergeben:

- Wer hat Zugang zu Land um selbstbestimmt Gemüse zu produzieren?
- Wer verhindert diesen kollektiven Willen einiger bewusst lebender und agierender Menschen und somit auch die Möglichkeit etwas an der Verbauung dieser Stadt zu ändern?
- Welche Machtkonstellationen stecken dahinter?
- Ist Land, das von der Bundesimmobiliengesellschaft verwaltet wird, nicht öffentliches Gut und für alle Bürger*innen zugänglich und gestaltbar?
- Inwiefern sind Gemeinschaftsgärten Orte der Repräsentation der „grünen“ Stadt Wien?
- Was symbolisiert Garten? Welche Rolle hat der Garten im Bild der Krise?

Mit Hilfe dieser Unterfragen gelange ich zur Forschungsfrage.

1.2. Forschungsfrage

Wie wird Zugang zu „bewirtschaftbarem“ Land in der neoliberalen Stadt Wien geregelt?

Im Folgenden werden die für meine Arbeit relevanten Theorien zu Raum vorgestellt. Als Bezugspunkt dient mir die marxistische Raumtheorie Lefebvres und in seiner Tradition stehend, jene von David Harvey. Von diesen ausgehend, wird auf weitere Autor*innen Bezug genommen und anhand dieser, das „Recht auf Stadt“ diskutiert.

Foucaults Konzept der Gouvernementalität bietet ein Instrument um die Machtdiskurse zwischen der Stadtverwaltung der Stadt Wien und dessen Bewohner*innen beziehend auf Zugang zu Land zu analysieren.

Darüber hinaus dienen die Konzepte der *Commons* und der Ernährungssouveränität als Anhaltspunkte für den Kampf um Land in der Stadt und die damit verbundene Dringlichkeit einer Veränderung des städtischen Konsumverhaltens. Im Kontext hierzu wird die Stadt Wien und ihre Verbauungspolitik ins Blickfeld gerückt und anhand dessen erklärt was als neoliberale Handlungen zu verstehen ist. Als praktisches Beispiel dient mit hierzu die Landbesetzung die klar macht warum ein Kampf um Land in der Stadt legitim ist.

Ein Überblick zu Gemeinschaftsgärten und der Erklärung warum ich Gemeinschaftsgärten als Praxis der gouvernementalen Theorie betrachte leiten die Darstellung des Forschungsobjektes Rosenbergpark ein. Vorweg erläutere ich die angewandten Methoden meines Forschungsprozesses um die Herkunft meines Materials nachvollziehbar zu machen.

Ich versuche in meiner Arbeit bewusst nicht normativ zu schreiben. Dies, darüber bin ich mir bewusst, gelingt nicht in allen Bereichen, da ich in Themen rund um Ernährungssouveränität und Recht auf Stadt ideologisch und persönlich sehr involviert bin. Im Schlusskapitel werden die verschiedenen Teile der Arbeit zusammengeführt und die wesentlichen Argumente der Ergebnisse zusammengefasst und präsentiert.

2. Theoretische Einbettung

In der Raumsoziologie wird davon ausgegangen, dass Raum der materielle Hintergrund sei, vor dem sich soziale Prozesse strukturieren. Raumtheoretische Überlegungen (vgl. Löw 2008:68) zeigen, dass Raum nicht unmittelbar gegeben und wahrnehmbar, sondern das Resultat menschlicher Syntheseleistungen ist. Raum wird als sozial produziert begriffen – ein Ort, der durch Gesellschaft strukturiert wird und diese gleichzeitig strukturiert (vgl. ebd.: 63ff.).

In den 1950er Jahren war Henri Lefebvre der energischste Verfechter einer Wiederbeachtung von Raum in der kritischen Gesellschaftstheorie. Erst in den 1980er Jahren wurden seine Theorien in der anglophonen Welt anerkannt und gewürdigt.

Laut Edward Soja (2008) richtet sich Lefebvres Interesse auf die zentralen Eigenschaften des modernisierten Kapitalismus, der durch die Choreographie des kapitalistischen Staates und des instrumentalisierten Planens ins Alltagsleben eindringt. „Das Überleben des Kapitalismus, so Lefebvre, basiert auf der Schaffung einer zunehmend umfassenden, instrumentellen und sozial mystifizierten Räumlichkeit, die dem kritischen Blick durch einen dicken Schleier von Illusionen und Ideologien verborgen bleibt“ (ebd.:2008:84).

Auch David Harvey stellt eine prägende Figur in der marxistischen Geographie dar. Sein Standpunkt ist, dass die historische Geographie des Kapitalismus das Objekt unserer Überlegungen sein muss um den geographischen Materialismus untersuchen zu können (Harvey zit. nach ebd.: 2008:78).

2.1. Raum

Vorweg gesagt entstanden Debatten zu Raum in erster Linie gemeinhin unter dem philosophischen Begriff der „Ontologie des Raumes“. Fragen wie: Existiert der Raum an sich, ist er ein Gegenstand in dem Kraft und Mächte zirkulieren oder ist er bloß ein abstraktes, ideales Konzept? Diese Fragen verweisen auf das bis heute existierende abendländische Denken in der philosophischen Tradition. Lefebvre bricht ein Stück weit mit der Tradition des abendländischen Denkens, als er seine Theorie der Produktion des Raumes aufstellt.

Der Begriff „Raum“ beschreibt eine Organisationsform des Nebeneinanders und bezeichnet eine Relation zwischen gleichzeitigen Platzierungen von Objekten. „Nicht das Objekt ist Raum, sondern Raum spannt sich zwischen Objekten auf. Raum ist deshalb der Inbegriff für Gleichzeitigkeiten“ (Löw 2008:51). Räume werden von unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedlich konzipiert und wahrgenommen. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass der „Raum“ keine Naturgegebenheit ist, sondern ein Konstrukt. Raum ist also in diesem Sinne nicht ursprünglich vorhanden, sondern wird erst durch den Menschen entworfen, z.B. durch Verbauung von fruchtbaren Böden – also Aneignung der Natur (vgl. Läßle 1991:36ff.).

Um Räume zu analysieren, braucht es Differenzen, die sich gegenseitig verändern und verflechten. Dies gilt für Makroräume wie zum Beispiel Nationalstaaten oder das „kapitalistische Weltwirtschaftssystem“ das durch eine internationale Arbeitsteilung

geprägt ist und ebenso für Mikroräume, in deren Mittelpunkt der Mensch mit seinem Körper steht und im Alltag ständig Raumerfahrungen macht.

Michel Foucault nimmt Räume als sakrale Orte wahr, die seit dem Mittelalter akzeptiert werden. Selbst den zeitgenössischen Raum akzeptieren wir als privaten Raum, öffentlichen Raum, Raum der Familie, Raum der Gesellschaft, Raum der Arbeit und der Freizeit.

„Der Raum in dem wir leben, durch den wir uns aus uns herausgezogen werden, in dem sich die Erosionen unseres Lebens, unserer Zeit und unserer Geschichte abspielt, dieser Raum, der uns zernagt und auswäscht, ist selber auch ein heterogener Raum. Anders gesagt: wir leben nicht in einer Leere, innerhalb derer man Individuen und Dinge einfach situieren kann. Wir leben nicht innerhalb einer Leere, die nachträglich mit bunten Farben eingefärbt wird. Wir leben innerhalb einer Gemengelage von Beziehungen, die Platzierungen definieren, die nicht aufeinander zurückzuführen und nicht mit einander zu vereinen sind“ (Foucault 1991:67).

Nach Henri Lefebvre ist der „Raum“, bis in die 1980er Jahre hinein eine unterbelichtete sozialwissenschaftliche Kategorie, während der Begriff „Stadt“ seit Beginn der Sozialwissenschaften zu den privilegierten Objekten der Theoriebildung zählt. „Raum“ wurde meist als Nebenaspekt wahrgenommen, dem keine konstituierende Bedeutung für die Gesellschaft beigemessen wurde (vgl. Lefebvre zit. nach Schmid 2005:23).

2.2. Henri Lefebvre und die Produktion des Raumes

Henri Lefebvre galt als einer der Hauptfiguren der Pariser Studentenunruhen im Mai 1968 und erregte 1947 Aufsehen mit der Erscheinung seines Buches „Kritik des Alltagslebens“. Er verfasste 60 Bücher und über 300 Artikeln zu unterschiedlichsten gesellschaftlichen, philosophischen und politischen Fragen bevor er sich zwischen Mitte der 1960er und Mitte der 1970er Jahre zunehmend Fragen nach Stadt und Raum widmete. 1968 verfasste er ein theoretisches Essay zur städtischen Krise, in dem die Suche nach einer neuen Theorie der Stadt im Vordergrund stand.

Das Resultat seiner Analyse zu „Recht auf Stadt“ bedeutet: Das Recht, nicht aus der Stadt in die Vorstädte vertrieben zu werden, das Recht auf Zugang zu den Möglichkeiten und Chancen der Stadt, das Recht auf eine erneuerte Urbanität. Dies war einer der ersten Ansätze zur allgemeinen Theorie der urbanen Gesellschaft, aus der sich die wohl radikalste Theorie über die vollständige Urbanisierung der Gesellschaft entwickelte (vgl. Schmid 2005:11). Lefebvres Analyse konzentriert sich insbesondere auf die Zusammenhänge der städtischen Problematik und der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

Um diese Zusammenhänge ersichtlicher zu machen, wechselt Lefebvre auf der analytischen Ebene hin zur Kontextualisierung von Urbanisierungsprozessen der allgemeinen gesellschaftstheoretischen Kategorie des Raumes. Mit seinem Werk *Production de l'espace* wird er zum Pionier der modernen Raumsoziologie. In diesem Buch kritisiert er erstmals den relationalen Raumbegriff und verknüpft ihn mit Kapitalismuskritik (Löw 2008:52). Diese kritische Analyse von Raum, ermöglicht es, den gesellschaftlich hergestellten Raum zu erforschen. Lefebvre unterscheidet in seinen Ausführungen zwischen dem sozialen und dem physischen, d.h. natürlichen Raum und betont, dass letzterer immer mehr verschwindet.

„Natürlicher Raum habe heute den Charakter eines Hintergrundbildes. Menschen erinnern sich an natürliche Räume, besetzten sie mit Phantasien, finden sie jedoch nicht mehr in der Praxis vor. Raum ist demzufolge heute immer sozialer Raum und als solcher ist er nicht nur Produkt des Gesellschaftlichen, sondern jede Gesellschaft oder – in der marxistischen Terminologie Lefebvres formuliert – jede Produktionsweise bringt ihren jeweils spezifischen Raum hervor“ (ebd.:52).

Dieser Argumentation folgend muss zunächst die Frage nach den dominierenden Interessen in einer Gesellschaft gestellt werden nach denen Räume gestaltet werden – zum Beispiel gelten Alltagsleben und Staat, als zwei unterschiedliche Realitätsebenen, wobei der Staat objektiviert und den Alltag der Menschen bestimmt und somit Räume erstellt und die Bevölkerung in diesen Räumen verortet. Eine solche Verortung führt zur Exklusion vieler Menschen und zu Ausschlüssen aus der Stadt. Diese Praxis provoziert Widerstand. Die Stadt wurde nicht umsonst zu dem Ort, an dem sich Produktionsmittel und Arbeitskräfte versammelten und somit zu dem Ort, an dem die Widersprüche der Industriegesellschaft aufeinander prallten (vgl. Schmid 2005:25).

Lefebvre entwickelt auf der Grundlage der Theorie des Alltags seine raumtheoretischen Überlegungen und erklärt diese mit seiner Erkenntnis über den Reichtum, der in der Welt der Trivialität steckt, d.h. im Alltag lässt sich die Entfremdung beobachten und der Blick für das Leid wird geschärft. Lefebvre macht mit seinen Überlegungen darauf aufmerksam, dass das Leid vieler Menschen nicht naturgegeben ist, sondern dass sich die Alltäglichkeit vieler arbeitender Menschen unter der Kontrolle des Kapitalismus zunehmend verändert hat bzw. die Leiden auf diesem Weg produziert werden.

Lefebvre bietet uns eine Theorie um Alltag zu analysieren und die darin versteckten Formen und Konzepte des Neoliberalismus zu entlarven. „Eine Alltäglichkeit bildet sich, wurde zum sozialen Ort einer hochentwickelten Ausbeutung und einer sorgfältig überwachten Passivität“ (Lefebvre 1972:149). Produktion (Raumvermessung) und

Kontrolle über den Raum dienen als das Bemächtigungsmittel des Kapitalismus, so Lefebvre. Kapital und damit auch der Staat, sichern ihre Machtpositionen über den Zugriff auf den Raum, indem der Raum eingeteilt und geplant wird – eine Kolonialisierung von Raum und Zeit findet statt (vgl. Löw 2008:52).

Diesen kapitalistischen Raum bezeichnet Lefebvre als *abstract space*, der gekennzeichnet ist durch die Fragmentierung und Homogenisierung. Fragmentierung meint hier, die Einteilung des Raumes in vermarkt bare Teile, Homogenisierung betont die nivellierten Ebenen (vgl. ebd.:52). Für Lefebvre ist abstrakter Raum:

„ein Raum von Quantifizierung und wachsender Homogenität, ein warenförmiger Raum, in dem alle Elemente tauschbar und deshalb austauschbar sind; ein kontrollierter Raum, in dem der Staat keinen Widerstand und kein Hindernisse toleriert. Wirtschaftlicher Raum und politischer Raum nähern sich in Richtung einer Auflösung von Differenzen immer weiter an“ (Lefebvre zit. nach McCann 2007:241f.).

Er zeichnet somit einen Raum, der von Eliten als homogen, instrumentell und ahistorisch repräsentiert und geformt wird, um die Ausübung staatlicher Macht und den freien Kapitalfluss zu ermöglichen (vgl. McCann 2007:236). Die Funktion des Tauschwertes bestimmt den Gebrauchswert des Raumes. Räume werden von der Stadtregierung zur Verfügung gestellt und die Anleitung ihrer Nutzbarkeit meist direkt mitgeliefert. Als Beispiel: Gibt es in der Stadt zu viele zentral oder dezentral selbstorganisierte Räume wird es für die Stadtverwaltungsinstanzen unmöglich diese Räume zu kontrollieren. Deswegen werden Rahmenbedingungen geschaffen in denen sich „selbstorganisierte“ Projekte verwirklichen können. In den Köpfen vieler Bürger*innen existiert kein Ansporn, sich selbst Räume außerhalb eines geordneten Rahmens anzueignen und zu gestalten, weil es verboten ist. Um es verständlicher zu machen: Im Votivpark in Wien würde wohl kaum ein Mensch beginnen Tomaten anzupflanzen, da die Person weiß, dass sie das nicht darf. Dinge sind oft nicht denkbar, weil sie im Denken gar nicht existieren. Der Wille etwas zu realisieren wird in diesem Fall schon vor der Umsetzung gebrochen – Mensch agiert nicht mehr sondern reagiert.

Die Triade

Um über Raum reflektieren zu können, formuliert Lefebvre eine konzeptionelle Triade (eine dreifache Beziehung) bestehend aus (vgl. Löw 2008:52):

- Der räumlichen Praxis (*spatial practice*): Produktion und Reproduktion von Raum, basierend auf einer nicht reflexiven Alltäglichkeit.
- Repräsentationen von Raum (*representation of space*): Raum, wie er kognitiv entwickelt wird durch, z.B.: Architekten, Mathematiker, Stadtplaner*innen, etc.
- Räume der Repräsentation (*spaces of representation*): hiermit sind Räume mit komplexen Symbolisierungen gemeint. Der gelebte Raum der Empfindungen, der Phantasie, der Gefühle und der Bedeutungen – wie sie in unser Alltagsleben einbezogen sind.

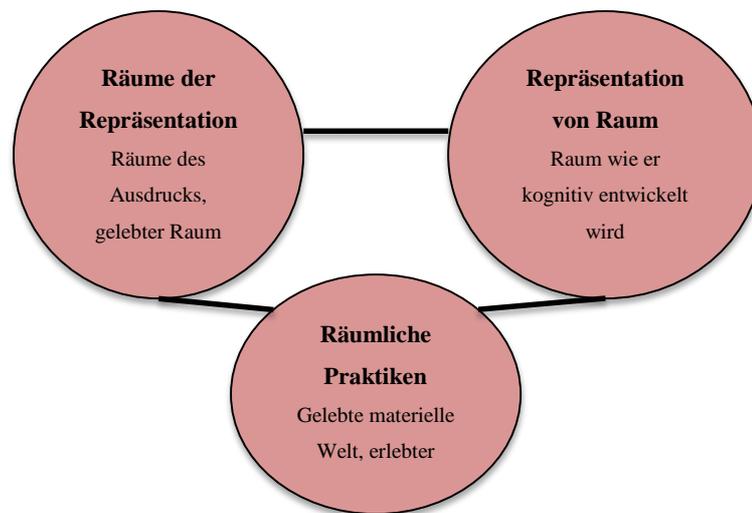


Abb. 1: Triade nach Henri Lefebvre, selbst gestaltet nach Quelle: Schmid (2005:192-244)

Diese Ebenen sind nicht als voneinander getrennt zu betrachten, sondern durchdringen sich wechselseitig. Die Triade des Raumbegriffs weist auch auf einen zweifachen Zugang zu Raum hin: einerseits einen phänomenologischen, andererseits einen linguistischen bzw. semiotischen (vgl. Schmid 2012:35).

Die Entstehung des Raumes

Raum hat einen mit fünf Sinnen wahrnehmbaren Aspekt. Dieser bezieht sich direkt auf die Materialität und Elemente, die einen Raum konstruieren. Die räumliche Praxis verknüpft Elemente (in diesem Zusammenhang sind sowohl Menschen als auch Gegenstände gemeint) zu einer räumlichen Ordnung. In der Praxis ist der urbane Raum demnach ein Raum der materiellen Interaktion und des physischen Zusammentreffens und sollte in der idealen Vorstellung allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein. Die Möglichkeit für

diese Zusammenkünfte ist allerdings im gesamtstädtischen Raum nicht gleich verteilt. Es gibt Orte, an denen städtische Ressourcen geballt und andere, an denen sie ausgedünnt sind. Direkt mit dieser Beobachtung ist die Frage verknüpft: Wer hat Zugang zu diesen Ressourcen und wer regelt diese Zugänge?

Werden Differenzen zwischen Menschen akzeptiert und als dynamisch begriffen und kommt es zu einem offenen Austausch oder werden soziale Unterschiede ausgegrenzt? Lefebvre stellte fest, dass sich ein Raum nicht wahrnehmen lässt, ohne zuvor konzipiert worden zu sein – wenn auch nur gedanklich. „Ein konzipierter Raum ist mithin eine Darstellung, die einen Raum abbildet und definiert und ihn damit auch repräsentiert“ (Schmid 2011:37). Konzeptionen und Konstruktionen von Raum setzen immer eine gesellschaftliche Konvention voraus, die festlegt, welche Elemente zusammen passen und welche nicht. Dies ist an der heutigen Stadtplanung erkennbar. Unterschiedliche Menschen werden bewusst nicht mehr in Verbindung gesetzt und treffen aufgrund von stadtplanerischen Umsetzungen nur mehr zufällig aufeinander.

Lefebvre sieht darin einen gesellschaftlichen Produktionsprozess, der mit Machtstrukturen verknüpft ist und somit umfassen Repräsentationen des Raumes stets Regeln und Ethik (zum Folgenden vgl. ebd.:37). Was wir heute als „Stadt“ verstehen, ist demnach abhängig von der politischen und in weiterer Instanz, der gesellschaftlichen Definition und auch von dem Bild der Stadt, welches durch Werbung und politische Projekte vermittelt wird. Die heutige Stadt bildet keine homogene soziale oder ökonomische Einheit mehr und genau aus diesem Grund ist es möglich, eine Stadt zu definieren, ihr von außen ein Image zu verpassen und sie abzugrenzen. So zum Beispiel der Werbeslogan der Stadt Wien: „Wien ist anders“ – wobei keine Erklärung für diese Andersartigkeit mitgeliefert wird. Es scheint als würde diese Andersartigkeit primär dazu dienen, sich abzugrenzen. Bei Definitionen bleibt es nie stehen, ist Schmid der Ansicht, sie werden unmittelbar zu politischen Fragen, da sie eng mit Zugangs-/ Regeln, Normen, Verboten und Zwängen verbunden sind.

Lefebvre nennt die Räume der Repräsentation Räume des Ausdrucks, da sie etwas bezeichnen. Hierbei wird der Raum durch Symbole, Logos oder den Staat mit einer Bedeutung belegt. Lefebvre nennt ihn deswegen auch den gelebten Raum. Die Stadt ist somit auch immer eine konkrete Erfahrung, ein Ort der Bewohner*innen die ihn nutzen

und ihn sich in ihren Alltagspraktiken aneignen. Das Selbstverständnis von dem, was „Stadt“ ausmacht, wird daher bereits jedem kleinen Kind beigebracht. Städte sind stets Symbole für Spannung, Neugier, Anonymität und Ungewissheit. Diese symbolischen Bereiche werden oft ausgetestet und ob die Stadt nun ein Ort mit vielen unterschiedlichen Menschen oder ein krimineller, gefährlicher Ort ist, wird dann mit eigenen Erfahrungen und Erlebnissen verbunden und subjektiv ausgewählt, welche Erlebnisse sich ins Gedächtnis einschreiben und welche nicht.

„Die Räume und Zeiten der Repräsentation, die uns umhüllen und umgeben, wenn wir unserem Alltag nachgehen, berühren sowohl unsere direkten Erfahrungen als auch die Art und Weise, wie wir die Darstellungen interpretieren und verstehen. Möglicherweise bemerken wir nicht einmal die materiellen Eigenschaften der räumlichen Strukturen, die in unseren Alltag inkorporiert sind, da wir ungeprüften Gewohnheiten anhängen“ (Harvey 2007:139).

Schmid macht darauf aufmerksam, dass die Auseinandersetzung mit der Stadt konstitutiver Bestandteil solcher städtischer Erfahrungen sind und erst auf diesem Weg das Bewusstsein vieler Menschen entsteht, dass urbane Räume auch anders gestaltet werden können. Dafür braucht es allerdings Zeit, die Stadt zu erleben und Möglichkeiten, die Stadt zu leben, d.h. sie nicht bloß als repräsentativen Raum wahrzunehmen. Dies ist in Zeiten des schnellen und hektischen Stadtlebens, das eine Produktionsmaschine antreibt kaum noch denkbar.

„Die Theorie der Produktion des Raumes umfasst im Kern also einen dreidimensionalen Produktionsprozess: erstens die materielle Produktion, zweitens die Produktion von Wissen, drittens die Produktion von Bedeutungen. Die drei Dimensionen der Produktion des Raumes bilden eine widersprüchliche dialektische Einheit. Es handelt sich um eine dreifache Determination: Erst im Zusammenspiel aller drei Pole entsteht Raum“ (Schmid 2012:39).

Der Raum ist somit das Ergebnis von aktiven Produktionsprozessen, etwas Gelebtes und Belebtes, das aufgrund von ständigen Debatten und Kämpfen immer wieder neu gestaltet und neu definiert wird.

Kritik an Lefebvre

Laut Löw umgeht Lefebvre allerdings die Frage, wie Raum inhaltlich bestimmt werden kann. Sie kritisiert, dass Lefebvre nur weiß, was Raum nicht ist: er ist kein Behälter, er ist nicht leer, er ist nicht homogen, er ist kein Ding und er ist nicht nur reine Anschauung. Der Soziologin zufolge fällt es in dieser Theorie schwer, Raum positiv zu bestimmen (vgl. Löw 2008:54). Nach Löw mischen und trennen sich so immer wieder die Überlegungen zum abstrakten, modernen Raum, die von einer kapitalistischen Gesellschaft produziert werden „und die Überlegungen zu einer wissenschaftlichen Beschreibung, die den Raum hinter

den Verformungen des Staates sucht“ (ebd.:54). Lefebvre wendet sich aber auf diese Weise gegen die Wissenschaft, die den absoluten Raum stets als Behälter begreift, der auf eine Füllung wartet und Raum somit als passiv wahrnimmt. Der Philosoph plädiert für eine zeitgenössische Raumanalyse, die nicht die Dinge im Raum beschreibt, sondern den Raum an sich und die sozialen Beziehungen, die in ihm passieren, aufdeckt. Diese Forderung erscheint auch noch einundvierzig Jahre nach der ersten Formulierung aktuell.

Löw kritisiert außerdem, dass Lefebvre durch die alleinige, absolut gesetzte Idee vom kapitalistischen Zwang versäumt, Raumproduktion jenseits der Entfremdung zu sehen. Er arbeitet mit Akteuren, die durch *spatial practice* Räume schaffen aber diese Räume nur Abklatsch der staatlich-kapitalistischen Logik seien. Der Staat ist demnach derjenige, der die Räume produziert und die Bürger sind die reproduktiven Kräfte. Somit spricht Lefebvre dem Staat oder der Stadtregierung eine ungewöhnlich starke Macht zu, die es nicht zu überwinden möglich ist - außer mit Gewalt.

Löws Kritik erkennt die Versuche Lefebvres, den Raum jenseits der Containerbilder zu denken an und gleichzeitig sind Lefebvres Lösungsvorschläge keine positiven Entwürfe von Raum. Die kontroverse Raumvorstellung Lefebvres macht es nicht einfach seine Theorie anzuwenden. Trotz der kritischen Seiten erscheint sie mir jedoch im Zusammenhang mit dem Fallbeispiel des Gemeinschaftsgarten Rosenbergpark sinnvoll, da es um konstruierten Raum geht, der laut der Stadtverwaltung belebt werden darf.

Produktion von Raum passiert im Städtischen unter anderem mithilfe von Zugangsbeschränkungen, Raumkontrollen und Spekulationen, die in den meisten Fällen von der Stadtregierung mitgetragen werden. Somit knüpfe ich an Lefebvres Wahrnehmung an, dass der Staat in letzter Konsequenz Räume produziert und die Bürger reproduktive Kräfte sind – aber nur bis zu einem gewissen Grad. Konkret auf mein Beispiel angewendet würde ich die „Stadt Wien“ somit als Akteur bezeichnen, der Räume (z.B. Gemeinschaftsgärten) konstruiert und einen Rahmen vorgibt, in dem die Bürger*innen mit diesem Stück Grünfläche das machen, was die „Stadt“ von ihnen will - nämlich diesen Ort in einen Ort der Gemeinschaft zu verwandeln. Was Lefebvre nicht mitdenkt - und da schließe ich mich der Kritik von Löw an - ist, dass dieser zur Verfügung gestellte Raum von den Bürger*innen nur bis zu einem gewissen Grad nach eigenen Vorstellungen gestaltet werden kann. Die Stadtverwaltung - oder im Folgenden konkreten Beispiel die

Gebietsbetreuung - gibt nicht etwa vor ob Tomaten oder Sonnenblumen gepflanzt werden sollen, sondern stellt Kriterien auf die der Nutzung des Grundstücks voraus gehen. Beispiele hierfür sind zum einen die Pflicht des biologischen Anbaus sowie der reglementierte Zugang.

Der Rahmen, die Kriterien und der physische Raum werden von der Stadtverwaltung vorgegeben, aber die Bürger*innen selbst bestimmen wie dieser Raum innerhalb dieser Vorgaben aussehen kann und darf. Das schließt an Lefebvres Theorie der Reproduktion des Raumes eventuell insofern an, als dass die Stadt einen eigensinnigen Nutzen aus diesen Gemeinschaftsgärten zieht, nämlich die geordnete, bezahlte und kontrollierte Bewirtschaftung von Grünflächen in der Stadt. Ich erachte Lefebvres Raumtheorie und in dieser die räumliche Praxis als sinnvoll, um das Verhältnis von Produktion von Raum und damit verbundenen Zugangsbeschränkungen und romantisierten Grundüberlegungen zu Gemeinschaftsgärten zu diskutieren.

Der abstrakte Raum

An dieser Stelle werde ich ausführlich auf den abstrakten Raum eingehen, denn der geschaffene abstrakte Raum kann an dieser Stelle in Verbindung mit Gemeinschaftsgärten gebracht werden und macht es möglich den Diskurs der Macht rund um Zugang zu Land und fruchtbarem Boden zu analysieren. Auf den Machtdiskurs werde ich ausführlicher im praktischen Teil meiner Arbeit eingehen.

Damit ein abstrakter Raum dominant werden kann, sind zwei zentrale Prozesse notwendig, wie McCann (2007:242) formuliert: Zum einen muss es einen arrangierten Versuch geben, die angemessene Bedeutung des abstrakten Raumes und die darin zulässigen Aktivitäten zu definieren. Der Gemeinschaftsgarten ist ein solch dominanter Ort, da (teilweise) festgelegt ist was getan werden darf. Laut Lefebvre

„impliziert [der abstrakte Raum] eine unausgesprochene Übereinkunft, einen Pakt der Nicht-Aggressivität, einen Vertrag der Gewaltlosigkeit sozusagen. Dieser erlegt Gegenseitigkeit und allgemeine Nutzung auf. [...] Ein solcher Raum setzt die Existenz einer „räumlichen Ökonomie“ voraus, die mit einer Ökonomie der Sprache eng verbunden ist, auch wenn sie nicht mit dieser identisch ist. Diese Ökonomie wertet bestimmte Beziehungen zwischen Leuten an bestimmten Orten auf (...) und verursacht damit zusammenhängende Diskurse über diese Orte; dieser wiederrum bringen „Konsense“ und Gewohnheiten hervor, nach denen z.B. dieser oder jener Ort frei von Ärger ist, sodass Leute sich dort in Frieden amüsieren können, etc.“ (Lefebvre zit. nach McCann 2007:242).

Zum anderen muss der Ort ahistorisch sein, also frei von allen Anzeichen sozialer Kämpfe, um ihn von den Spuren des konkreten Raums zu befreien, den er ersetzt. „In diesem

dialektisch gewordenen (konfliktträchtigen) Raum vollzieht sich die Reproduktion der Produktionsverhältnisse. Und dieser Raum ist es, der die Reproduktion produziert, indem er vielfache Widersprüche in sie einbringt“ (Soja 2008:84). In Gemeinschaftsgärten werden Eigentumsverhältnisse reproduziert und eine von außen formulierte Ordnung lässt die Nutzer*innen in dem Glauben selbstbestimmt zu handeln. Um ein Stück Land in der Stadt bewirtschaften zu können muss über Kapital Zugang verschafft und Regeln befolgt werden. Dieser Raum ist gleichzeitig auch fragmentiert. Und zwar durch administrative Einteilungen, Techniken und die Wissenschaft die den Raum zerschneiden und zerlegen. Insbesondere wird der Raum durch den Grundstückshandel „pulverisiert“: Der zur Ware gemachte Raum wird in Parzellen eingeteilt und verkauft.

Das wichtigste Instrument des Staates zur Programmierung des Raumes ist für Lefebvre der Urbanismus. Dieser verhilft dem Staat zu seiner Herrschaft, die darauf ausgerichtet ist, die städtische Praxis seiner Ordnung zu unterwerfen (vgl. Schmid 2005:261, 264). Die Urbanisierung geht auch mit einer Illusion einher: Es besteht die Vorstellung, einen natürlichen Raum zu organisieren und administrieren, der scheinbar frei verfügbar ist und allen offen steht. Tatsächlich aber ist er nicht frei. Lefebvre sieht im Prozess der Urbanisierung einen Austausch des bereits bestehenden urbanen Raumes durch eine neue Ordnung. Es ist allerdings nicht die politische Macht per se, die diesen Raum produziert, sondern sie kontrolliert lediglich seine Reproduktion. In diesem Raum erscheint die Macht nicht als solche – sie versteckt sich hinter der Organisation des Raumes. Da in Gemeinschaftsgärten keine hierarchischen Strukturen von „oben“ vorgegeben werden und die Organisation auf gemeinschaftlicher, demokratischer Basis erfolgt, verbirgt sich die Macht im Akt der Raumstellung durch die Stadtregierung.

Lefebvres Theorien können verstanden werden als eine Forderung nach einem fundamentalen Wandel der Art und Weise, wie über Raum und Zeit, Raumproduktionen, Geschichte und Geographie nachgedacht wird. In den ersten Schriften der marxistischen Geographie wurde versucht eine Wiederverbindung von räumlicher Form und sozialem Prozess und somit eine Analyse von geographisch ungleicher Entwicklung zu skizzieren. Diese Versuche stellten sich als nicht minder mathematisch und technisch dar und es dauerte bis in die 1960er Jahre, bis sich Geograph*innen ihrer Isolation bewusst wurden und transdisziplinär zu forschen begannen. Es scheint, als habe David Harvey die

Forderungen von Lefebvre verstanden und dessen Gedanken weitergetragen. Er war besonders wegweisend für die moderne radikale Geographie, weshalb im Folgenden seine Anknüpfungspunkte zu Lefebvres raumtheoretischen Überlegungen kurz erläutert werden, bevor auf die wohl bekannteste Forderung im Kontext sozialer Bewegungen, „Recht auf Stadt“ eingegangen wird.

2.1. David Harvey und die Weiterführung der marxistischen Raumtheorien

Harvey gilt als ein führender Verfechter neomarxistischer Ideen in der Radikalen Geographie. Er kritisiert vor allem neoimperialistische Entwicklungen, die er als „Akkumulation durch Enteignung“ bezeichnet.

Zu Beginn seines Wirkens bestand seine Forschung in der geographischen, regionalhistorischen Untersuchung. Bald wandte sich sein Interesse in Richtung geographischer Methodik und Philosophie der Geographie. Thesen zur Entwicklung urbaner Räume und wirtschaftlichem Strukturwandel machten ihn zu einem wichtigen Theoretiker und Denker von geographischen Analysen zu sozialer Gerechtigkeit und der Natur des kapitalistischen Systems. Seine Arbeiten sind dem Versuch gewidmet, den Prozess zu verstehen, wie Kapital zu einem bestimmten Zeitpunkt eine geographische Landschaft nach seinem eigenen Interesse formt, nur um sie später wieder zu zerstören. Seine Analysen stützen sich stets auf die Methodik Karl Marx‘ und Henri Lefebvres.

Am Anfang seiner Erforschung der Natur des Kapitalismus stellte Harvey fest, dass soziale Prozesse und räumliche Formen meist getrennt voneinander analysiert und untersucht werden. In seiner Forschung versucht er beide Aspekte zusammenzuführen. Seiner Meinung nach, gibt es keine Natur von Räumen sondern nur eine Praxis des Menschen in der Erschaffung jener. Es geht ihm darum, zu zeigen, dass sich Konzepte sozialer Gerechtigkeit und Moral auf die menschliche Praxis beziehen und sich aus dieser ergeben. Harvey ist der Meinung, dass das Wort „Raum“ eine unfassbare Reichweite von Bedeutungen hat und deshalb zu zahlreichen Interpretationsweisen einlädt (vgl. Harvey 2007:125). Er zeigt, dass der „reale“, „metaphorische“, „liminale“, „persönliche“, „soziale“ und „psychische“ Raum auf eine Reihe von Kontexten verweist, die den Begriff so verändern, dass wir diesen nur mehr in Zusammenhang mit dem Kontext verstehen. Vom Standpunkt der Geographen aus, bezeichnet Harvey den relativen Raum „als eine

Beziehung zwischen Gegenständen, die nur existieren, weil die Gegenstände existieren und zueinander in Beziehung stehen“ (ebd.:127). Raum besitzt dann Struktur, die benutzt werden kann, um Phänomene einzuordnen und zu individualisieren. Harvey bezieht sich auf Leibnitz wenn der den relativen Raum als etwas definiert, das nur vorhanden ist wenn er in sich selbst die „Beziehungen zu anderen Objekten enthält und repräsentiert“ (vgl. ebd.). Alle diese Objekte ergeben eine Totalität, die eine unabhängige Existenz besitzt. Totalität bedingt, alle Teile so auszurichten, dass sie für die Erhaltung der Existenz und der Struktur des Ganzen funktioniert – wie im Kapitalismus, der danach trachtet alle Elemente und Beziehungen so zu formen um das System zu erhalten.

David Harvey ist für die vorliegende Arbeit interessant, da er die von Lefebvre formulierten Theorien zu Raumproduktion und -reproduktion neu aufgreift und in seinen Theorien von einer zunehmend formalisierten Marxifizierung der „städtischen Prozesse im Kapitalismus ausgeht“.

Wie Lefebvre betrachtet David Harvey den Raum als wichtiges Element im kapitalistischen Produktionsprozess und zeigt wie Raum kontrollierbar wird, indem er homogen und fragmentiert produziert wird. Ausgehend von Lefebvres Überlegungen zu Raum ist er der Meinung: Raum bildet sich nicht aus dem subjektiven Erleben heraus, sondern wird von außen über seinen Tauschwert im kapitalistischen System definiert. „Die Räume der Repräsentation sind integrale Bestandteile des Lebens, das wir in der Welt leben“ (ebd.:138).

Besonders interessant ist für Harvey in dieser Hinsicht der Übergang vom Fordismus zur „flexiblen Akkumulation“, die für ihn ein ökonomisches System ist, das sich in der Folge der Krise des Fordismus-Keynesianismus seit Mitte der 1970er Jahre entwickelt hat (vgl. Löw 2008:57). Dieses System brachte auch eine Einführung neuer Organisationsformen in der Warenproduktion und neuer Technologien in Transport, Steuerung und Informationsaustausch. Dadurch kommt es zu einer erhöhten Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals und dadurch zu einer Beschleunigung des ökonomischen Kreislaufs. Dies ermöglicht auch eine schnellere Überwindung von Räumen und somit einen schnelleren Austausch von Waren und Erschließung von neuen Märkten.

Das Resultat sieht er in einer Verdichtung von Raum und Zeit – die daraus folgenden Auswirkungen auf das menschliche Sein und Tun seien gravierend. Auf der Ebene Zeit

geht der Sinn für Langfristigkeit, für eine Zukunft und auf der Ebene Raum das Verhältnis von Nähe und Ferne verloren (vgl. ebd.:57). In der Folge der Verdichtung von Zeit und Raum werden räumliche Barrieren zwar bedeutungsloser, gleichzeitig aber ist das Kapital auf der Suche nach neuen Standorten, um zu wachsen. Das ist in diesem Kontext besonders interessant denn Städte werden somit gezwungen, ein eigenes Markenprofil zu kreieren und eine Identität zu schaffen, welche für das global zirkulierende Kapital attraktiv ist um sich zu vermehren (vgl. Harvey 1995:63).

Ohne beständiges Kapital funktioniert der Kapitalismus nicht. Die Stadt braucht den Kapitalismus, denn ohne die Investition von überschüssigem Kapital in bauliche Umwelt und den massenhaften Konsum von Raum und Ware, könnte sie nicht überleben (vgl. Keil 1991:190f.). Die Stadt etabliert ein zeitliches Netz, innerhalb dessen, private Investitionen gemacht und individuelle Entscheidungen getroffen werden können. Darüber hinaus schützt die Stadtregierung die Rechte auf Aneignung von privatem und öffentlichem Raum.

Mithilfe eines Stadtentwicklungsplans in dem Standorte für Industrie, Besiedelung, Wohnungsbau, öffentlichen Einrichtungen, Landnutzung etc. festgelegt werden, entsteht ein allgemeiner räumlicher Rahmen. Innerhalb dieses Rahmens werden die „unzähligen fragmentierten Entscheidungen, die ansonsten die urbane Entwicklung ausmachen“ (vgl. ebd.:164f.), entsprechend der jeweiligen Bedingungen begrenzt oder gefördert. „In all diesen Belangen zügelt das totalitaristische Element des liberalen kapitalistischen Staates die desintegrierenden Tendenzen, die angesichts der Widersprüche der Kapitalzirkulation von Geld, Zeit und Raum ausgehen“ (ebd.:164).

Harvey geht demnach, ähnlich wie Lefebvre davon aus, dass soziale, ökonomische und politische Prozesse auf der städtischen Analyseebene eine besondere Bedeutung haben. Ein vieles an politischer Energie geht in die scheinbare Verbesserung und Errichtung einer besseren, lebenswerteren Stadt. Die lebenswerteste Stadt Europas Wien propagiert, dass die Bauprojekte notwendige Investitionen seien und verheimlicht zeitgleich die individuellen und eigentumsrechtlichen Interessen, die hinter Bauprojekten stehen

„[...] and, as such, do nothing to challenge hegemonic liberal and neoliberal market logics, or neoliberal modes of legality and state action. We live in a world, after all, where the rights of private property and the profit rate trump all other notions of right one can think of“ (Harvey 2012:3).

Urbanisierung als der Fluss des Kapitals

Urbanisierung war demnach immer schon ein machtvoller Diskurs, der von einigen Wenigen kontrolliert wird. Kapitalismus ist stets auf der Suche nach überschüssigem Kapital welches dadurch entsteht, dass ein Überschuss eines Produktes produziert wird, um es dann gewinnbringend weiter zu verkaufen.

„This means that capitalism is perpetually producing the surplus product that urbanization requires. [...] Capitalism needs urbanization to absorb the surplus products it perpetually produces. In this way an inner connection emerges between the development of capitalism and urbanization“ (Harvey 2012:5).

Anders gesagt: Die Urbanisierung ist der Fluss des Kapitals.

Ein „Kapitalist“ also muss, um wieder Investitionen tätigen zu können, einen Gewinn erwirtschaften, den er wieder reinvestieren kann. Dafür müssen profitable Grundstücke gefunden werden, auf denen es sich zu investieren lohnt. Entweder dieser Grund und Boden existiert bereits und muss nur noch von dem ungewünschten Objekt bereinigt werden, um ein neues zu bauen oder aber die Aneignung von Raum passiert auf Kosten der Natur und der Versiegelung von Grund und Boden. Wenn der Markt (hier gemeint der Wohnungsmarkt) nicht genug Kaufkraft bietet, dann müssen eben neue Märkte erschaffen werden, um einen neuen Investitionsanreiz zu schaffen. Wenn dies aber nicht möglich ist und kein Markt besteht der Investitionen erlaubt, dann kommt es zu einer Krise. Wenn also eine Stadt in Zeiten der Krise über zu wenig Kapital verfügt, stellt sie Land zur Verfügung, das internationale, private Investoren anlockt.

Diese vergeben Bauaufträge an heimische oder staatliche Baufirmen und dies schafft wiederum Arbeitsplätze. Zeitgleich kommt es zu einem Ausverkauf der Stadt. Die Rede ist hier nicht nur von Wohnhäusern, sondern von Bürogebäuden, Flughäfen, Golfplätzen, Einkaufszentren und Vergnügungsparks. In vielen Städten weltweit wird diese Entwicklung als *building boom for the rich* (vgl. Harvey 2012) bezeichnet. Die Umgestaltung der Städte hat nicht nur zu einem veränderten Stadtbild beigetragen, sondern auch dazu geführt, dass sich viele Menschen die steigenden Mieten im urbanisierten Raum nicht mehr leisten können. Der Urbanisierungsboom führt zu einer Wertsteigerung der Stadt, dieser wiederum hebt die Lebensqualität und diese bedingt den Fluss von neuem Kapital. Gesellschaftsstrukturell hat dieses neoliberale Wirtschaftsmodell die Folge, dass die reiche Elite an die Spitze der Gesellschaft katapultiert wird. In der Extremform kann von so genannten *gated communities* gesprochen werden.

„The result of this increasing polarization in the distribution of wealth and power are indelibly etched into the spatial forms of our cities, which increasingly become cities of fortified fragments, of gated communities and privatized public spaces kept under constant surveillance. The neoliberal protection of private property rights and their values becomes a hegemonic form of politics, even for the lower middle class“ (Harvey 2012:15).

Laut Harvey kann das Recht auf Stadt Orte erschaffen, an denen demokratische Entscheidungen über Kapital getroffen werden. Dies wiederum bedingt den Staat! Harvey plädiert in der logischen Folgerung für eine andere Umverteilung von Kapital durch den Staat anstatt für die Abschaffung des kapitalistischen Systems. Harvey ist also der Meinung: Recht auf Stadt bedingt den Staat. Nicht nur um Zugriff auf Ressourcen zu regeln, sondern um demokratische Entscheidungen zu treffen, wie mit dem vorhandenen Kapital umgegangen und der Überschuss genutzt werden soll.

An dieser Stelle schließen sich über diese Arbeit hinausreichende Fragen an: Braucht es wirklich den Staat, um Ressourcen gerecht zu verteilen? Meint Harvey mit seiner Aussage, dass es ohne den Staat keine gerechte Verteilung von Ressourcen und keine Wahrung der Menschenrechte gäbe? Würden dann ohne einen Staat die Rechte der Menschen durch Anarchie negiert werden? David Harveys Meinung: Staat ja, aber umdenken? - Was aber wäre dann die „ideale“ Staatsform für ein gerechtes Leben miteinander? Diese Fragen zu beantworten bedürfte es weitere Arbeiten, Forschungsprojekte und Diskussionen, welche sich im Idealfall als Anschluss an diese Diplomarbeit ergeben.

Das Einwirken der Macht ausgehend von der Stadtregierung (in diesem konkreten Beispiel Wien) führt dazu, dass die Flächen der Stadt an private Investoren verkauft werden. Wenn es in der Gegenwart nicht zu einer Demokratisierung der Stadtgestaltung kommt, werden die Bewohner*innen Wiens folglich beim Ausverkauf der Stadt Zuschauer*innen bleiben. Denn aktuell, liegt in den meisten Fälle das existierende Recht auf Stadt in den Händen von kleinen politischen und ökonomischen Eliten und diese sind somit in der Position, die Stadt nach ihren Bedürfnissen und Vorstellungen zu gestalten und zu bauen. Harvey appelliert für einen Weg weg vom Wachstumszwang hin zur Verwendung und Verteilung des Überschusses an die Bevölkerung. Dies ist ein Teil dessen, was Harvey unter Recht auf Stadt versteht. Außerdem gehört zu diesem Recht:

„(...) their right to change the world, to change life, and to reinvent the city more after their heart's desire. That collective right, as both a working slogan and a political ideal, brings us back to the age-old question of who it is that commands the inner connection between urbanization and surplus production and use. Perhaps, after all, Lefebvre was right, more than forty years ago, to insist that the revolution in our times has to be urban – or nothing“ (Harvey 2012:25).

„Recht auf Stadt“ ist also weit mehr als das Recht eines Einzelnen auf die städtischen Ressourcen – es ist ein kollektives Recht, die Stadt nach Bedürfnissen verändern und neu definieren zu können. Mehr noch: Es ist ein Menschenrecht (vgl. Harvey 2012:4). Die Neudefinition der Stadt geht zwangsläufig mit einer Machtausübung voran, denn der Gestaltungs- und Urbanisierungsprozess, ist ein mächtiger, der viele Menschen selektiv ein- und ausschließt und die profitorientierte Form des Wirtschaftens in den Vordergrund stellt.

2.2. Das Recht auf Stadt

Der Begriff „Recht auf Stadt“ geht auf Henri Lefebvre zurück, der diese Forderung in seinem Buch *Le droit à la ville* im Jahr 1968 als ein Recht auf Nichtausschluss von den Qualitäten der urbanisierten Gesellschaft, gegen eine fremdbestimmte Alltagswelt, gegen die Modernisierung der Städte und gegen den Verlust der städtischen Qualitäten beschrieb. Das Konzept entstand im Kontext der Pariser Unruhen um Mai 1968. Die Konzeption „Recht auf Stadt“ ist höchst abstrakt und vielschichtig. Weder Stadt noch Recht werden hier in den gängigen Definitionen angemahnt, sondern sind eher metaphorisch gemeint.

„Programmatisch forderte er ein „Recht auf Stadt“: das Recht, nicht in einen Raum abgedrängt zu werden, der bloß zum Zweck der Diskriminierung produziert wurde. Er stellt dieses Recht den anderen Rechten gleich, welche die urbane Zivilisation definieren: das Recht auf Arbeit, Ausbildung, Gesundheit, Wohnung, Freizeit, auf das Leben. Das Recht auf Stadt bezieht sich dabei nicht einfach auf die Wiederherstellung der alten Stadtzentren, sondern auf Teilhabe am urbanen Leben, auf eine erneuerte Zentralität, auf Orte des Zusammentreffens und des Austausches, auf Lebensrhythmen und eine Verwendung der Zeit, die einen vollen und ganzen Gebrauch dieser Orte erlaubt. Es lässt sich nur als das Recht auf transformiertes, erneuertes urbanes Leben formulieren“ (Schmid 2011:26f.).

Es ging Lefebvre also in erster Linie nicht darum, das Recht auf die bekannten Grundbedürfnisse einzufordern, sondern explizit die Ressourcen der Stadt für alle Bewohner*innen zugänglich zu machen. Darüber hinaus wünschte er sich, dass alle die Möglichkeit erhielten, alternative Lebensentwürfe auszuprobieren, realisieren zu können und damit die städtische Qualität ungehindert nutzen zu können. Lefebvre prangerte mit der Formulierung „Recht auf Stadt“ die Lebensverhältnisse in der fordistisch-kapitalistischen Stadt an. Seine Kritik richtete sich nicht gegen die Eliten per se, sondern mehr gegen die Lebensverhältnisse der Jugendlichen, der Studierenden und Intellektuellen, der Arbeiter*innen, „die Kolonisierten und Semi-Kolonisierten aller Art“, die im Elend der Vororte leben müssen und somit systematisch an die Ränder der Gesellschaft gedrängt

werden“ (Gebhardt/Holm 2011:8). Über die bauliche Veränderung der Stadt hinaus versteht Lefebvre das „[...] Recht auf die Stadt als kollektive Wideraneignung des städtischen Raumes. Die zu einem veränderten, erneuerten städtischen Leben, das am Gebrauchswert der Stadt orientiert ist, führen soll, und wo „der Austausch nicht über den Tauschwert, Handel oder Gewinn vermittelt ist“ (ebd.:8).

Die Forderung „Recht auf Stadt“ kann und darf nicht als geschlossene Theorie betrachtet werden. Sie lässt sich mehr als ein Gedankenanstoß in eine Richtung auffassen, der den Bewohner*innen der Stadt die Augen öffnen kann und sie über ihr Recht auf Stadt nachdenken lässt. Es gilt darüber hinaus auch, den Begriff „Stadt“ näher zu erläutern und diese Definition als zentralen Ausgangspunkt für die Produktion, Verteilung und Konsumtion von Waren anzusehen (ebd.:13).

Wir leben heute in einer weitaus urbanisierteren Welt als Lefebvre vor vierzig Jahren und gerade deswegen ist der Slogan „Recht auf Stadt“ zeitlos, ja gerade in der Gegenwart besonders passend. Der Begriff gewinnt immer mehr an Bedeutung und ermöglicht, grundlegende Lebensbedürfnisse wie Wohnen, sauberes Wasser, Bildung und gesunde Nahrung als Menschen-„Rechte“ in den Vordergrund zu rücken. Lefebvre stellt gleichzeitig die Forderung nach dem Rückzug des Staates aus Bereichen des sozialen Lebens. Drittens plädiert er für die Schaffung von Freiräumen, wie z.B. neuen Stadtlandschaften und alternativen urbanen Lebensformen. Allerdings sollte die Forderung „Recht auf Stadt“ mehr beinhalten als eine „bloße“ Forderung nach Grundrechten. Es sollte vielmehr ein Aufruf sein in Zeiten der Krise, nach alternativen Lebensweisen zu suchen, Stadt neu zu denken und das Recht einzufordern, diese Ideen umsetzen zu können. Lefebvre schwebte ein Projekt vor, indem sich die

„Einheit nicht gegen die Verschiedenheit stellt, wo das Homogene das Heterogene nicht mehr bekämpft und Versammlung, Begegnung, Vereinigung – nicht ohne Konflikte – an die Stelle des Kampfes der durch die Trennung zu Antinomien gewordene einzelne urbanen Elemente treten: Dieser urbane Raum würde die soziale Basis eines verwandelten Alltagslebens bilden, das für die verschiedensten Möglichkeiten offen ist – für eine radikal andere Welt“ (Schmid 2012:47).

Während die Ansprüche und Kämpfe um Stadt dazu beitrugen, Stadtentwicklung in nachhaltigere post-fordistische Bahnen zu lenken, bewirkte sie gleichzeitig eine Radikalisierung der einschlägigen Disziplinen und setzt die Frage: „Wem gehört die Stadt?“ auf die Tagesordnung vieler politischer Gruppen (vgl. Brand/Lösch/Thimmel 2007:190). Soziale Bewegungen interpretieren den ursprünglichen Begriff neu und benutzen das Recht auf Stadt meist deskriptiv, um partikuläre Kämpfe in komplexen

Städten zu bezeichnen oder das Recht auf öffentlichen Raum in Bezug auf marginalisierte Gruppen zu thematisieren.

2.3. Der Begriff „Urbanisierung“

Mit Urbanisierung beschreibt Lefebvre einen Begriff, mit dem es möglich ist, weit über die Grenzen der Städte hinaus zu denken. Er meint damit eine Verräumlichung der Moderne und der strategischen Planung des Alltagslebens, die es dem Kapitalismus erlaubt haben, zu überleben (vgl. Lefebvre zit. nach Soja 2008:84). Lefebvre also verschob seinen Blick auf das Städtische, indem er den Begriff „Stadt“ durch „Urbanisierung“ ersetzte. Er erkannte, dass das Urbane als Prozess verstanden werden muss – als etwas das ständig in Bewegung ist (vgl. Schmid 2011:30). Lefebvre fasst den Prozess der Industrialisierung als Ausdehnung der industriellen Rationalität auf die gesamte Gesellschaft auf. Die Industrialisierung liefert die Bedingungen und die Mittel zur Urbanisierung und die Urbanisierung ist wiederum die Konsequenz der industriellen Produktion.

„Im Allgemeinen sieht man in der Urbanisierung eine Folge der Industrialisierung, die das beherrschende Phänomen ist; [...] Wer die marxistische Terminologie verwendet, sieht im Städtischen und dem Urbanisierungsprozeß [sic!] der (kapitalistischen und sozialistischen) Produktionsweise übergeordnete Strukturen. Man nimmt leichthin an, es gäbe keine Interaktion zwischen dem Phänomen der Verstädterung, den Produktionsverhältnissen, den Produktivkräften. Die Umkehrung des Blickwinkels besteht darin, daß [sic!] hier die Industrialisierung als eine Etappe auf dem Weg zur Urbanisierung, als Moment, Zwischenstation, Werkzeug angesehen wird“ (Lefebvre 1972:149).

Stadt und Land oder StadtLand?

Ausgehend von der berühmten These der vollständigen Urbanisierung der Gesellschaft wird davon ausgegangen, dass sich soziale Wirklichkeit nicht mehr mit den Kategorien von „Stadt“ und „Land“ erfassen lassen, da die Grenzen zwischen Stadt und Land schon lange verschwommen sind. Das Ländliche war schon lange urbanisiert und eine Landflucht hat schon lange stattgefunden. Diese Theorie bedeutet einen radikalen Bruch mit dem traditionellen, westlichen Verständnis von Stadt, welches von „der Stadt“ als klar identifizierbare Einheit ausgeht. David Harvey schreibt hierzu: “The fading of the urban-rural divide has proceeded at a differential pace throughout the world, but there is no question that it has taken the direction that Lefebvre predicted“ (Harvey 2012:xv).

Im Zusammenhang mit der Vermutung Lefebvres, dass Stadt und Land nicht voneinander zu trennen sind - weil in vielen Überlegungen von einer LandStadt ausgegangen wird - befürchtet Harvey einen Bedeutungsverlust der Forderung „Recht auf Stadt“. Es wird etwas gefordert, das nicht mehr existent ist. Diese Forderung sei ab sofort ein leeres Gefäß, das es für alle Institutionen und Bewegungen mit Bedeutung zu füllen gilt. Gleichmaßen macht auch Christian Schmid in seinem Text zu Lefebvre darauf aufmerksam, dass Achtung geboten ist, wenn das „Recht auf Stadt“ eingefordert wird – denn von welcher Stadt ist eigentlich die Rede?

Lefebvre identifiziert das Städtische als eine spezifische Ebene der gesellschaftlichen Wirklichkeit, nämlich als die vermittelnde Ebene, die sich zwischen der privaten und der globalen Ebene situiert und somit als Vermittlungsinstanz fungiert. In der urbanisierten Gesellschaft, befürchtet er, wird die urbane Ebene zwischen globaler und privater Ebene zerrieben. Denn Industrialisierung und Weltmarkt bringen technologisch bestimmte Rationalität hervor und damit eine „homogenisierende Tendenz“ – die Besonderheiten von Orten verschwinden zunehmend. Hinzu kommt, dass der Raum parzelliert wird, um einer privatwirtschaftlichen Logik gerecht zu werden. Die Stadt wird, wie bereits erwähnt, von oben und unten zermalmt und die Ebene des Austausches geht verloren. Das Verschwinden beängstigt und wir verlernen, die Stadt als gesellschaftliche Ressource zu begreifen (vgl. Schmidt 2012:32f.).

Lefebvre definiert Stadt

Lefebvre findet mit diesen Überlegungen eine neue Definition von Stadt: die Stadt ist das Zentrum und schafft somit eine Situation, in der unterschiedliche Dinge nicht mehr länger voneinander getrennt sind. Die Stadt ist ein Ort der Begegnungen, ein Ort der Kommunikation und der Information und darüber hinaus „[...] ist sie auch ein Ort, an dem sich Zwänge und Normalitäten auflösen und das spielerische Moment und das Unvorhersehbare hinzutreten“ (ebd.:32). Für Lefebvre ist die Zentralität jedoch keine geographische Situation, sondern eine reine Form – sie steht für die Gleichzeitigkeit der Dinge und Menschen. Die Stadt ist, laut Lefebvre, die virtuelle Annullierung, die Negation der Entfernung in Raum und Zeit. Allerdings sagt die Zentralität auch als Form nichts über den Inhalt aus und definiert die Möglichkeit eines Zusammentreffens vieler unterschiedlicher Objekte und Subjekte.

Entscheidend, so Lefebvre, ist deshalb, wie Differenzen im konkreten Alltag erlebt und gelebt werden. Wenn diese Differenzen nun umgelegt werden auf Land und Stadt, können dann die gleichen spannenden Möglichkeiten entstehen? Lässt sich dann die Stadt im selben Ausmaß als Ort definieren, an dem Unterschiede sich kennen, anerkennen, erproben und voneinander lernen können? Gelten alternative Lebensprojekte als notwendige Bedingung für städtisches (Zusammen-) Leben?

Um diese Differenzen erkennen zu können, braucht es allerdings bereits im Vorfeld konstruierte Normen, Räume und Zeiten. Interessant in diesem Zusammenhang ist der Gedanke, dass sowohl Raum als auch Zeit zwei gesellschaftliche Konstrukte sind. Darauf weist bereits Durkheim 1915 (vgl. Harvey 2008) hin. Anthropologen wie Lévi-Strauss, Stuart Hall und Pierre Bourdieu bestätigen diese Ansicht: Unterschiedliche Gesellschaften produzieren qualitativ verschiedene Raum- und Zeitkonzepte. Laut Harvey gilt es, zwei Besonderheiten zu beachten: Die sozialen Definitionen von Raum und Zeit wirken mit der ganzen Macht objektiver Fakten. So akzeptieren wir in modernen Gesellschaften die Zeit der Uhr, eine soziale Konstruktion, als objektive Tatsache des täglichen Lebens. Die Zeit ist standardisiert und hält einen geteilten Standard bereit, der nicht von Einzelnen beeinflussbar ist und dessen wir uns immer bedienen, um unser Leben zu organisieren. Die Zeit hilft uns, soziale Verhaltensweisen und subjektive Gefühle einzuschätzen und zu bewerten. „Selbst wenn wir uns nicht anpassen, wissen wir genau woran wir uns nicht anpassen“ (ebd.:36).

Die zweite Besonderheit, die Harvey hervorhebt ist, dass die Bestimmung von Raum und Zeit tief im Prozess gesellschaftlicher Reproduktion verankert ist – d.h. die gesellschaftliche Ordnung wird mittels Zuordnung von Menschen und Aktivitäten zu bestimmten Orten und Zeiten gefestigt und somit auch konstruierte Hierarchien, Geschlechterrollen sowie räumliche und zeitliche Organisation.

Es ist notwendig diese uns wohl allzu bekannten Konstrukte an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang zu erwähnen, da beide im Kapitalismus elementare Bausteine von Individuation und sozialer Differenzierung darstellen. Mithilfe von Definition und Zuweisung räumlicher Einheiten werden Felder des sozialen Handelns festgelegt und dieser bloße Akt der aufgezwungenen Identifizierung schließt bereits Machtverhältnisse ein.

Das Wann und wo gesellschaftlicher Aktivitäten beinhaltet gleichzeitig gesellschaftliche Aussagen. Demonstrationen und Besetzungen im städtischen Raum sind Zeichen des Angriffs auf eine von „oben“ eingerichtete Ordnung gegen die sich zunehmend mehr Menschen wehren (vgl. Harvey 2008:36ff.). Auch wenn Widerstand gegen die Überstülpung von Raum- und Zeitdefinitionen stattfand und findet, sind wir im Zuge der kapitalistischen Entwicklung in diese Ordnung hineinsozialisiert. Die Differenzierungen von Raum- und Zeitkonzepten nach Klasse, Geschlecht, Herkunft, Alter, Religion, politischer und kultureller Orientierung werden Arenen von sozialen Konflikten.

Ein Beispiel, das David Harvey vorstellt, möchte ich an dieser Stelle übernehmen, da es die Dringlichkeit von Ernährungssouveränität und Alternativen zur Lebensmittelproduktion in der Raum- und Zeitordnung gut veranschaulicht: In der Praxis verzehren Menschen Lebensmittel ohne deren Herkunft, Produktion und gesellschaftliche Beziehungen zu kennen. Karl Marx (vgl. ebd.) nennt dieses Phänomen *Warenfetisch* und verdeutlicht mit diesem Begriff, wie durch den Markt soziale Informationen und (Produktions-) Verhältnisse verborgen werden. Der Ware sieht man nicht an, ob sie von „glücklichen“ Arbeiter*innen in guten/ fairen/ gesunden Verhältnissen produziert werden. Es liegt also, laut Harvey, an den Konsument*innen, selbst den Schleier dieser Verhältnisse zu lüften. Selbst zu erkennen, wie die Gesellschaft wirklich funktioniert. Harvey bezeichnet diese „geographische Ignoranz“ (vgl. ebd.:44f.) als einen Grund zur Sorge. Die räumliche Reichweite steht in keinem Verhältnis mehr zu unserem individuellen Einkauf und der tatsächlichen Herstellung der Ware. Laut Harvey ist Marx' Analyse des *Warenfetischs* ernst zu nehmen, da wir uns sonst in einer Sphäre zunehmender individueller Erfahrungen bewegen, die sich aus einkaufen, Geld abheben und arbeiten gehen zusammensetzt. Eine Sphäre, aus der wir dann mit einer fetischisierten Interpretation von der Welt herausgehen und die Missstände im weltweiten Lebensmittelproduktionssystem leugnen. Durch den Trend, der zunehmend in Richtung Beschleunigung der Umschlagzeit geht und das Schrumpfen des Raumhorizonts zunehmend zu Investitionen von langfristigem Kapital führt, wird eine Produktion von neuen spezifischeren Räumen ermöglicht.

Die traditionelle Stadt wurde schon lange von dem rasant aufsteigenden Kapitalismus getötet und ist noch heute „Opfer“ einer kapitalorientierten Wettbewerbslogik in der

entscheidende soziale, ökologische oder politische Konsequenzen ignoriert werden. Harvey fordert auf, darüber nachzudenken, in welcher Stadt wir leben wollen. Wie auch Lefebvre plädiert er dafür selbst zu erkennen, dass es unserer aller politische Aufgabe ist, eine komplett andere Stadt zu gestalten. Einen Kontrast zu schaffen zu der kapitalistischen, globalisierten und urbanisierten Verwertungslogik der „Stadt“.

„What kind of city we want cannot be divorced from the question of what kind of people we want to be, what kinds of social relations we seek, what relations to nature we cherish, what style of life we desire, what aesthetic values we hold. The right to the city is, therefore, far more than a right of individual or group access to the resources that the city embodies: it is a right to change and reinvent the city more after our hearts’ desire“ (Harvey 2012:4).

3. Gouvernementalität

Es wäre nicht genug Foucault nur als Philosoph und Theoretiker des Poststrukturalismus und als Denkfigur außerhalb der marxistischen Schule zu verorten. Er war ein Historiker eines Systems der Gedanken und einer der einflussreichsten Sozialtheoretiker des 20. Jahrhunderts. Diese Beschreibung von Michel Foucault manifestiert sich als er Ende der 1970er Jahre beginnt, Prozesse der Herrschaft und die Art und Weise, wie Menschen zu Subjekten werden, zusammenzudenken. Foucault spricht dem Begriff Regierung eine Scharnierfunktion zu, um vor allem eine Kritik an dem gängigen Verständnis von Macht zu ermöglichen. Regierung wird so, laut Thomas Lemke (2005), als Bindeglied zwischen strategischen Machtbeziehungen und Herrschaftszuständen konzipiert (ebd.:334). Damit unterscheidet Foucault, erstmals in seinen Werken, deutlich zwischen Macht und Herrschaft. Zu dieser Zeit beginnt sich der Neoliberalismus bereits schleichend durchzusetzen. Der Begriff der Regierung wird in diesem Zusammenhang zum Leitfaden diverser machtpolitischer Analysen. Die Analyse der neoliberalen Regierungsweise macht die Vermischung der analytischen und historisch-empirischen Ebene in die Foucault das Konzept der Gouvernementalität unterteilt, greifbar und entgeht somit der Gefahr der Generalisierung. Der Begriff der Gouvernementalität markiert einen wichtigen Begriff im Hinblick auf das Verständnis von Macht und die Analyse dieser Kraft.

3.1. Macht

„Tatsächlich ist nichts materieller, nichts physischer, körperlicher als die Ausübung der Macht“ (Foucault 2005:77). Macht kann als ein komplexes Phänomen beschrieben werden. Foucault selbst, der sich eingehend mit diesem Phänomen Zeit seines Lebens beschäftigt hat, erklärt, dass er keine einheitliche Definition von „Macht“ gibt. Er verortet Macht nicht an einer zentralen Stelle, die mit dem Sturm auf die Zentrale übernommen werden kann. Er verweist darauf, dass er den Begriff Macht oft verwendet um das Wort Machtbeziehung abzukürzen.

„Wenn man von Macht spricht, dann denken die Menschen sofort an eine politische Struktur, an eine Regierung, an eine herrschende soziale Klasse, an den Herrn gegenüber dem Knecht usw. ... Was ich sagen will ist, dass in den menschlichen Beziehungen, was sie auch immer sein mögen, ob es nun darum geht, sprachlich zu kommunizieren, [...], oder ob es sich um Liebesbeziehungen, um institutionelle oder ökonomische Beziehungen handelt, die Macht stets präsent ist: Damit meine ich die Beziehungen, in denen der eine das Verhalten des anderen zu lenken versucht“ (Foucault 2005:288).

Foucault geht also davon aus, dass Machtbeziehungen nur dann bestehen, wenn auf beiden Seiten Freiheit gegeben ist. Soll heißen, dass in Machtbeziehungen stets die Möglichkeit besteht, Widerstand zu leisten und wenn dies nicht möglich ist, kann es keine Machtbeziehungen geben. Die Vorstellung von Macht und Widerstand ist aufzugeben, in der Macht als gefestigte Struktur begriffen wird und Widerstand als gelegentliche, zu vernachlässigende Störung. Erst vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis wird es möglich die Produktivität der Machtbeziehungen zu erfassen. Widerstand ernst zu nehmen hilft bei empirischer Anwendung der Gouvernementalitäts-Perspektive, die Tendenz zur Homogenisierung zu vermeiden (vgl. Füller/Marquardt 2012:96).

Inspiziert von Foucaults Denkansätzen geht es in dieser Arbeit nicht darum zu analysieren „warum“ Macht ausgeübt wird, sondern von wem und wie. Foucaults Interesse galt der Regierungsweise und somit der spezifischen Charakteristik der Machtausübung. Es gilt die Macht von außen zu untersuchen, „da wo sie in direkter und unmittelbarer Beziehung zu dem steht, was man ganz provisorisch ihren Gegenstand ihre Zielscheibe, ihr Anwendungsfeld nennen kann, da, mit anderen Worten, wo sie sich einpflanzt und ihre wirklichen Effekte hervorbringt“ (Foucault zit. nach ebd.:98).

Um diese Macht zu untersuchen, braucht es den machtanalytischen Diskurs. Dieser hilft bei der Analyse der Regeln, die eine funktionierende Praxis beschreiben, aus der ein scheinbar passendes kohärentes System von Wissensaussagen hervor geht. Der Diskurs hat also die Funktion, Tabus und Unausgesprochenes transparent zu machen.

Macht wird nach Foucault unter dem Gesichtspunkt von „Führung“ erkennbar. Führung bei Foucaults Konzept der Gouvernamentalität scheint als geeignet, um eine Spezifik der Machtausübung in modernen, individualisierten Gesellschaften zu erkennen. „Führung umfasst zwei analytisch voneinander zu trennende Phänomene: „Führung“ heißt einerseits, andere (durch mehr oder weniger strengen Zwang) zu lenken, und andererseits, sich (gut oder schlecht) aufzuführen, also sich in einem mehr oder weniger offenen Handlungsfeld zu verhalten“ (Foucault 2005 [1982] zit. nach Füller/Marquardt 2012:89). Diese angesprochene Form der Selbst-Regierung deutet auf verinnerlichte Normen und Verhaltensweisen hin, die widerstandslos ausgeübt werden.

3.2. Der Begriff Gouvernamentalität

Einige irrtümliche Interpretationen wurden veröffentlicht, in denen angenommen wurde, dass sich Gouvernamentalität aus den Worten Regieren (*gouverner*) und Denkweise (*mentalité*) semantisch zusammensetzen lässt. Jedoch ist der Begriff Gouvernamentalität aus dem Adjektiv *gouvernemental* (die Regierung betreffend) hergeleitet. Dieser Begriff setzt bewusst jenseits staatlicher Institutionen ein und verweist auf unterschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder, die auf vielfältige Weise auf die Lenkung, Kontrolle und Führung von Individuen und Kollektiven zielt (vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke 1994:334ff.).

„Unter Gouvernamentalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault 2005:171).

Er bezeichnet damit eine Machtform, die mit komplexen Regierungstaktiken operiert und die Bevölkerung mit Hilfe des Sicherheitsdispositivs und der politischen Ökonomie regiert (vgl. Pfeiffer 2008). Sobald der Staat immer mehr Machtverhältnisse erfasst, kommt es zu einer fortschreitenden Verstaatlichung und Institutionalisierung menschlicher Verhaltensweisen. Diese „Ergreifung“ von Machtverhältnissen zusammenwirkend mit der Ökonomie ist auch in den Gemeinschaftsgärten erkennbar. Der Raum wird von der Stadtregierung produziert, um diesen mit ihren Instrumenten zu organisieren, um die Praxis des Gärtnerns ihrer Ordnung zu unterwerfen.

Foucault interessiert sich allerdings weniger für die Ausweitung der Bereiche des Regierens sondern vielmehr interessiert ihn die spezifische Rationalität der Regierung und er versucht jene zu identifizieren. Regierung zielt eigentlich auf „das richtige Verfügen über die Dinge, derer man sich annimmt, um sie dem angemessenen Zweck zuzuführen“ (Foucault zit. nach Bröckling/Krasmann/Lemke 2000:12).

Der Regierungsbegriff vermittelt zwischen Macht und Subjektivität und thematisiert somit die Verknüpfung von Selbsttechniken und Beherrschung, d.h. es kann nun untersucht werden, wie sich Herrschaftstechniken und Technologien des Selbst verknüpfen. „Der Kontaktpunkt, an dem die Form der Lenkung der Individuen durch andere mit der Weise ihrer Selbstführung verknüpft ist, kann nach meiner Auffassung Regierung genannt werden“ (Foucault, zit. nach ebd.:29).

Foucault vergleicht auf diese Art und Weise die Herrschaftstechniken der politischen Regierung mit der Praktik eines jeden Individuums. Wir begreifen uns nur aufgrund unseres gesellschaftlichen Deutungsangebotes als Subjekte. „Unsere Imagination als ein so und so geartetes Subjekt ist damit zum Teil auch eine Form, über die wir gesellschaftliche Beschränkungen an uns selbst vermitteln“ (Füller/Marquardt 2012:85). Erst durch erste Disziplinierungsmaßnahmen der Gesellschaft in Schulen, Gefängnissen und Kasernen werden gesellschaftliche Machtverhältnisse erkennbar.

Foucault geht von der historischen These aus, dass der moderne westliche Staat das Ergebnis einer komplexen Verbindung von „pastoralen“ und „politischen“ Machttechniken ist. Foucault spricht von einer neuen Führungstechnik, die er als Pastoralmacht bezeichnet (Foucault 2005:247). Der Regierungsanalyse liegt die Annahme zu Grunde, dass die pastoralen Führungstechniken Subjektivierungsweisen hervorbrachten, auf denen der moderne Staat und die kapitalistische Gesellschaft gebildet wurden. Foucault interessiert sich für die Rationalitäten der Regierung und versucht diese zu identifizieren. Insofern zielt Regierung laut Foucault auf „das richtige Verfügen über die Dinge, derer man sich annimmt, um sie dem angemessenen Zweck zuzuführen“ (ebd.:157). Die „Mikrophysik der Macht“, also durchzieht wie ein Netz den Alltag und den Menschen in seinem Habitus. Diese Macht schränkt Individuen bewusst in ihrer Tätigkeit ein und macht sie zeitgleich produktiv (vgl. das Panoptikum in „Überwachung und Strafen“, Foucault 1976). Darüber hinaus dient das Konzept der Gouvernamentalität als ein Analyseinstrument zur

Untersuchung von Macht-Wissens-Komplexen. Die Verbundenheit von Wissen und Macht zeigt allerdings noch keine Anzeichen von Eingreifen der Regierung.

Sicherheit und Raum

Foucault erstellt vier Züge eines „Dispositivs“ der Sicherheit. Als Beispiel die Schaffung bestimmter Sicherheitsräume – wie die Großstadt. Laut Foucault kennt die Souveränität nur die Frage des Regierungssitzes und die Disziplin entdeckt die Stadt als durch Parzellierung zu bändigenden Raum, die Sicherheit in der Stadt als „Milieu“ behandelt, auf das sich eine Fülle von sozialpolitischen Gestaltungsoptionen applizieren lässt. Zweitens die Perfektionierung des Umgangs mit zufälligen Ereignissen. Hier untersucht Foucault speziell die entstehenden Instrumente der ökonomischen Steuerung in Nationalökonomie und Volkswirtschaftslehre. Hierbei operiert die Disziplinarmacht mit liberalen Regeln, limitiert die Ökonomie durch Verbote, die Sicherheit gibt den Markt frei und agiert flexibel durch direkte Maßnahmen. Als Drittes führt Foucault die Normalisierungsformen aus: Im Sicherheitsdispositiv ist nicht die von außen auferlegte Rechtsnorm sondern die technische Norm entscheidend. Viertens schließlich sieht Foucault eine Korrelation zwischen Sicherheitstechnik und Bevölkerung (vgl. Kammler/Parr/Schneider 2008:152f.). Städtische Räume spielen eine wichtige Rolle wenn wir von auf die Bevölkerung gerichteten Sicherheitsdispositiven sprechen. Zahlreiche Sicherheitsdispositive entstanden mit „Problemen“ die durch den Verstädterungsprozess erst auftraten und denen mit disziplinarischen und biopolitischen Techniken versucht wurde zu begegnen (vgl. Michel 2005:21). Die moderne Stadt galt gegen Ende des 19. Jahrhunderts als Bedrohung für Bürger*innen und die Ordnung und daraus entwickelte sich die Gartenstadt die von Ebenezer Howard erdacht wurde.

Mithilfe des Gouvernementalitätskonzepts lassen sich die meisten städtischen Räume auf ihre Regierungswirksamkeit prüfen und somit auch, inwieweit städtischer Raum als Medium sozialer Kontrolle funktioniert. Vertreibung, Verbote und architektonische Ausrichtungen weisen auf die Macht der Raumproduktionen der Regierung hin. Das Regieren der Gegenwart funktioniert jedoch nicht nur über Gebote, Befehle und Verbote, sondern direkt und indirekt durch die Handlungen der Bevölkerung. Vielfach wird an dieser Stelle die neoliberale Regierungsweise angeführt, die etwa durch die zunehmende Wettbewerbsorientierung und Stadtmarketingaktivitäten dazu beiträgt, dass der öffentliche

Raum nicht mehr als Aufenthaltsbereich für jene dient die unterwünscht sind (vgl. Füller/Marquardt 2012).

Sicherheitstechnologien repräsentieren eigentlich das genaue Gegenteil von Disziplinarsystemen möchte man meinen. Allerdings nur wenn diese von einer Norm ausgehen und der Ausgangspunkt des Sicherheitssystems das Normale ist und somit weitere Differenzierungen erlaubt. Die „Dispositive der Sicherheit“ ziehen somit keine sichtbaren Grenzen zwischen dem Erlaubten und dem Verbotenen, sondern erschaffen ein optimales Mittel zur Normierung und Normalisierung der Sicherheitstechnologien. Die Entwicklung der Sicherheitsmechanismen und der Normierungen stehen laut Foucault in engem Zusammenhang mit dem Aufkommen der liberalen Gouvernamentalität im 18. Jahrhundert (vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke 2000:14).

Regierung im Neoliberalismus

Neoliberalismus, so diffus dieser Begriff auch ist, bietet zwei Grundannahmen, die in nahezu allen kritischen Analysen angeführt werden: Erstens wird er als ein interessegeleitetes, manipulatives „falsches Wissen“ definiert, dass sich durch innere Widersprüche auszeichnet. Zweitens geht mit dem Neoliberalismus das Zurückdrängen des vom Staat verkörperten Gemeinwohls durch den Markt einher, d.h. es kommt zu einer Ausdehnung der Ökonomie in die Politik. Das Gouvernamentalitätskonzept Foucaults erlaubt einen Blick über den Tellerrand dieser verkürzten Darstellung des Neoliberalismus hinaus:

Mit der liberalen *laissez faire*³ Politik taucht, so Foucault, ein Prinzip der Rationalisierung der Regierungsausübung auf, das der internen Regel maximaler Ökonomie gehorcht (vgl. Foucault 2005:181). Nicht länger ist eine Außengrenze (Was darf der Untertan tun?) sondern eine innere Grenze (Wie lässt sich ein Übermaß an Regierungstätigkeit vermeiden?) die neue Taktik des Regierungshandelns (vgl. Kammler/Parr/Schneider 2008:154f.). Der Liberalismus ist stets von dem Prinzip des „zu viel Regierens“ durchdrungen. Foucault hält fest, dass die neue liberale politische Ökonomie nicht nach ursprünglichen Rechten (Legitimität) des Regierens fragt, sondern nach dessen Wirkung und Effizienz. Alle Probleme der politischen Ökonomie spiegeln sich in der Bevölkerung

3 „Machen lassen“, lassen sie es geschehen

wieder, sagt Foucault, und deswegen habe sich so etwas wie eine Biopolitik entwickeln können. Eine äußere Macht die in das innere des Menschen unbemerkt eingreift. „Wenn man also verstanden hat, was dieses Regierungssystem ist, das Liberalismus genannt wird, dann, so scheint mir, wird man auch begreifen können, was die Biopolitik ist“ (Foucault 2004:43).

Trotz der Maxime des „Machen lassen“ ergibt sich nicht **mehr** Freiheit für das Individuum. Hierzu schreibt Foucault, dass das liberale Regime Freiheit nicht gibt, sondern eher ein Management der Freiheit organisiert. „Es ist nicht das „sei frei“, was der Liberalismus fordert, sondern einfach Folgendes: „Ich werde dir die Möglichkeit zur Freiheit bereitstellen. Ich werde es so einrichten, daß (sic!) du frei bist, frei zu sein““. (Foucault zit. nach Kammler/Parr/Schneider 2008:154).

Somit kann man sagen, dass die Freiheit nicht einfach da ist, sondern sie wird hergestellt oder zerstört, weil sie für einen Gesamtnutzen erforderlich ist. Die liberale Sicherheit ist viel weniger Schutz, als eher die Gewährleistung der Sicherheit des „Verfolgenkönnens“ eigener Interessen. Es kann nicht unbeschränkt gelten und ist aus diesem Grund einem Sicherheitskalkül unterstellt. Der (Neo-) Liberalismus erschafft Sicherheitsmechanismen, die die Funktion haben, mehr Freiheit durch mehr Kontrolle und Intervention einzuführen. Foucault nennt die funktionierende Disziplinarmacht und den Panoptismus als die eigentlichen Formeln der (neo-) liberalen Regierungskunst. Foucault sieht den Liberalismus als die Neudefinition einer genuin politischen Rolle der Wirtschaft für den Staat an. Die Wirtschaft erzeugt den Konsens, den der Staat braucht, um existieren zu können (vgl. ebd.:156f). Deswegen beziehe ich mich in diesem Fall auch auf Lemke, der davon ausgeht, dass Foucaults Beschreibung der Gouvernamentalität zwar als eine Auseinandersetzung mit den frühen Formen des Liberalismus zu tun hat, sich jedoch in den letzten zweihundert Jahren kaum etwas an der Regierungsweise verändert hat (vgl. Michel 2005:13). Die neoliberale Ausrichtung dreht die frühliberale Konfiguration um – der Staat definiert und überwacht nicht länger die Marktfreiheit, sondern der Markt wird zum organisierten und regulierten Prinzip des Staates (vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke 2000:15).

3.3. Anwendung der Foucaultschen Begriffe

Das Konzept der Gouvernamentalität soll nun in Beziehung zu der Stadt Wien und den dortigen neoliberalen Strukturen gebracht werden. Zunächst muss betont werden, dass Neoliberalismus in dieser Arbeit nicht nur als ideologisches Konzept oder als polit-ökonomische Realität betrachtet wird, sondern als ein politisches Projekt, das die Herstellung einer sozialen Realität als Ziel hat. Foucault schlägt mit der Gouvernamentalität einen Begriff der Regierung vor, der neben Gesetzen, Regeln, Wertvorstellungen und Ordnungen auch räumliche Arrangements als Steuerungsmedium anerkennt (vgl. Füller/Marquardt 2012). Als aktuelles Beispiel für Gouvernamentalität ist die Baumscheibenbepflanzung⁴ zu nennen, die von der Gemeinde „ermöglicht“ und „erlaubt“ wird. Die Erlaubnis oder offizielle Genehmigung im klassischen Sinne braucht es nicht. Ein Formular wird von der Gebietsbetreuung auf ihrer Internetseite zur Verfügung gestellt. Einmal alle Daten angegeben, ist man auch schon stolze*r Pächter*in einer Baumscheibe. Wichtig erscheint es, in diesem Kontext, die Interessen der Stadt hinter dem Projekt Baumscheibenbepflanzung zu erfragen: Versucht die Stadt nun mit Baumscheibenbepflanzungen auf die zunehmenden *Guerilla Gardening* Aktionen zu reagieren, indem sie aus dieser Protestform ein Projekt initiiert? Ist es eine Strategie der Stadt, um solchen Formen des Widerstands und Protestes zu entradikalisieren?

Das genannte Projekt dient zur Darstellung von Gouvernamentalität in der modernen Stadt da die Stadt nun offiziell die Möglichkeit bietet, ein Stück Land in einem ordentlichen Rahmen zu bepflanzen und den Zugang dementsprechend regelt. Viele Bürger*innen würden wahrscheinlich gar nicht auf die Idee kommen, unerlaubt öffentliche Flächen zu bepflanzen. Zum einen weil die Bewohner*innen zunehmend Verhaltensweisen über Erlaubtes und Verbotenes verinnerlichen. Zum anderen weil sie der Meinung sind, dass es das Stadtgartenamt gibt, welches sich um die Begrünung der Flächen in der Stadt kümmert und sie sich deshalb nicht in den Gestaltungsprozess einbringen müssen. Wenngleich diese Thesen hier ohne Beleg bleiben sind es doch Beispiele für den von Foucault geprägten Begriff der Mikrophysik der Macht: Durch Vorschriften, Gesetze und Verordnungen festgelegte Regeln des Zusammenlebens. Ein ähnliches Prinzip ist auch bei der Organisation von Gemeinschaftsgärten zu erkennen. Diese Gärten werden von

⁴ Als Baumscheibe wird der Bereich bezeichnet, der rund um Straßenbäume angelegt ist.

Stadtverwaltung und Gebietsbetreuung initiiert und bieten einigen wenigen das Privileg zu Gärtnern. Einige Gemeinschaftsgärten entstehen auch aus Bürger*inneninitiativen heraus und doch bleibt die Stadt die machtvolle Instanz die ein solches Projekt realisiert oder nicht. Es gilt nicht die Initiative der Gemeinschaftsgärten in Frage zu stellen, sondern die Form der Umsetzung, nämlich der Fakt, dass Gemeinschaftsgärten und Baumscheiben nur bepflanzt werden dürfen, wenn die Stadt dieses Vorgehen billigt. Beide Beispiele dienen als Veranschaulichung der Selbstregulierung und Selbstführung durch Disziplinierung des Subjektes. Das Subjekt hat nach Foucault einen doppelten Sinn, nämlich „vermittels Kontrolle und Abhängigkeit jemandem unterworfen sein und durch Bewußtsein (sic!) und Selbsterkenntnis seiner eigenen Identität verhaftet sein (vgl. Foucault zit. nach Füller/Marquardt 2009:85).

In diesem Zusammenhang gibt es weitere kritische Fragen, die zu Projekten wie Gemeinschaftsgärten und Baumscheibenbepflanzungen gestellt werden müssen. Zentral hierbei ist die Frage nach der Wissensproduktion. Wer weiß von Gemeinschaftsgärten und wie erfahren Personen davon? Braucht es dazu ein besonderes Wissen? Benötigt diese Form des Wissens Zugang zu Technologien, die nur einer gewissen Gesellschaftsschicht vorbehalten sind?

3.4. Aneignungsformen/ Widerstandsformen

Der Kampf um die Kontrolle über den Raum wird von einer Vieldeutigkeit und unterschiedlichen Strategien geprägt. Die Freiheit, sich Raum aneignen zu können und sich darin zu bewegen, kann über unterschiedliche Wege geschehen. Zum einen durch Besetzung, *Guerilla Gardening* oder aber mithilfe von Kapital.

Der Weg über das Kapital als Form der Aneignung ermöglicht Eigentümer*innen, sich gegen jede Art von Eindringlingen abzusichern. Der Erwerb privater Eigentumsrechte sichert das Exklusivrecht auf die Herrschaft über ein Stück Raum und ermöglicht somit Raum gleichzeitig zu kontrollieren und zu schützen (oder schützen zu lassen). „Der Einsatz der Staatsgewalt, um Raum für das Kapital freizumachen (durch Enteignung, städtischer Erneuerung etc.) unterscheidet sich wesentlich von der staatlichen Überprüfung der steuerlichen Abgaben derer, die sich zum eigenen Überleben Raum aneignen müssen, der anderen gehört“ (Harvey 1991:167).

Gleichzeitig bedeutet aber die Abschaffung von Privateigentum nicht, dass der Raum der allgemeinen Nutzung zugänglich gemacht wird. Im Gegenteil. Es kann bedeuten, dass diese Grundstücke ins Eigentum einer staatlichen Institution übergehen und andere Mechanismen zur Sicherung des Raumes in Kraft treten. Die Stadt als Arena politischer Macht und polit-ökonomischer Verhältnisse zu verstehen, schließt das Bedürfnis nach Veränderung und Fragen der Macht, des Eigentums und der Verwertung mit ein (vgl. Gebhardt/Holm 2011:15).

An einigen Orten in Wien gab es trotz oder gerade wegen einem Mangel an Freiraum, bereits Ansätze von *Guerilla Gardening*. Die Technik des *Guerilla Gardening* dient seit den 1970er Jahren als politische Interventionsform. Diese Form des Gärtnerns überzieht die Stadt mit pflanzlichen Texturen und die feinen Pflänzchen inmitten der Betonwüsten enthalten ein mächtiges ästhetisches Statement über die Unterströmung der Macht und die Möglichkeit der Umkehrung des Diskurses um Land in der Stadt (vgl. Werner 2012:66f.).

Das Bepflanzen von Flächen bedingt Geschick, Geduld, Fleiß und viel Handarbeit. Diese Art von Arbeit klingt beinahe fremd in einer technologisierten Welt. Diese Arbeit übt zeitgleich auf eben genauso viele Menschen eine Faszination aus. „Diese Faszination, die das System der manipulierbaren Zeichen und Apparate durchbricht, liegt in der Schönheit, Eigenart und Widerständigkeit der Pflanzen, ihrer Dankbarkeit, ihrem Wachsen und Vergehen. Diese Eigenschaften stellen sie quer zur kapitalistischen Ökonomie, vor allem zur neoliberalen Ausprägung, die darauf abzielt, die Eigenproduktivität des Lebens zu instrumentalisieren, mehr noch, zu optimieren“ (ebd.:60).

Widerstände innerhalb der Machtbeziehungen in der Stadt Wien sind im gesamten Machtnetz zu finden. Es gibt, laut Foucault nicht **den** einen Ort des Widerstands, sondern es gibt einzelne Widerstände: „mögliche, notwendige, unwahrscheinliche, spontane, wilde, einsame, abgestimmte, kriecherische, gewalttätige unversöhnliche, kompromißbereite [sic!], interessierte oder opferbereite Widerstände, die nur im strategischen Feld der Machtbeziehungen existieren können“ (Foucault 2012:96). Die unterschiedlichen Formen des Widerstandes sollen nicht stets die unterlegene Seite sein und in den Augen der Bevölkerung die Negativform darstellen. „Die Widerstände rühren nicht von irgendwelchen ganz anderen Prinzipien her, aber ebenso wenig sind sie bloß trügerische Hoffnungen und notwendig gebrochenes Versprechen“ (ebd.:96). Widerständigen Gruppen geht es darum, bewusst Raum einzunehmen und ihn zu bespielen und somit eine

gegenhegemoniale Herausforderung für die neoliberalen Markt- und Verwertungslogik darzustellen.

3.4.1. Widerstand

Als Widerstand kann man die Bündelung von Kräften bezeichnen, um Erträgliches zu bewahren, seien es soziale Errungenschaften oder selbstbestimmte, unabhängige Organisationsformen (vgl. Brand/Lösch/Thimmel 2007:254).

Widerstand, ebenso wie Macht, benötigen eine Form von Freiheit, die es ermöglicht sowohl das Eine, als auch das Andere auszuüben. Foucault meint in diesem Zusammenhang, die freie Entscheidung sich selbst in einem totalen Regime zwischen Leben und Tod zu entscheiden. „Das heißt, dass es in Machtbeziehungen notwendigerweise Möglichkeiten des Widerstands gibt, denn wenn es keine Möglichkeiten des Widerstands - gewaltsamer Widerstand, Flucht, List, Strategie, die die Situation umkehren - gäbe, dann gäbe es überhaupt keine Machtbeziehung“ (Foucault 2005:288).

Ich meine hierzu, dass es selbst zwischen den herrschenden Eigentumsverhältnissen Möglichkeiten gibt, Widerstand gegen eine Ordnung und unaufhörliche In-Wertsetzung der natürlichen Räume zu leisten. Foucault macht darauf aufmerksam, dass es nicht reicht zu sagen, bei Widerstand handle es sich um einen Kampf gegen die Autorität. Es gilt genauer hinzusehen, welche Kämpfe geführt werden und ob das gemeinsame Ziel ist, Auswirkungen von Macht zu kritisieren. In erster Linie richten sich Kämpfe nicht gegen bestimmte einzelne Machtinstitutionen, Gruppen, Klassen oder Eliten, sondern gegen eine bestimmte Machtform oder -technik (vgl. ebd.:245).

„Diese Machtform gilt dem unmittelbaren Alltagsleben, das die Individuen in Kategorien einteilt, ihnen ihre Individualität zuweist, sie an ihre Identität bindet und ihnen das Gesetz einer Wahrheit auferlegt, die sie in sich selbst und die anderen in ihnen zu erkennen haben. Die Machtform verwandelt die Individuen in Subjekte“ (Foucault 2005:245).

Heute steht der Kampf gegen die zunehmende Unterwerfung der Subjektivität – Foucault nennt dies die Objektivierung – immer mehr im Vordergrund. Der Grund dafür ist, dass sich seit dem 16. Jahrhundert eine neue Form politischer Macht immer stärker entwickelt und eine Machtposition einnimmt: der Staat, der eine totalisierte und zugleich totalisierende Form der Macht ist (vgl. ebd.:247). Obwohl der Staat wahrscheinlich der wichtigste Ort der Machtausübung ist, ist er nicht der einzige Ort, denn alle anderen Arten

von Machtbeziehungen beziehen sich in einer gewissen Weise auf ihn (vgl. Foucault 2005:260).

Wenn Widerstand gegen bestehende Machtbeziehungen in der Stadt Wien dargestellt werden soll, muss also erst untersucht werden, „Warum Macht eigentlich ist?“, bevor die Frage gestellt wird „Wie“ sie wirkt. Foucault meint hierzu, dass wenn nur nach dem „Wie“ gefragt wird, bleibt diese geheimnisvolle Substanz Macht bestehen ohne sie in Frage zu stellen. „Die Frage lautet nicht, wie Macht sich manifestiert, sondern wie sie ausgeübt wird, also was da geschieht, wenn jemand, wie man sagt, Macht über andere ausübt“ (ebd.:251). Nach Foucault gibt es **die** Macht nicht, die global und massiv existiert. Macht wird als eine Handlung immer von Personen auf Personen ausgeübt. Machtausübung besteht darin, Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit von Verhalten zu nehmen (ebd.:255).

In diesem Zusammenhang kann auch noch einmal auf den Sicherheitsdiskurs zurückgegriffen werden um ein Beispiel für körperungebundene Macht in Form von Überwachung anzuführen. Die Herstellung der Sicherheit erfolgt primär über die Formen der sozialen Kontrolle und einer Entwicklung hin zu einer Sicherheitsgesellschaft (vgl. Schmincke 2009:64). Erkennbar ist dies, an der Regierungsform die sich auszeichnet durch eine Verunsicherung der Gesellschaft. Kontrolle und Überwachung werden zwar immer noch vorwiegend von Mensch über Mensch ausgeübt, allerdings in einer veränderten Form. Es kommt vermehrt zu einer Auslagerung der Sicherheit an private Sicherheitsdienste, neue Formen des *Polizierens*⁵ und Verschärfung von Aufenthaltsverboten, wie z.B. der Campier-verordnung oder Bettelverboten in Wien.

Regieren heißt, das mögliche Handlungsfeld anderer zu strukturieren. Macht bietet Anreiz, Handlungen zu erzwingen, zu verhindern – sie ist ein auf Handeln ausgerichtetes Handeln. Ein wichtiges Element ist in diesem Zusammenhang die Freiheit, denn Macht kann nur über freie Subjekte ausgeübt werden. „Denn eben die Taktiken des Regierens gestatten es, zu jedem Zeitpunkt zu bestimmen, was in die Zuständigkeit des Staates gehört und was nicht in die Zuständigkeit des Staates gehört, was öffentlich ist und was privat ist, was staatlich ist und was nicht staatlich ist“ (Foucault 2005:173).

In der österreichischen Verfassung steht geschrieben, der einzelne Mensch ist frei. Wenn dieses liberale Grundrecht mit der neoliberalen Wirtschaftslogik kombiniert wird, kann das

⁵ vermehrte Streifendienste, bürgernahe Beamt*innen.

so viel bedeuten wie: das einzelne Subjekt ist frei, solange es sich im vorgegebenen Rahmen bewegt. Der Rahmen wird aber ausschließlich von einigen Mächtigen vorgegeben, um darin frei zu agieren.

Um dies am Beispiel der Gemeinschaftsgärten zu verdeutlichen: Was angebaut wird und wie dies gemacht wird, kann von den Besitzer*innen frei entschieden werden, solange dies in einem eingezäunten Gebiet, in einem Beet von 4m² geschieht das von der Stadt zur Verfügung gestellt wird. Die Gärtner*innen besitzen also nur einen stark limitierten Raum, der gestaltbar ist. Der Rahmen wie ein Gemeinschaftsgarten organisiert sein muss (z.B. anhand von Rotationsvorgaben) wird von der jeweiligen Gebietsbetreuung der Stadt Wien vorgeschrieben. Auf Gemeinschaftsgärten und ihre Verwaltung wird weiter unten in der Arbeit genauer eingegangen.

Indem diese Zuständigkeit bestimmt wird, geschieht gezielt eine Segregation der Gesellschaft. Es wird entschieden, was öffentlich und was privat ist – wer Zugang zu Räumen hat und unter welchen Bedingungen.

Widerstand gegen diese Organisationsformen hat dazu beigetragen, dass sich zunehmend politische Kräfte und soziale Fähigkeiten herausgebildet haben und es somit möglich ist, aktiver Politik zu machen. Mit Landbesetzungen der brasilianischen MST Bewegung (*Movimento dos Sem Terra* - Bewegung der Landlosen) entstand, in den 1990er Jahren der Widerstand gegen die neoliberale Offensive und die dominierende Macht, den Staat (vgl. Brand/Lösch/Thimmel 2007:254). Seit diesen Tagen ist Widerstand in latein-amerikanischen Ländern ein Symbol für das Entstehen neuer sozialer Bewegungen. Diese spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, Widerstand gegen die Privatisierung von Land zu leisten.

4. Was ist unter neoliberaler Stadt zu verstehen?

Der heutige Neoliberalismus ist das zentrale Paradigma der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Akkumulationsregime und gilt weitgehend als alternativlos. Er bezieht sich auf den britischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Der Liberalismus, und aufbauend auch der Neoliberalismus, basieren auf dem Glauben an eine freie Marktwirtschaft und an den Markt als bestes Mittel zur Allokation von Gütern. Dass es den

Neoliberalismus an sich nicht gibt und auch kein geschlossenes theoretisch-ideologisches Konstrukt darstellt, muss an dieser Stelle erwähnt werden (vgl. Mullis 2011:3). Neoliberale Konzepte folgen einer Phase fordistischer Regulationen der Gesellschaft und Ökonomie. Eingesetzt hat diese Form des Wirtschaftens nach der Krise des Keynesianismus, in den 1970er Jahren, als neoliberale Politiker*innen und Planer*innen vermehrt auf Kommerzialisierung, Privatisierung und Prekarisierung setzten, um die wachsende Stärke der Arbeiter*innen einzuschränken (vgl. Caffentzis 2010:26). Die westlichen Industriestaaten trieben im Sinne der neoliberalen Ideologie die Liberalisierung und Dezentralisierung der Finanzmärkte, den Sozialabbau, die Einengung der gewerkschaftlichen Macht und die Auslagerung von Produktionsstätten ins billig produzierende Ausland, voran. Kurz beschrieben kann der Neoliberalismus als ein Prozess beschrieben werden, “der marktorientierte Lösungen bevorzugt, die Kommodifizierung möglichst aller Lebensbereiche anstrebt und oftmals spekulative Finanzinstrumente zur Öffnung neuer Bereiche zur Profitgenerierung mobilisiert” (Mullis 2011:14f.).

Ein besonderer Aspekt, der den Neoliberalismus von anderen Strömungen unterscheidet ist, dass er mittels intensiver Lobbyarbeit im Interesse von Großkonzernen, Eliten und transnationalen Investor*innen als politisches Projekt durchgesetzt wurde. “Der politische Prozess der Implementierung der neoliberalen Ideologie hat aber die Wirkungsebene der Ökonomie im engeren Sinne längst verlassen und den Druck der Wirtschaftlichkeit auch auf soziale Einrichtungen, öffentliche Institutionen, Dienstleistungen und Individuen übertragen” (ebd.:15).

Es handelt sich um eine Ideologie, mehr noch, um einen Mechanismus der hilft von Herrschaft geleitete Handlungsweisen zu sichern und legitimieren. Besonders an dieser Ideologie ist auch, dass der Neoliberalismus die Möglichkeit hat alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu kommodifizieren.

Der Neoliberalismus ist allerdings nicht ohne den Staat zu denken, der sogar die treibende Rolle der fortschreitenden Kommerzialisierung trägt. Dass Auswirkungen des Neoliberalismus besonders in den Städten bemerkbar sind, verwundert nicht, denn “die Stadt dient als Ort der sozialen Interaktion und der politischen Macht im Brennpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und ist somit von der neoliberalen Implementierung nicht nur betroffen sondern auch zentraler Ort der Produktion und Modifikation des Projektes” (ebd.:15).

Die Versuche die Krise mit Einsparungen und Regulierungen abzuwenden oder auszulagern hatte auch Folgen für die Städte der Nationalstaaten. Die Reduktion finanzieller Unterstützung für die Kommunen durch Steuergelder von den Landes- und Bundesregierungen zwang Städte dazu, zunehmend eigenständig zu wirtschaftlich handelnden Einheiten zu werden (vgl. Mullis 2011:18). Die Gesellschaft in den Städten wird ruhig gestellt, indem durch Bauwerke und Renovierungen von zunehmend teuren Geschäftsstraßen der Eindruck entsteht, dass es der Wirtschaft gut geht – und wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns allen gut, oder nicht?

Auch die aktuelle, im Jahr 2008 ausgebrochene Wirtschaftskrise ändert nichts am Grundgedanken des freien Marktes und des Wettbewerbes. In den städtischen Räumen wird der Kapitalismus immer aktiver und kaum eine Nische bleibt der Kommerzialisierung vorenthalten. Der Neoliberalismus als Wegbereiter für städtischen Wandel hin zur “Unternehmerischen Stadt”, die sich in einer Umstrukturierung von Verwaltungsabläufen, markt- und wettbewerbsbedingter Neuorientierung sowie in der Adaption einer Aufwertungslogik manifestiert (vgl. ebd.:20).

An dieser Stelle denken wir noch einmal an Lefebvre, der Widerstand gegen das Bestehende in den Städten verortet und es gerade dort zu Konflikten der Nutzung des Raumes kommt. Genau an diesen Orten werden Fragen aufgeworfen, wem den nun die Stadt gehört, von wem der “öffentliche” Raum bespielt werden darf und wie im Zuge von Gentrifizierungsprozessen mit den Bedürfnissen der Bevölkerung umgegangen wird und welche mehr zählen? (vgl. ebd.:2)

“Eine Stadt, die den Bedürfnissen aller genügen soll, kann aber letztlich, weil die Differenzierung und Produktion von Ungleichheit dem Kapitalismus immanent ist (Smith 1984), nur außerhalb der kapitalistischen Logik erreicht werden. Dies bedingt das Herauslösen von Räumen aus der kapitalistischen Verwertungslogik und zielt darauf ab, die herrschende Politik zu delegitimieren und gleichzeitig die Gemeinschaft zu ermächtigen. Bedingung dafür ist aber die Demokratisierung der Nutzung und der Entscheidungsmacht (Mullis 2011:27)”.

Dieses Herauslösen von Räumen aus der mehrwertorientierten Verwertungslogik ist ein zentraler Punkt vieler Widerstandsbewegungen rund um ein “Recht auf Stadt”. Auf diese Art und Weise, können Räume geschaffen werden, die nicht exkludierend sind und einer Kommerzialisierung widersprechen. Es geht um eine Widerinanspruchnahme von zentralen Räumen und Plätzen – seien es Parks, Grünflächen und Aneignung von Leerstand und Brachflächen.

Akkumulation und Abwertung durch Enteignung

Gesellschaften erzeugen durch Produktion Überschüsse zum Überleben – den sogenannten Mehrwert. Günstige und natürliche Bedingungen erleichtern die Erzeugung des notwendigen Überschusses, dessen Aneignung allerdings von den politischen Entwicklungen und Klassen abhängt. Die Aneignung des von der Gesellschaft produzierten Überschusses, ist die gängigste Praxis der Menschheit. Die Erzeugung, Kontrolle und Aneignung des Mehrwerts hing seit jeher von der politischen und klassenspezifischen Macht ab. Politische und soziale Kämpfe um die Aneignung und den Gebrauch des Mehrwerts haben eine ebenso lange Geschichte.

Der Aufstieg der kapitalistischen Klasse hing nicht so sehr von ihrer produktiven Erzeugung des Mehrwerts ab, sondern ihrer Fähigkeit diesen als Privateigentum zu behandeln und durch Investitionen der Zirkulation zuzufügen. Der Kapitalismus war als soziales System recht bald auf die Schaffung einer Arbeiter*innenschaft angewiesen, um nicht selbst die Arbeit verrichten zu müssen. Die Erzeugung des Mehrwerts war auf diese Art und Weise gesichert. „Damit der Kapitalismus als soziales System die Herrschaft übernehmen konnte, war es nötig, dass sich die Bourgeoisie als siegreich im Kampf gegen die anderen Klassen erwies und den Mehrwert kontrollierte“ (Harvey 2005:95). In Folge der Gier nach mehr Mehrwert, kam es vermehrt zu gewaltsamen Aneignungen durch europäische Seeleute auf der ganzen Welt. Nach dem Kolonialismus ebte die Gier nach mehr nicht ab und das Streben nach einer Ausweitung der Kapitalmacht auf Territorien, Sektoren und Produktionsstätten nahm nicht ab. Akkumulation durch Enteignung ist demnach eine notwendige Bedingung für das Überleben des Kapitalismus (vgl. ebd.). Zumal der Umstand, dass der Zugang zu und die Kontrolle über ressourcenreiche Orte bei der Produktion von Mehrwert eine erhebliche Rolle spielen. Land, Gebrauchswerte, Geldwaren, Arbeitskraft, kulturelle Artefakte und lokales Brauchtum stellen Ziele für Aktivitäten der Aneignung dar, die von räumlichen Strategien, den Zugang zu ihnen und die Kontrolle über sie gekennzeichnet sind.

Soziale Kämpfe um die ursprüngliche Akkumulation durch Enteignung sind von einer unheimlichen Vielfalt. Am auffälligsten sind laut David Harvey, die Kämpfe um Zugang zu Land und Lebensraum (Stadt), Ressourcen wie Wasser, Wälder und Energie (vgl. ebd.:117). Kämpfe um Würde, Anerkennung und Rechte auf Selbstbestimmung sind dabei nicht zu vergessen und als ebenso wichtig anzuführen.

4.1. Unternehmerische Stadt

Der Wandel vom sozialstaatlichen Model hin zur Unternehmerischen Stadt ist gekennzeichnet von einer Verschiebung der Stadtverwaltung hin zu einem betriebswirtschaftlichen Management. Eine Verschiebung weg von Regierung (Government), hin zu einer breiteren interessensbedingten Koalition der *Stakeholder*, Behörden und Politik (Governance) (vgl. Mullis 2011:20).

Ein weiteres Element der unternehmerischen Stadtpolitik ist der Versuch, die Stadt im Konkurrenzkampf um Investitionen, Arbeitsplätze und Ressourcen möglichst gut zu positionieren. Folgen dieser Politik sind der Verkauf der städtischen Infrastruktur, die Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen an private Anbieter*innen und die Umwandlung eines öffentlichen Gutes in eine handelbare und kommerziell nutzbare Ware. Davon betroffen sind besonders die „öffentlichen“ Räume, die nun allesamt der Logik der Profitmaximierung und des Konsumzwangs zum Opfer fallen.

Dass Wohnen eine Ware ist, ist an den Mietpreisen erkennbar. Ein minderer Mietwert in bestimmten Stadtteilen ist ein Wettbewerbsnachteil und fördert Aufwertungsprozesse um eben konkurrenzfähig zu bleiben. Gentrifizierung⁶ und damit verbundene Vertreibung von gewissen Personengruppen sind die Folge. An dieser Stelle will ich noch einmal an Lefebvre erinnern, der im Zuge von Recht auf Stadt genau von jenen Personengruppen spricht, die im Zuge der Aufwertung von Stadt, ausgeschlossen werden. Besonders betroffen sind Obdachlose, Student*innen, einkommensschwache Personen sowie Personenkreise die über keine politische Lobby verfügen (vgl. ebd.:13f.). Die Kommodifizierung der Städte führt zu einer Kommerzialisierung von Lebensbereichen und somit wird Wohnen und Leben in der Stadt in weiterer Folge zu einer handelbaren Ware (vgl. ebd.:14).

4.2. Stadt als Konsumraum

Der Prozess der Kommodifizierung des städtischen Raumes ist kein neuer, denn Städte wurden stets an Orten des Handels und des Marktes installiert. Die Stadt war stets

⁶ Gentrifizierung beschreibt spezifische sozioökonomische Umstrukturierungsprozesse in städtischen Wohngebieten als ein Phänomen der sozialen Ungleichheit.

Ballungsraum von Besonderheiten und die Bühne der Weltwaren. Mit der Finanzkrise im Jahr 2007 und dem darauf folgenden Immobilienboom stieg der Verwertungsdruck auf öffentliche Liegenschaften. Wie kann das der Fall sein? Nun, wenn städtische Budgets in Bedrängnis kommen, besteht Gefahr das öffentlicher Grund und Boden nur mehr nach kommerzieller Logik verwertet und an Investoren verkauft wird. Diese Form des Wirtschaftens trägt dazu bei, dass soziale Konzepte auf der Strecke bleiben. Die stetig steigende wirtschaftliche und politische Bedeutung von Stadt, zwingt zuerst die Gesellschaft, sich an die neoliberalen Verhältnisse anzupassen. Die Stadt selbst, das urbane Leben, wird zur Ware. Dies kann am Beispiel der Stadt Wien verdeutlicht werden: Obwohl ein kontinuierlicher Prozess der Rückeroberung von urbanen Räumen erkennbar ist und war, ist zeitgleich die Entstehung neuer Zentren erkennbar. Durch ökonomische Faktoren wie Globalisierung und Neoliberalisierung verändert sich das Stadtbild. Zunehmend entsteht in der Innenstadt ein Zentrum der privilegierten Produktionsräume - der neuen urbanen Elite. Dieses wird zum hochwertigen Produkt des Konsums – sowohl als Ort des Konsums als auch als konsumierbarer Ort (Schmid 2012:40f.). Laut Lefebvre vereinigt sich auf diese Weise das Entscheidungszentrum mit dem Konsumzentrum. Es wird somit zur Festung der Macht und dessen Bevölkerung zur Elite. Wie Lefebvre feststellte, wird nicht einfach ein Stück des Raumes verkauft, sondern der Raum selbst mit all´ seinen Gegenständen. Dieser Raum, und nicht länger nur der Grund und Boden, werden zu einem globalen Objekt der Produktion und dienen der Schaffung von Mehrwert. Es geht in diesem Sinne also um mehr als den bloßen Verkauf des Raumes als solchen. Sondern um den Verkauf des gesamten Raumes, mit den Menschen, die ihn bespielen, mit den sozialen Ressourcen und Effekten. Das urbane Leben selbst, wird also in den Prozess der Verwertung einbezogen und transformiert und dabei oft unbemerkt in kommerziell nutzbare Bahnen gelenkt (ebd.:43).

Dieses Kapitel soll allerdings zeigen, dass Flächen in der Stadt verkauft werden und nicht für alternative Wohn-, Lebens- oder Ernährungskonzepte genutzt werden dürfen wenn sie keinen Mehrwert produzieren.

Zu berücksichtigen gilt, dass es Widersprüche gibt zwischen den kapitalistischen „Verbrauchern“ und den kollektiven „Benutzern“ des Raumes. Auch zwischen kapitalistischer Domination und selbstbestimmter Aneignung des Raumes gibt es Unterschiede. Verbunden ist dies mit der Frage nach ökonomischer und politischer

Kontrolle des Raumes und der Schaffung von alternativen Lebens- und Konsumräumen. Allgemein betrachtet lässt sich hier ein tiefgehender Widerspruch innerhalb der Dialektik des Städtischen erkennen: auf der einen Seite besteht ein Interesse (vor allem von Seiten der grün-roten Stadtregierung in Wien) darin, dass die unterschiedlichsten Elemente der Gesellschaft in Kontakt und Austausch miteinander treten, z.B.: in Form eines Gemeinschaftsgartens. Gleichzeitig werden aber die urbanen Ressourcen wie Grünflächen zunehmend durch globale Investoren und Eliten aufgekauft und privat kontrolliert. Somit wird Zugang zu Land mithilfe neoliberaler Politikansätze geregelt und begrenzt. Die Stadt wird Stück für Stück verkauft.

4.3. Öffentlicher Raum und Umwidmung

„Unter Öffentlichkeit wird in der Soziologie vielfach ein Deutungsmuster verstanden, dass auf Räume bezogen wird, die interaktiv und kommunikativ profiliert sind, eine soziale Durchmischung fördern und Prozesse der Meinungsbildung vorantreiben“ (Löw 2008:22). Der öffentliche Raum ist somit ein Ort wo Diskurse entstehen, verbreitet werden und sich materiell niederschlagen. Soziale Kämpfe sind demnach in der Stadt ablesbar.

Henri Lefebvre erkennt im Raum der Stadt den Kampf zwischen dem Gebrauchswert, dem Leben auf der Straße, und dem Tauschwert, der Kommerzialisierung und Privatisierung des öffentlichen Raumes (Foltin 2011:85). Lefebvre meint mit städtischen öffentlichen Räumen die, in denen eine große Zahl an tagtäglichen Praktiken stattfinden, wie Parks, Straßen, Gehsteige, Einkaufszentren und Bahnhöfen. In westlichen Weltstädten sind die „öffentlichen Räume“, die zunehmend neu gestaltet sind, immer mehr exkludierend für marginalisierte Gruppen. Eine geregelte und konsumorientierte Gestaltung dieser Räume zielen meist darauf ab, Menschen zu vertreiben und freie Äußerung (Straßenkunst, Demos, etc.) durch Überwachung zu verbieten. McCann weist darauf hin:

„auch wenn der öffentliche Raum zunehmend warenförmig ist, befindet er sich zugleich auch immer in einem Prozess der Gestaltung und Neugestaltung. Er wird von den räumlichen Praktiken verschiedener Gruppen und Individuen herausgefordert, deren Identitäten und Aktivitäten die Homogenität gegenwärtiger Städte untergraben“ (McCann 2007:241).

Gleichzeitig werden im öffentlichen Raum unterschiedliche Protestformen wie Graffiti erprobt und Widerstand durch Verbote, die in der Hausordnung festgehalten werden, unterbunden. Allerdings gibt es historisch betrachtet praktisch keine Stadträume, die diesem Anspruch je gerecht worden sind. Öffentliche Räume zeigen auch fast immer Effekte des Ausschlusses für nicht weiße Menschen, Homosexuelle, Obdachlose und Migrant*innen. So wird auch der öffentliche Raum zu einem abstrakten Raum, der zum einen dominant und zum anderen ahistorisch sein muss. Die zentrale Rolle in dieser Vernichtung von Geschichte ist die Macht der Stadt welche die Umgestaltung solcher Räume legitimiert. Lefebvre weist darauf hin, dass abstrakter Raum fundamental widersprüchlich ist, da er zum einen Homogenität betont und gleichzeitig nur durch das Hervorheben von Unterschieden bestehen kann.

„Das Bild von Homogenität und Einheit, das ein zentraler Bestandteil des abstrakten Raums ist, kann nach Lefebvre nur durch einen fortlaufenden, staatlich geförderten Prozess von Fragmentierung und Marginalisierung erreicht und erhalten werden, der Unterschiede ignoriert und damit versucht, Konflikte zu vermeiden“ (McCann 2007:244).

In letzter Instanz braucht es dann noch die Bevölkerung, die davon überzeugt ist, dass dieser „öffentliche Raum“ zu gefährlich ist, weil sich dort Obdachlose und Drogenabhängige aufhalten.

Möglich wird dieser Wandel einerseits durch Privatisierung von „öffentlichem“ Raum, durch Zugangsbeschränkungen und Regeln und andererseits durch die Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes. Privatisierung von öffentlichem Raum, sowie Ausbau von Sicherheitsmaßnahmen haben zunehmend zum Verschwinden von Räumen für Vergemeinschaftung und zum Zerfall öffentlicher Räume beigetragen (Mayer 2011:71).

Räume werden auf diese Art neu geschaffen – diese neuen Räume strukturieren uns, strukturieren unsere Gesellschaft und geben die gesellschaftliche Ordnung vor. Raumpräsentationen waren seit jeher mit Produktionsverhältnissen verbunden und sind noch heute erkennbar. Die Verwertung und der Verkauf von Räumen bedeutet also, dass die Qualitäten, Differenzen, Kreativität und Begegnungen Teil von ökonomischem Produktivitätsgewinn werden (vgl. Schmid 2012:43).

Wie „öffentlicher Raum“ in Zukunft produziert und gestaltet wird, muss mit einer Politik in Verbindung stehen, die städtischen und öffentlichen Raum so umdenkt, dass das von Lefebvre formulierte Recht auf Stadt und das Recht auf Differenz in die Planung mit

einbezogen werden. Denn das Recht auf Stadt beinhaltet das Recht aller sozialen Gruppen, auf allen Ebenen an Entscheidungsprozessen teilzuhaben und nicht aus den Räumen der Innenstadt ausgeschlossen zu werden. Das schließt das Recht auf Differenz und somit das Recht frei von Formen externer, auferlegter und vorgefertigter Identitätskategorien zu sein mit ein (vgl. McCann 2007:254). Laut Lefebvre ist es wichtig im selben Moment Gegenräume zu schaffen, in denen das Recht auf Stadt und das Recht auf Differenz artikuliert werden können. Das bedeutet, dass sich marginalisierte oder ausgeschlossene Gruppen öffentliche Räume als „Räume der Repräsentation“ aneignen sollen, um politische Orte zu schaffen.

Generell ist zu erwähnen, dass sich „öffentliche“ Räume nicht bauen lassen. Sie entstehen erst durch gesellschaftliche Aneignung und durch soziales Handeln (Selle 2010:48). Es zeigt, dass an der Erstellung von „öffentlichen“ Räumen viele verschiedene Akteur*innen beteiligt sind und die rechtliche Verfügung von und über solche Stadträume aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden muss. Der „öffentliche Raum“ als solches existiert also laut Selle gar nicht und verweist auf die konkrete Benennung von Straßen, Plätzen und Parks. Es handelt sich bei diesem Begriff um eine Neuschöpfung die nicht das Wesen des „Öffentlichen“ ergründet (vgl. ebd.:48). Das gilt auch für „öffentliche“ Orte im „öffentlichen“ Eigentum – Akteur*innen wie die Republik Österreich, die Stadt Wien, die Bundesbahnen und die Kirche sind Eigentümer*innen von Straßen, Plätze und Parks und verfolgen ihre eigenen Interessen. Die Bezeichnung „öffentlicher“ Raum ist nach Selle also wenig geeignet für die wissenschaftliche Diskussionen (vgl. ebd.:49). Es gilt jedoch einen Begriff zu finden, der die Problematiken in diesen „gemeinschaftlich“ genutzten Räumen sichtbar macht und somit eine Auseinandersetzung über die Privatisierung des „öffentlichen“ Raumes ermöglicht.

4.4. Initiativen zur Wiederaneignung städtischer Räume

Die ersten Proteste gegen Urbanisierung fanden in den 1960er Jahren statt, bei denen in einer ersten Welle, gegen die Krise des Fordismus, Wohnungsknappheit, Mietstreiks und umfassenden Sanierungsprogrammen unter dem Slogan „Recht auf Stadt“ gekämpft wurde. Viele der europäischen Bewegungen standen damals unter dem Motto „Nehmen

wir uns die Stadt!“ (Mayer 2011:56) während die amerikanischen Stadtbewegungen „Selbstbestimmung der Community“ forderten.

Zentral in allen westlichen Städten war der Protest gegen die „reproduktive Sphäre“ und den „kollektiven Konsum“ – d.h. öffentliche (Infra-) Strukturen wurden in Frage gestellt und Forderungen nach einer demokratischen Mitgestaltung der Stadt wurden lauter. In diesem Sinne wurden die ersten alternativen Lebensprojekte in der Stadt realisiert, um eine andere Form der urbanen Lebensweise sichtbar zu machen und Lösungen aufzuzeigen. Die Bewegungen richteten sich also in erster Linie gegen die keynesianische Stadt, in der der Großteil der sozialen Produktionen vom Staat kontrolliert und zur Verfügung gestellt wurden.

Die zweite Phase der städtischen Mobilisierungswelle, richtete sich gegen die Austeritätspolitik, die in den 1980er Jahre regierte. Diese Art der Politik, leitete die ersten neoliberalen Paradigmen ein, indem sie die keynesianischen Wohlfahrts- und sozialkollektivistischen Institutionen abbaute (vgl. ebd.:57). Proteste richteten sich gegen neue/ alte Missstände: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Armut. Auch Verwaltungen hatten es nicht einfach, da sie, trotz Finanznöten, mit Ausgabendruck konfrontiert wurden und auf der Suche nach „innovativen Problemlösungen“ waren. Es kam zu einer Art Beziehung zwischen den bis dahin oppositionellen Parteien der Bewegungen und der Verwaltung. Diese Kooperation wirkte in erster Linie als Möglichkeit prekäre Verhältnisse auf stabile Beine zu stellen. Gegen alle Vorstellungen entwickelte sich mit der Zeit eine Spaltung zwischen den Stadtentwicklungsorganisationen und den Gruppen, die ihre Interessen nicht berücksichtigt sahen und sich somit radikalisierten.

Die Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum, gerechte Güterverteilung, und Nachhaltigkeit miteinander vereinbar und durch verbesserte Partizipation realisiert werden können, ist eine Mystifikation, die sich weit verbreitete. Auch in Teilen des Bewegungsmilieus, und in so manchen lokalen Auseinandersetzungen ist der radikale Anspruch auf das Recht auf Stadt bisweilen schnell verblasst. Die jüngere Geschichte, weiß Margit Mayer zu berichten, ist voll von urbanen Kämpfen, die zunächst breite Allianzen im Kampf gegen die neoliberale Stadtentwicklung bildeten, sich aber recht schnell als defensiv entpuppten. Die Autorin kreidet den Bewegungen an, dass sie kaum mehr erreichen, als ein Stück Urbanität zu retten oder Oasen zum Schutz eigener alternativer Lebensstile zu erhalten. So manche, einst radikale Gruppen, rücken zunehmend das Interesse an gesicherte Freiräume

für die Ausübung ihrer selbstbestimmten, autonomen und sonst wie „politisch korrekten“ Aktivitäten in den Vordergrund. Sie kümmern sich nicht mehr um die Ausgrenzungen und Repressionen von anderen, weniger günstig platzierten Gruppen in derselben Stadt.

Unter dem Motto Recht auf Stadt konstituieren sich weltweit ständig neue städtische Protestbewegungen, um gegen die neoliberale Hegemonie anzukämpfen und eigene Bedürfnisse einzufordern (Gebhardt/Holm 2011:7ff.). Diese neuen Bewegungen kämpfen zwar gemeinsam gegen die neoliberale Stadtentwicklung, unterscheiden sich dennoch signifikant voneinander (Mayer 2011:54). Laut Margit Mayer, lassen sich die aktuellen Stadt-Bewegungen durch zwei Zugänge zu „Recht auf Stadt“ unterscheiden: zum einen trachten internationale Organisationen auf die Verabschiedung von Chartas und Gesetzen, die erreichen sollen, dass „spezifische“ Rechte geschützt werden, um die Teilhabe an der bestehenden Stadt für alle zu sichern; die andere Seite versucht mit Hilfe von Protest und anderen aktivistischen Aktionen, das Recht auf eine demokratische, offene Stadt mittels sozialem und politischem Handeln zu schaffen (ebd.).

„Recht auf Stadt“ wird also von internationalen Organisationen, linken Stadtregierungen aber auch Bewegungen als Sammelbegriff für viele reformpolitische Forderungen verstanden: das Recht auf Zentralität, das Recht auf Differenz und das Recht auf demokratische Stadtgestaltung. „Das Recht auf die Stadt nimmt dabei die Gestalt eines abstrakten Prinzips und Anspruchs auf Beteiligung an der Gestaltung, Verwaltung und Nutzung konkreter Plätze, Gebäude und Nachbarschaften an“ (Gebhardt/Holm 2011:17f). Die heutigen Auseinandersetzungen in den Städten des globalen Nordens werden von einem Mix aus prekären Kreativen, Lebensqualitätsverteidigender Mittelklasse, radikalen Autonomen, Alternativen und diversen linken Gruppen getragen.

„Die heutigen Städte bieten mit ihrer flächendeckenden Gentrifizierung und vielfältigen Angeboten für Touristen und „kreativen Klassen“ einen reichhaltigen Humus für alternative Milieus und kritische Kreative (...). Deren Kämpfe gegen die neoliberale Umstrukturierung der Stadt, für den Erhalt von Urbanität, zur Verteidigung alternativer Räume und Lebensstile oder für die Einführung sozialer Ökonomie sind zwar wichtig für emanzipatorische Veränderung, aber sie bedrohen – selbst wenn sie in erfolgreichen Allianzen zusammen kommen – die herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen des globalen neoliberalen Systems nicht wirklich“ (Mayer 2012:71).

Es gibt keine Räume mehr, in denen diese notwendige Politisierung stattfinden könnte. Denn die Privatisierung von öffentlichen Gütern und Diensten, der Ausbau von (privaten) Sicherheitsmaßnahmen und segregierten Zonen, der Abbau kommunaler Angebote und Infrastruktur tragen dazu bei, dass diese offen zugänglichen Räume kaum noch vorhanden sind.

Kollektive und Individuen versuchen sich und andere vor der Zerstörung der gemeinsamen Lebensräume zu schützen. Die Sicherung solcher „befreiter Räume“ und anderen alternativen Überlebensformen gelingt auch meistens, seit die Stadtpolitik ein gesteigertes Interesse an der Vermarktung dynamischer lokaler Kulturszenen entwickelt hat. Die neoliberale Stadtpolitik erweist sich als erfolgreich, wenn es darum geht rebellische Ansprüche und Handlungen in marktkonforme, standortvorteilssteigernde Kreativkonzepte umzuwandeln (Mayer 2011: 69).

„Recht auf Stadt“-Bewegungen kämpfen nicht nur gegen die zerstörerischen Folgen der Kommodifizierung, sondern die Kämpfe des Alltags richten sich auch gegen die Fetischismen, die sich davon ableiten lassen (Harvey 2005:121). Laut David Harvey (2012) ist die Frage welche Stadt wir wollen immer eng mit der Frage verknüpft, welche Gesellschaft wir wollen. Harvey versteht das Recht auf Stadt, als Chance die Gesellschaft durch eine kollektive Umgestaltung der Städte zu verändern. Henri Lefebvre forderte bereits in frühen Jahren, den Zugang zur Mitgestaltung aber auch das Recht, nicht in einen Raum abgedrängt zu werden, der zum Zweck der Diskriminierung geschaffen worden ist (vgl. Gebhardt/Holm 2011:8). Ein weiterer zentraler Aspekt der Forderungen ist die Möglichkeit zur Schaffung eines Lebensraumes, der auf Basis von Solidarität, Gleichheit, Würde und sozialer Gerechtigkeit aufgebaut ist. „But that cannot occur without the creation of a vigorous anti-capitalist movement that focuses on the transformation of daily urban life as its goal“ (Harvey 2012:xvi).

Wie aber ist diese Bewegung politisch einzuordnen? Können Parallelen gezogen werden zur Siedler*innenbewegung als eine Bewegung der Not und Selbsthilfe? Bereiten sich Aktivist*innen von heute auf eine Notsituation vor oder versuchen sie gar eine zu verhindern? Oder ist es vielleicht ein politisches Zeichen, wenn Menschen die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik unter dem Begriff der Ernährungssouveränität wieder selbst in die Hand nehmen wollen? Dies sind wichtige Fragen, die es zu berücksichtigen gilt, um den Diskurs rund um Zugang zu Land zu analysieren.

4.5. Nutzungsformen: Zwischennutzung ?

Mit der Parole „Recht auf Stadt“ verbindet sich in dieser Arbeit ein Recht auf Wohnen und die Teilnahme an der Stadtgestaltung. Mit dem Recht auf Land, ein Recht auf selbstbestimmte Nahrungsmittelproduktion. Da in dieser Arbeit von einer LandStadt ausgegangen wird, sehe ich beide Rechte vereint als ein Recht auf Stadt.

Sowohl Nahrung, als auch Wohnen, werden zunehmend zu Waren und sind vielen Menschen nicht mehr zugänglich. Die Hierarchisierung und Machtsymbolik der Stadt, ruft Empörte auf den Plan. Immer mehr Menschen, die der Meinung sind, dass sie auch ein „Recht auf Stadt“ haben, schreien auf. Sie fordern ihr Recht ein, die Stadt mitzugestalten, in der sie leben. Aneignung von Räumen findet statt, um eine Basis für gemeinsame Politik zu schaffen und zu handeln.

Henri Lefébvre bemerkte: „Es ist der Raum derjenigen, die ihn beschreiben!“ Das Recht auf Stadt, steht für ein gesamtgesellschaftliches Anrecht auf diese im Urbanisierungsprozess angelegten urbanen Qualitäten, die für Lefébvre in der Begegnung, im Austausch, im Fest und in einem kollektiv gestalteten und genutzten städtischen Raum liegen (vgl. Schmid 2005). Raumaneignungen werden als *Bottom-up* Bewegungen verstanden, um dieses Recht auf Gestaltung der Stadt wahrzunehmen. Aktionen wie Besetzungen zur Raumaneignung unterlaufen vorherrschende Bilder und zeigen Möglichkeiten von alternativen Lebensraumvorstellungen auf – siehe Landbesetzung der Gruppe SoliLa.

Die gängigste Form der Nutzung von bereits versiegelten Flächen in Wien ist, die Fläche brach liegen zu lassen. Hierzu gibt es allerdings vielseitigere Alternativen. Eine bekannte Form ist die der Zwischennutzung. Zwischennutzung bedeutet eine zeitliche begrenzte Nutzung von baulichen Flächen, die eine nicht ökonomisch orientierte Übergangsnutzung für momentan ungenutzte Räume und Flächen ermöglicht. Dies funktioniert nicht nach den marktüblichen Konditionen, sondern nach dem Prinzip „günstiger Raum zur befristeten Nutzung“. Zwischennutzung ist nicht nur ein symbolischer Charakterzug der Eigentümer*innen, sondern auch eine Möglichkeit für die Nutzer*innen als Akteur*innen Teil der Stadtplanung zu sein, da Raum besteht, um vorhandene Ideen umzusetzen. Somit bietet sich auch für Eigentümer*innen eine Möglichkeit gegen Leerstand ein Zeichen zu setzen (vgl. IG Kultur 2010).

Als eine generelle Alternative zu Verkauf von Flächen, nennt Andrej Holm in einem Radiointerview von Ö1 Pachtverträge (Radiosender Ö1, 28.8.2013). Auf diese Art und Weise, würden Grundstücke nicht in Privatbesitz übergehen, sondern im Eigentum der Stadt bleiben. Er ist der Meinung, dass die Stadt auf diese Art flexibler mit Grundstücken und Gebäudenutzungen umgehen könnte. Somit wären Flächen nicht mehr so interessant für Investoren, deren Hauptziel es ist zu kaufen, zu entwickeln und in letzter Instanz wieder zu verkaufen. Mit Pachtverträgen hätten auch Investoren wie Genossenschaften etc. und Bewohner*innen eine Möglichkeit aktiv an der Stadtgestaltung mitzuwirken und nicht nur zuzusehen, wie Verkauf von Grund und Boden durch Tauschwertsteigerung forciert wird. Andrej Holm, ist der Meinung, dass durch den Verkauf und dem Wirtschaften von und mit Flächen, das kreative Potenzial der Stadt verschenkt wird (ebd.).

Ist die Zwischennutzung die letztendliche Lösung, oder erinnert es eher an ein neoliberales Konzept der Stadtnutzung? Auf Zeit begrenzte Zwischennutzungsverträge ändern nichts an prekären Lebensverhältnissen der Nutzer*innen und dem Umstand, dass es sich hierbei nicht um eine Lösung handelt, sondern nur um eine Auslagerung des eigentlichen Problems, für das sich „Recht auf Stadt“ Aktivist*innen einsetzen. Mit der Form der Zwischennutzung, behält der eigentlich fiktive Faktor Zeit, enorme Relevanz. Gerade im Fall des relativen Raums ist es unmöglich, Raum von Zeit zu trennen. „Wir müssen uns deshalb auf die Relationalität von Raum-Zeit anstatt isoliert auf den Raum konzentrieren“ (Harvey 2007:130).

Darüber hinaus sind auch Zwischennutzungen nur Teil einer Vermarktungslogik. Auf diese Weise wird zukünftigen Projekten bereits vorweg eine Rutsche zur Popularität gelegt, indem der Standort bereits Bekanntheit erlangt. Leerstand dient in den meisten Fällen als Strategie der Eigentümer*innen und wird aus spekulativen Gründen eingesetzt⁷. Leerstehende Gebäude und Flächen könnten aber auch kreativ, ungeplant und selbstverwaltet eingesetzt werden, um das urbane Leben zu bereichern. Dem gegenüber steht das Argument, dass durch die Gesetzeslage stets Risiken für Eigentümer*innen bestehen. Die größte Angst ist, dass sich die eigentlich temporäre Nutzung institutionalisiert und

⁷ Wenn in dieser Arbeit von Leerstand gesprochen wird, dann ist damit nicht per se von Gebäudenutzung sondern auch von Brachflächen mit fruchtbaren Böden die Rede.

Stimmen für eine dauerhafte Nutzung laut werden. Wie soll also mit Leerstand in der Stadt umgegangen werden?

Raum an sich stellt auch bis zu einem gewissen Grad ein Grundbedürfnis dar. Offensichtlich ist, dass es in der Bevölkerung Bedarf nach freien Räumen gibt, in denen beispielsweise kein Konsumzwang besteht und Ideen einer alternativen Nutzung von Raum ausprobiert und realisiert werden können. Diese Diskrepanz zwischen Raumbedürfnis und Eigentum, bildet die große, scheinbar unüberwindbare Hürde.

Doch so unüberwindbar wie sie scheint, ist sie nicht. Leerstand muss als *Common* gedacht und somit ungenutzte Räume für die Gesellschaft freigegeben werden. Um die Diskrepanz aufzulösen, braucht es also ein Instrument, das genutzt werden kann, um auf Seiten der Eigentümer*innen und Nutzer*innen Vertrauen zu schaffen. Dieses Vertrauen könnte mit Hilfe einer Zwischennutzungsagentur geschaffen werden, wie sie bereits in vielen Städten existiert. Wie soll diese jedoch aussehen? Die Frage, ob diese privat oder staatlich sein soll, ist hierbei wesentlich. Eine private Agentur würde eventuell aufgrund der Finanzierung, soziale Projekte ausschließen und eher ökonomisch rentable Projekte bevorzugen. Eine staatliche Agentur könnte dazu führen, dass der Reiz der Zwischennutzung, durch einen enormen bürokratischen Aufwand verloren gehen könnte (vgl. IG Kultur 2012).

Zwischennutzungsprojekte werden im Endeffekt nur dann akzeptiert und ermöglicht, wenn ein positiver Output erbracht wird. Es wäre wünschenswert, diese freien Räume als Projekt zu sehen, die langfristig gesehen einen soziokulturellen Mehrwert bringen. Das gilt auch für landwirtschaftliche Projekte, für die eine Zwischennutzung undenkbar ist. Denn der Aufbau einer funktionierenden Landwirtschaft dauert einige Jahre, bis die Früchte der Bemühungen geerntet werden können.

Die Anforderungen an eine Zwischennutzungsagentur sind demnach hoch und fordern vor allem eine behutsame und kreative Strategie, ein Umdenken, das sich von einem Verständnis von *Creative Cities*⁸ abwendet und zu einem neuen Verständnis im Umgang mit leerstehendem Raum gelangt. Dazu braucht es eine integrierte und kooperative

⁸ Städte die es schaffen mithilfe von Marketingtools die jungen Arbeiter*innen der Kreativindustrie in die Stadt zu holen. Diese jungen Kreativen schaffen Quartiere und vereinen somit Lebensrealitäten in einer Stadt die zuvor von der Stadtplanung sauberlich getrennt wurden.

Planungsauffassung, die den Fokus auf soziale Gruppen und Stadtteilbewohner*innen legt. Leerstand soll nicht als Motor der Aufwertung institutionalisiert werden (vgl. ebd.).

An dieser Stelle möchte ich auf einer sehr interessante Studie der IG Wien zum Thema Leerstand in Wien verweisen. In dieser Studie, wird das Ausmaß an Potenzial des Freiraumes greifbar. Eine Zwischennutzungsagentur in Wien macht aus Sicht der IG Wien nur dann Sinn, wenn sowohl gesamtstädtische, als auch stadtteilbezogene Strategien transparent erarbeitet, kommuniziert und umgesetzt werden. Dazu gehört die Sicherstellung der Zugangserleichterung zu leeren Räumen, Strategien der Mehrfach- und Zwischennutzung, sowie flexible Vereinbarungen und Nutzungsrechten. Das Anbieten von Möglichkeiten der Selbstorganisation bei gleichberechtigter Ressourcenausstattung und das Erleichtern der Kommunikation zwischen den Akteur*innen, so dass Räume des Experimentierens und Ausprobierens entstehen können, sind ebenfalls zu erwähnen (vgl. ebd.).

5. Commons

In der Stadt verlernen Menschen aufeinander acht zu geben und aufeinander zu schauen. Nachbarschaftsbeziehungen, wie wir sie vielleicht aus unserer Kindheit kennen, sind kaum mehr zu finden. Die Fragen nach ein bisschen Zucker oder nach Unterstützung beim Verrücken des schweren Kastens, tauchen heute fast nicht mehr auf. Vielleicht aus dem Grund, da diese Dienstleistungen keinen monetären Wert aufweisen und somit nichts mehr „Wert“ sind. So ist es auch, könnte man meinen, mit den Ressourcen, die unserer Gesellschaft zur Verfügung stehen, z.B.: der fruchtbare Boden in der Stadt. Ein Projekt, das Frederike Habermann (2011), *open source*- Einstellung bzw. „Alles für Alle“ nennt, ist einer der zentralen Ansatzpunkte der SoliLa! Aktivist*innen im Zuge ihrer Landbesetzung im Jahr 2012 gewesen. Auf diese Gruppe und ihre Aktivitäten werde ich in einem gesonderten Kapitel dieser Arbeit genauer eingehen.

5.1. Was sind *Commons*?

Zu Anfang gilt es festzuhalten, dass *Commons* nicht **sind**, sondern **gemacht** werden. *Commons* an sich sind kein Ding, sondern vielmehr als eine soziale Praxis zu verstehen.

Sie entstehen durch Aneignung und Selbstermächtigung immer dann, wenn Menschen sich darüber bewusst werden, dass sie etwas als so wichtig betrachten, dass sie es ihr Eigen nennen, sich darum kümmern und dafür Verantwortung übernehmen wollen. Unter *Commons* wird allgemein die Kombination aus drei Elementen verstanden: einer Gemeinressource (wie Grund und Boden, Wasser, Kunst, öffentliche Räume, Wissen, Software etc.), einer Nutzer*innengemeinschaft und Regeln/ Normen (vgl. Exner/ Kratzwald 2012:23). Diese *Commons* werden zusätzlich noch in „reine“ öffentliche, also nicht-rivale Güter und „unreine“ öffentliche Güter, bei denen zwar niemand ausgeschlossen ist, aber eine „Rivalität im Konsum“ besteht, unterteilt. Unter Letztere fallen beispielsweise Straßen und Wege, Wasser, öffentliche Verkehrsmittel und Infrastrukturen. Wären diese Güter nicht im gegenwärtigen System bereits privatisiert, oder nur gegen Gebühren erhältlich, wären sie grundsätzlich für alle nutzbar.

Als das Rivale Gut überhaupt, gilt Nahrung. Eigentlich sollten alle Menschen Zugang zu Nahrung haben, um essen zu können bis sie satt sind. Seit Nahrung allerdings eine Ware ist, genauso wie auch fruchtbarer Boden, und nur diejenigen Zugang zu genügend Nahrung haben, die es sich auch leisten können, gibt es mehr Hungernde auf der Welt als je zuvor⁹ (vgl. Habermann 2011). Die Privatisierung von Land, Wasser etc. und die Kommerzialisierung von Gemeingütern (zB. Luft) und somit ihre Abschaffung, werden sogar als Lösung für die weltweiten Hungerprobleme verstanden. Bäuer*innen weg von der Subsistenz hin zur kommerziellen Landwirtschaft zu bringen, ist das verfolgte Ziel der Weltbank (vgl. Bennholdt-Thomsen 2012:108).

Commons sind nicht automatisch als ein kollektives Gut zu verstehen, da es immer von der Art der Nutzung abhängt, ob etwas als *Commons* verwaltet wird oder nicht. Obgleich die Ordnung hierbei nicht über Autoritäten erfolgt, sondern durch miteinander vernetzte Kollektive, sodass Selbstbestimmung und Selbstorganisation möglich sind. Dieses soziale Arrangement unterscheidet sich grundsätzlich von der kapitalistischen Produktion, denn in „ihrer emanzipatorischen Idealform verwirklichen *Commons* die Überwindung von Privateigentum, Knappheit, Lohnarbeit, Wettbewerb und Markt“ (vgl. Exner/ Kratzwald 2012:23). Wichtig jedoch ist zu berücksichtigen, dass auch *Commons* nie ganz ohne Kapital auskommen, allerdings eine Orientierung für die Entwicklung nicht kapitalistischer

⁹ Fakt ist, dass heute mehr als das Doppelte der Weltbevölkerung ernährt werden könnte und dass das Phänomen Hunger als eine konstante Erscheinung gilt, seit der Existenz des Kapitalismus (vgl. Habermann 2011)

Produktionsweisen bieten können. Es entstehen kreative Praktiken, wie der Umgang mit Arbeit, Geld und Privateigentum, die über den Kapitalismus hinaus gedacht und umgesetzt werden können. Nach Kratzwald und Exner (2012) sind *Commons*, ein „politisch-strategischer Begriff für soziale Kämpfe um (Wieder-) Aneignung der Lebensbedingungen [und] Selbstermächtigung“ sowie auch „eine neue große Erzählung für die Gestaltung der Zukunft“ (ebd.:27).

Dass die Erzählung gar nicht so „neu“ ist, erklärt Caffentzis (2010), und stellt neben seiner Definition von *Commons* auch gleich einen geschichtlichen Bezug her. Vorweg: er versteht den Begriff der *Commons* als kooperative, freie Vereinigung von Produzent*innen wie sie auch bereits von den frühen Marxist*innen und Anarchist*innen verstanden wurde (vgl. ebd.:24f.). Nach Exner/Kratzwald (2012) bilden die Widersprüche der kapitalistischen Produktion zusammen mit dem Bewusstsein, dass Markt und Staat nicht an der Verbesserung der Situation beteiligt sein werden, den Ausgangspunkt der *Commons*. Denn wo der materielle Wert nicht besteht wird der Gegenstand verdinglicht und mit einem Geldwert versehen in dem sie privatisiert werden; ein Beispiel das Veronika Bennholdt-Thomsen anführt ist die Patentierung von Wissen gemäß der *Intellectual Property Rights* der WTO (vgl. Bennholdt-Thomson 2012:108). Aus diesem Grund werden Bereiche wie Bildung, Nahrung und Wissen selbst in die Hand genommen und alternativ „produziert“.

Commons, die innerhalb des Marktsystems bestehen, sind immer zwiespältig, denn auf der einen Seite versorgen sie das Kapital mit kostenlosen Ressourcen. Andererseits bilden sie Räume der Autonomie, in denen Widerstand und Alternativen entstehen können. Daher waren und sind *Commons* immer ein umkämpftes Feld (vgl. Exner/ Kratzwald 2012:7).

Wenn wir heute an unseren Alltag denken, fällt uns auf, dass nahezu alle Dinge, die wir zum Leben brauchen, in Form von Waren, d.h. als Privateigentum, existieren. Eigentlich absurd: Um leben zu können, müssen wir etwas verkaufen, um uns lebensnotwendige Güter wie Nahrung und Wohnen ermöglichen zu können. Da die meisten Menschen kein Vermögen besitzen, müssen sie etwas verkaufen, das sie haben: z.B.: ihre Arbeitskraft. Exner und Kratzwald sowie zahlreiche Aktivist*innen verbindet ein gemeinsames Anliegen: „Was Menschen für ihr tägliches Leben brauchen, darf nicht zu Privateigentum werden, sondern muss für alle zugänglich sein. Alle sollen über die Produktion und Verwendung lebensnotwendiger Dinge oder Dienste mitbestimmen können“ (ebd.:8). Oft aber stellt es sich für gegenkulturelle Bewegungen als schwierig dar, Mittel die für ein

„anderes Lebens“ notwendig sind, finanziell auf die Beine zu stellen. Aus diesem Grund, wird auf andere Hilfsmittel zurückgegriffen, um *Commons* zu „produzieren“. Zum Aneignen einer Ressource benötigt man eine Form der Selbstermächtigung und diese kann vom rechtmäßigen Erwerb bis zum Erwerb durch soziale Kämpfe reichen (vgl. ebd.:25, 32).

Die Fragen die ich mir im Zusammenhang mit *Commons* stelle, sind: Impliziert die Forderung nach *Commons* eine Forderung nach einer allgemeinen Nutzung? Welche sozialen Gruppen werden hier ein oder ausgeschlossen? Und, ist das Konzept der *Commons* nur eine Idee der Linken? Wenn der Zugang für alle Menschen gleich sein soll, dann wohl auch für alle Gesellschaftsschichten.

5.2. Solidarische Ökonomie

Der Begriff „Solidarische Ökonomie“ wurde von Luis Razeto in den Achtzigerjahren in Chile geprägt. Er versuchte zu dieser Zeit die für ihn paradoxen Verhältnisse zu verstehen, dass arme Menschen trotz Mangel an Ressourcen und ihrer sozial schwachen Position wirtschaftlich erfolgreich sein können. Dies gelingt laut Razeto mithilfe von Kollektivität, Koordination und Gemeinschaft. Er betont, dass Ökonomie und Solidarität nicht im Widerspruch zu einander stehen müssen (Razeto 1999). Solidarisch wirtschaften heißt, nicht komplett aus dem System auszusteigen, sondern alternative Formen des Wirtschaftens in sämtlichen Bereichen der Ökonomie zu leben: Nahrungsmittel, Dienstleistungen, Wohnen, Bildung, Gesundheit und Mobilität. „Solidarische Ökonomie bezeichnet eine Form des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen“ (Brand/Lösch/Thimmel 2007:206f). Habermann (2011) spricht in diesem Zusammenhang von „Ecommony“, da alle der oben genannten Lebensbereiche keine in sich geschlossenen Modelle darstellen, sondern Koordinaten für eine politische Praxis zur Verfügung stellen.

An dem in dieser Arbeit vorliegenden konkreten Beispiel der Gruppe Solidarische Landwirtschaft (SoliLa) bedeutet Selbstverwaltung, dass sich die Produktionsmittel im kollektiven Eigentum befinden und Entscheidungen, die den „Betrieb“ angehen, gemeinschaftlich getroffen werden. Beziehung zur Gesellschaft meint hier, dass sich diese

alternativen Lebensprojekte eben nicht aus der Gesellschaft heraus halten, sondern in einen Dialog treten, um Verkettungen und Produktionsnetze gemeinsam herzustellen (Exner/ Kratzwald 2012:41f.).

Das Prinzip der Solidarität besteht im Gegensatz zum üblichen Modell der Konkurrenz, der unsolidarischen Eigenverantwortung und der Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften (vgl. Brand/Lösch/Thimmel 2007). Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der Konsument*innen und Produzent*innen zu orientieren. Somit ist die Möglichkeit gegeben, sich von der durch den Markt vorgegebenen Handlungslogik zu emanzipieren. Solidarität kann allerdings auch als Prinzip der Umverteilung und der Gegenseitigkeit unter den Akteur*innen begriffen werden. Damit ist die Idee der Solidarischen Ökonomie als Anspruch auf Selbstorganisation und Demokratie zu verstehen (vgl. ebd.:206).

Für die Erlangung von Autonomie vom hegemonialen Marktsystem als auch für Fragen betreffend *peak oil* und *peak soil* sind Ernährung und Landwirtschaft von zentraler Bedeutung, da ein großer Anteil des Erdölverbrauchs in die Erzeugung und Verbreitung von Nahrungsmitteln fließt. Gerade in Zeiten der Krise und im Zuge des *peak soil* entstehen vermehrt Projekte Solidarischer Ökonomie, da die Menschen sich wieder mehr mit Fragen ihrer Existenz beschäftigen.

Es können grob drei Typen der Selbstversorgung unterschieden werden: Die gemeinschaftliche Landwirtschaft, CSA-Projekte (*Community Supported Agriculture*)¹⁰ und *Food Coops*¹¹. Bei allen drei Typen liegt der Fokus der Gemeinschaft auf der Beziehung zwischen Konsument*in und Produzent*in, welche nicht marktförmig gestaltet ist. Bei Gemeinschaftsgarten-Projekten und der Strategie der Gruppe SoliLa liegt der Fokus darauf, die Stadt selbst zum Ort gemeinschaftlicher, selbstorganisierter Produktionsprozesse zu machen (vgl. Exner/ Kratzwald 2012:76f.). Obwohl sich diese Typen der

10 CSA steht für *Community Supported Agriculture*, eine alternative Form der Versorgung. Es entstehen direkte Verbindungen zwischen Produzent und Konsument und somit wird der Zwischenhändler erfolgreich umgangen. Somit wird im großen und ganzen Lebensmittelspekulation verhindert.

11 Eine FoodCoop (Food Cooperative=Lebensmittelkooperative) ist der Zusammenschluss von Personen und Haushalten, die selbstorganisiert biologische Produkte direkt von lokalen Bauernhöfen, Gärtnereien, Imkereien etc. beziehen und im Sinne eines selbstverwalteten Kleinhändlers zu agieren. Diese Lebensmittelkooperativen gibt es mittlerweile mehrfach in Wien. Sie sind eine Alternative und Ausdruck einer Kritik zum gängigen Lebensmitte- und Agrarsystem.

Selbstversorgung in ihrer Praxis des *Commoning*¹² unterscheiden, versuchen sie die Zwänge von Markt, Lohnarbeit und teilweise auch das Privateigentum zu überwinden, um eine alternative Form der solidarischen Ökonomie zu entwickeln.

Das Konzept der solidarischen Landwirtschaft verfolgt nicht nur die Abschwächung des Äquivalenztausches. Genauso wird versucht, durch Umverteilung zwischen den Konsument*innen, finanziell schwachen Schichten die Teilnahme und den Konsum von regionalen Bioprodukten zu ermöglichen (vgl. ebd.:80). Denn oft sind die Produkte aus bäuerlichen Betrieben teurer als Güter aus industrieller Landwirtschaft. Darüber hinaus führt die notwendige Aufrechterhaltung der Beziehung zum Produzenten zu einer persönlichen Einschränkung im ohnehin stressigen Alltag. Beide Faktoren sind Grund dafür, dass schon von vornherein ein großer Teil der Bevölkerung von einer Beteiligung ausgeschlossen ist.

Trotz der Bemühungen, die Rolle von Konsument*innen, Produzent*innen und Markt neu zu gestalten, bleiben die Projekte in Marktbeziehungen eingebettet – zum einen durch die Lohneinkommen, die sie finanzieren und zum anderen aufgrund der Ausgaben der Produzent*innen, die ihre Produktionsmittel (wie Samen) und Konsumgüter am Markt kaufen müssen. Auch das eben angesprochene Modell der Umverteilung, das teils praktiziert wird, hängt letztendlich doch davon ab, ob Konsument*innen über ausreichend Einkommen verfügen, das sie durch Lohnarbeit verdienen. Mit einem Wort hängt das Funktionieren solidarischer Landwirtschaft vom Funktionieren der Marktwirtschaft ab (vgl. ebd.:85f.).

Als ein weiterer Grund der Einschränkungen kann auch die Politik genannt werden. Exner und Kratzwald benennen die Produktion von Nahrungsmitteln jenseits des Marktes, als mögliche Bedrohung für die kapitalistische Akkumulation.

„Nicht weil im Ernährungssystem viel Mehrwert geschaffen würde (das ist nicht der Fall), sondern weil es in letzter Instanz der Hunger ist, der Lohnabhängige zur Lohnarbeit zwingt. Das war historisch so, gilt heute in den vielen Teilen der Welt und ist die Tendenz auch im globalen Norden. Je mehr die Lohnabhängigen selbst an Lebensmittel produzieren oder ihren durch den Markt vermittelten Konsumzyklus von Kapitalzyklus entkoppeln könnte, desto eher sind sie in der Lage, sich dem Kapital zu widersetzen“ (ebd.:88).

12 Die Tätigkeit der Nutzung und des Erhalts von wird “Commoning” genannt. Auf Deutsch könnte man sagen, es geht um das “sich kümmern”, um die Sorge darum, dass ein Common nicht übernutzt wird, oder – was auch passieren kann – durch Nichtnutzung verschwindet (vgl. Commons und Commoning Blog).

Diese Überlegung überzeugt recht schnell, wenn man sich verdeutlicht, dass die Lebensmittel in Supermärkten von fünf großen Konzernen¹³ produziert werden – was würde geschehen wenn es diese Supermärkte nicht mehr gäbe?

Natürlich ist dieser Zugang auch mit einer persönlichen Ideologie verhaftet, aber genau diese braucht es, um Projekte wie solidarische Landwirtschaft und alternative Lebensmittelproduktionen zu verwirklichen. Die eben erwähnten Einschränkungen zeigen, dass Projekte rund um Nahrungsmittelproduktion noch keine Ernährungssouveränität garantieren, sich jedoch auf dem Weg dorthin befinden und sich mit riesigen Schritten nähern. „Solidarische Ökonomie sollte sich als Teil des Kampfes um Emanzipation für Alle verstehen. Sobald sie diese Perspektive einnehmen, können Projekte Solidarischer Ökonomie die politische Unterstützung für Alternativen verbreitern, indem wir schon heute mit der anderen Welt beginnen“ (Brand/Lösch/Thimmel 2007:207).

5.3. Besitz statt Eigentum

Das wichtigste Prinzip der *Commons* ist, Besitz und Eigentum voneinander zu unterscheiden. Ein Mensch besitzt etwas, solange es aktiv genutzt wird – Eigentum im Gegenzug kann ver- und gekauft werden. Am konkreten Fallbeispiel SoliLa stellte sich im Zuge der Besetzung eine ähnliche Frage: Die BIG (Bundesimmobilien Gesellschaft) besitzt die Fläche in Jedlersdorf, da sie diese verwaltet, während die Republik Österreich diese Fläche ihr Eigentum nennt. Die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) wurde im Jahr 1992 gegründet. Hauptaufgabe ist es die Immobilien der Republik Österreich zu verwalten. Die BIG stellt somit Dienstleistungen an die Republik Österreich. Die größten Mieter sind das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, die Österreichischen Universitäten sowie das Bundesministerium für Justiz, Finanzen und Inneres.

Im Jahr 2000 wurden rund 5.000 Häuser und Grundstücke an die BIG verkauft. Finanziert konnte dieser Kauf über Begebungen von Anleihen am internationalen Kapitalmarkt werden (vgl. BIG). Die BIG ist der größte Immobilieneigentümer Österreichs, mit einem Anlagevermögen von rund neun Milliarden Euro. Jährlich investiert der Konzern mehrere hundert Millionen Euro in Neubauten, Generalsanierungen oder Instandhaltungen.

¹³ Nestlé, Kraft Foods, Coca-Cola, Pepsico, Dean Foods etc.

Marktgängige Immobilien, hauptsächlich Gebäude mit Büronutzung werden seit Herbst 2012 von der neuen Tochtergesellschaft der BIG, die Austrian Real Estate GmbH (ARE) bewirtschaftet. Grundstücksfläche von 23 Millionen m² wovon der Großteil, neun Millionen m², auf die Bundeshauptstadt Wien entfallen.

Die BIG als Eigentümer von Liegenschaften finanziert Bauvorhaben über den Kapitalmarkt durch Begebung von Anleihen und refinanziert sich durch laufende Mieterträge. „Aufgrund dessen ist ein unterschriebener Mietvertrag zwischen der BIG und dem jeweiligen Mieter die Basis jedes Bauvorhabens. Ohne Mietvertrag kein Baubeginn!“ (vgl. BIG).

Besonders spannend in diesem Zusammenhang ist die Frage: Wer ist die Republik Österreich? Sind das nicht alle Menschen die in Österreich leben? Wenn die Brachfläche in Jedlersdorf zum Zeitpunkt der Besetzung im Besitz der BIG war, dann war es eine Fläche, die für jede und jeden nutzbar ist. Aus dieser Perspektive zählt nicht das Eigentums-, sondern lediglich das Besitzverhältnis. Diese Frage kann allerdings an dieser Stelle nicht geklärt werden und bedarf einer weiteren Auseinandersetzung. Das Folgende gilt als Gedankenanstoß: Bei Besitz geht es um eine **aktive** Nutzung von Fläche. Da Jedlersdorf eine Brachfläche darstellte, die nicht genutzt wurde und die zahlreichen Bemühungen um eine Zwischennutzung abgeblockt wurden, ist sie nach der obigen Definition jedem Menschen in Österreich zugänglich.

Im gesellschaftlichen Alltag sind immer mehr Beispiele für *Commons* zu finden. Dies führt nicht zwangsläufig zur „Öffnung“ von Räumen für Jederfrau und –mann allerdings sollte in Erwägung gezogen werden vorhandene Orte und Ressourcen zu teilen.

5.3.1. Teile was du kannst!

Diese Aufforderung bezieht sich nicht primär auf Kleidung oder sonstige materielle Güter des Alltags, sondern kann auch die Nutzung von Gebäuden und Brachflächen meinen. Wohnhäuser, die aus spekulativen Zwecken leergehalten werden, könnten so an Menschen, die dringend ein Dach über dem Kopf benötigen, zur freien Miete vergeben werden. Dieselbe Verwendungslogik kann auf Brachflächen angewandt werden, die nicht genutzt werden. Für aktive Gärtner*innen und Menschen, die Interesse an der selbstbestimmten Produktion ihrer Nahrungsmittel zeigen, bieten Brachflächen in der Stadt geeignete

Nutzflächen. Dieser Weg wird aber selten bis gar nicht gegangen, da das bestehende Mieter*innenschutzgesetz viele Vermieter*innen befürchten lässt, die Leute könnten ihr Land nicht mehr verlassen, wenn sie einmal eingezogen sind.

Aus philosophisch-soziologischer Perspektive, könnte das Problem der freien Nutzung und Vergabe von Land also auch darin liegen, dass Mitglieder unserer Gesellschaft eher vom Bösen im Menschen ausgehen. Wenn das Gegenteil der Fall wäre, würden die beschriebenen Formen der „Zwischennutzung“ nicht länger eine Utopie der systemkritischen Linken sein, sondern übliche Möglichkeiten der Schaffung freien Raumes in der Stadt repräsentieren. Entscheidungen werden immer „kulturell“ geprägt und unterliegen somit einer subjektiven Wahrnehmung, was akzeptabel ist und was nicht – die Grenzziehung wird in unserer Gesellschaft stark von dem Warenwert der Objekte (z.B. Land und Wohnraum) abhängig gemacht.

5.4. Dialektik der *Commons*

Exner und Kratzwald führen in ihrem Buch keine Trennung zwischen kapitalistischen und antikapitalistischen *Commons* ein. Sie berufen sich auf Elinor Ostrom und deren Verständnis von *Commons*. Elinor Ostrom, Politikwissenschaftlerin, verfasste 1990 ihr Buch *Governing the Commons: The Evolution of Institutions für Collective Action*, und erhielt für ihre Analyse der wirtschaftspolitischen Steuerung 2009 den Nobelpreis. In dieser Analyse, setzte sie sich mit den Problemen kollektiven Handelns bei knappen natürlichen Ressourcen, die gemeinschaftliche genutzt werden, auseinander. Ihr Ergebnis ist, dass für eine angemessene und nachhaltige Bewirtschaftung von lokalen *Commons*, eine lokale Kooperation sinnvoller sei als staatliche Kontrolle und Privatisierung.

Als Resümee ihrer Forschung führte Ostrom acht Prinzipien für eine erfolgreiche Problemlösung bezüglich lokalen *Commons* an:

1. Klar definierte Grenzen – der Nutzungsberechtigten (Aneigner*innen) und der Resource.
2. Die Bereitstellungs- und Aneignungsregeln müssen den lokalen Bedingungen angepasst sein.
3. Arrangements für kollektive Entscheidungen – die meisten Personen, die von Regeln betroffen sind, können über deren Änderungen mitbestimmen.

4. Überwachung – entweder durch die Aneigner*innen selbst oder durch von diesen bevollmächtigten Personen, die ihnen rechenschaftspflichtig sind.
5. Abgestufte Sanktionen – entsprechend der Schwere und dem Kontext des Vergehens, umgesetzt von den Aneigner*innen selbst oder bevollmächtigten Personen.
6. Konfliktlösungsmechanismen mit raschem und kostengünstigem Zugang.
7. Minimale Anerkennung des Organisationsrechtes – wird von den staatlichen Behörden respektiert, erlangt bestenfalls Gesetzesstatus.
8. Für größere Allmende-Ressourcen: Eingebettete Unternehmen: Aneignung, Bereitstellung, Überwachung, Konfliktlösung und Verwaltungsaktivitäten sind in Unternehmen organisiert, die in mehrere Ebenen eingebettet sind“ (Exner, Kratzwald 2012:28).

Der Autor George Caffentzis hingegen zieht die oben angesprochene nicht vorhandene Trennung zwischen kapitalistischen und anti-kapitalistischen *Commons*. In seinem Text *The Future of the Commons*, kritisiert er Elinor Ostrom, die mit ihrem Konzept der acht Bauprinzipien langlebiger Allmende-Institutionen weder ein emanzipatorisches *Commons*-Konzept entwarf, noch das kapitalistische System infrage stellte (Caffentzis 2010:30). Ostrom gilt seiner Meinung nach als Haupttheoretikerin der kapitalistischen *Commons*. Als Beispiel führt Caffentzis die *Common Property Management Groups* an, die von der Weltbank initiiert und in zivilgesellschaftliche Institutionen integriert wurden. Damit wurden *Commons* in das neoliberale System eingegliedert. Weder der Sinn noch die Bedeutung der sozialen Verbindlichkeit der Commons wird wahrgenommen, sondern nur der Gegenstand an sich (vgl. Bennholdt-Thomsen 2012:109). Nach dieser Logik wurde auch der afrikanische Kontinent privatisiert. Der Kontinent wurde export-fit gemacht, indem Bauern ihrer kommunal verwalteten Flächen enteignet wurden, um dem Land einen Wert zu geben und somit auch dem produzierten Produkt.

Caffentzis vergisst nicht, auch die anti-kapitalistischen *Commons* zu erwähnen, die in den 1980ern und 1990ern als Antwort auf die politische Krise entstanden, um sich subversiv als Opposition gegen den Kapitalismus zu stellen. Es ging darum zu zeigen, dass eine kollektive nicht-kapitalistische Lebensweise wirksam ist, um sich gegen das System zu stellen (vgl. Caffentzis 2010:25,33).

Das Ziel politischer Anstrengungen war es, die wichtigste Quelle kapitalistischer Akkumulation, die Arbeiter*innen, von ihrer Produktion zu separieren und zu entfremden.

Denn der Kapitalismus braucht Arbeiter*innen (bezahlt oder versklavt) um funktionieren zu können. Das gleichzeitige Verfügen über die *Commons* und Ressourcen, würde sie nämlich souverän handeln lassen und sie wären nicht gezwungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Bei anti-kapitalistischen *Commons* geht es darum, die tägliche Praxis von Menschen auf der ganzen Welt zu überdenken und in die Richtung von selbstorganisierter Verwaltung der gemeinsamen Ressourcen, Produktion von Gemeingütern ohne Staat und ohne Markt zu realisieren. Es braucht vielfältige Experimente die Gemeinsames neu erfinden und die Produktion von Lebensgrundlagen (speziell Lebensmitteln) herrschaftsfrei zu organisieren.

Zu diesen Lebensweisen zählt auch das Konzept der Ernährungssouveränität das im nachfolgenden Kapitel vorgestellt wird.

6. Ernährungssouveränität

Alle Menschen müssen essen und alle Menschen haben das Recht auf Nahrung. Jedoch wird vielen der Zugang zu Lebensmitteln erschwert oder gar unmöglich gemacht. Ernährungssouveränität ist eine wichtige Antwort sozialer Bewegungen weltweit auf die soziale und ökologische Krise der heutigen Zeit. Es geht um eine neue, demokratische Gestaltung unserer Agrar- und Lebensmittelsysteme. Das Feld der Ernährung verdeutlicht Auswirkungen und Widersprüche kapitalistischer Globalisierung.

„Der Hunger ist keine Folge des Mangels, sondern der Verteilung. Hunger entsteht dort, wo die Lebensmittel das Land in Richtung „kaufkräftige Nachfrage“ verlassen. Die Geographie des Hungers ist der Fußabdruck der kapitalistischen Landwirtschaft, deren energetische, ökologische und soziale Bilanz negativ sind“ (Wienold zit. nach Forster 2008:59).

Folgende Dinge gilt es in diesem Kontext zu berücksichtigen:

1. Das bestehende herrschende Ernährungsregime ist nicht unbedingt nur „von oben“ durchgesetzt, sondern es lebt insbesondere davon, dass Logik und Fakten des Ernährungssystems oft verschleiert und/oder von Menschen akzeptiert werden. Die Frage der Ernährung verweist auf eine imperiale Lebensweise (Brand 2008:3)¹⁴.

¹⁴ Imperiale Lebensweise bedeutet, dass die Ressourcenflüsse in die kapitalistischen Metropolen gesichert bleiben und damit das hiesige und tendenziell globalisierte Produktions- und Konsumtionsmodell aufrechterhalten wird (Brand 2008:3)

2. Eine zunehmende Dynamik der Inwertsetzung von Nahrungsmitteln ist erkennbar. Damit ist eine Ausrichtung hin zur industriellen Landwirtschaft für die kapitalistische Verwertung gemeint. Dieser Prozess ist umkämpft, da bei dieser Entwicklung kapitalistische und nicht-kapitalistische Naturverhältnisse aufeinander treffen. Landvertreibungen und damit verbundene Konflikte um Landnutzung und -zugang, Privatisierung und Monopolisierung von Produktionsmitteln und Kollektivgütern wie Saatgut und Wasser, Konflikte um traditionelles Wissen und Verschuldungen etc. sind eng mit diesen Prozessen verbunden.

In diesem Zusammenhang erhält die Anwendung von David Harveys Begriff „Akkumulation durch Enteignung“ (vgl. Harvey 2007:44f.) eine neue Bedeutung, denn in der Landwirtschaft ereignen sich mehr Enteignungen der Produzent*innen als möglicherweise angenommen (vgl. Forster 2008:60f.).

Das Ernährungsregime, das die gesamte Nahrungsmittelproduktion kontrolliert und somit ländliche Ökonomien zerstört, ruiniert auch das Leben vieler Menschen. Durch Enteignungen werden Menschen aus ihrer gewohnten Lebensräumen vertrieben und werden gezwungen, in die Großstadt zu ziehen, um dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Oft sind leistbare Unterkünfte an den Stadträndern in Form von Ghettos oder Slums angesiedelt. Vertreibung und Zwangsumsiedelung ist nicht nur menschenverachtend, sondern auch als höchst problematisch anzusehen im Umgang mit den Ressourcen der Erde, die eigentlich allen Menschen zur Verfügung stehen. Denn Menschen werden meist enteignet um das Land in weiterer Folge konventionell zu nutzen. Diese Art der Nutzung erfordert vermehrten Einsatz von Maschinen, die immer größere monokulturell bewirtschaftete Flächen bearbeiten und somit die Böden zerstören, das Grundwasser kontaminieren und die (Regen-) Wälder roden, um immer teurere und geschmacklosere Nahrungsmittel im Überfluss zu produzieren.

Das derzeitige Regime ist auch dafür verantwortlich, dass zwischen 2011 und 2013 etwa 842 Millionen Menschen hungerten (vgl. FAO 2013). Absurder Weise wurde gleichzeitig so viel produziert wie nie zuvor (vgl. Forster 2008). In diesem Kontext formiert sich weltweiter Widerstand und zahlreiche Akteur*innen versuchen, alternative Lebensmittelproduktionsprojekte zu etablieren. Viele berufen sich bei der Umsetzung von

Projekten auf das Konzept der Ernährungssouveränität, das darum bemüht ist eine Antwort und Alternative zu dem herrschenden Agrar- und Lebensmittelsystem zu formulieren.

6.1. Ernährungssicherheit = Ernährungssouveränität ?

Ernährungssouveränität stellt Forderungen, die dazu beitragen sollen die Gesellschaft zu verändern ohne auf Elemente zu verzichten, die dazu dienen, die Lebensverhältnisse aller zu verbessern. Wichtig ist dabei, dass die Forderungen von der Peripherie aus formuliert werden und nicht in „nationalstaatlicher Bornierung verharren“, darf (ebd.:61). Ernährungssouveränität sollte nicht als allgemein gültiges Konzept verstanden werden, denn es wird unterschiedlich definiert.

Auf dem Welternährungsgipfel 1996 wurde das Recht auf Nahrung als eine Recht auf Ernährungssicherheit formuliert, das existiert „(...) when all people, at all times, have physical access to sufficient, safe and nutritious food to meet their dietary needs and food preferences for an active and healthy life“ (FAO 1996). In den Augen von Via Campesina¹⁵ und anderen Akteur*innen ist es damit aber nicht getan, denn das Recht auf Nahrung umfasst mehr als „nur“ den Zugang zu Lebensmitteln:

„Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. Sie ist das Recht auf Schutz vor schädlicher Ernährung. Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne. [...] Sie garantiert, dass die Nutzungsrechte auf Land, auf Wälder, Wasser, Saatgut Vieh und Biodiversität in den Händen jener liegt, die das Essen erzeugen“ (Erklärung von Nyeleni 2007 in Mali).

Ernährungssicherheit unterscheidet sich von Ernährungssouveränität in dem Punkt, als das Ernährungssicherheit, blind gegenüber der Produktionsweise und den sozialen, ökologischen Bedingungen der Herstellung von Nahrungsmitteln ist. Im Konzept der Ernährungssouveränität wird die Frage unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen Nahrungsmittel produziert und kontrolliert werden ins Zentrum gerückt. Ernährungssouveränität ist nicht zwingend der Gegenpol zu Ernährungssicherheit und doch unterscheiden sich die beiden Konzepte nicht nur im Zugang zum Konsum von

¹⁵ La Via Campesina wurde 1993 von kleinbäuerlichen Organisationen, Landarbeiter*innengewerkschaften, landlosen, Frauen und Indigenen Organisationen (!) gegründet. Das Konzept der Ernährungssouveränität geht auf sie zurück. Darüber hinaus ist die Entstehungsgeschichte von La Via Campesina interessant, die sich gründeten um ein eigenes Sprachrohr zu haben und emanzipiert handeln zu können.

Lebensmitteln, sondern auch in ihrer Entstehungsgeschichte. Ernährungssouveränität hat sich von Anfang an als Gegenmodell zu der in der WTO festgeschriebenen Ernährungssicherheit im *corporate food regime* positioniert. In der Tat war das Konzept der Ernährungssicherheit die Voraussetzung für die Existenz der Ernährungssouveränität.

„Food is a basic human right. This right can only be realized in a system where food sovereignty is guaranteed. Food Sovereignty is the right of each nation to maintain and develop its own capacity to produce its basic food respecting cultural and productive diversity. We have the right to produce our own food respecting cultural and productive diversity. We have the right to produce our own food in our own territory. Food sovereignty is a precondition to genuine food security“ (Via Campesina 1996).

Momentan wird die Ernährung der Europäer*innen von der GAP (Gemeinsamen Agrarpolitik) der EU (Europäische Union) bestimmt und gelenkt. Die GAP, ist eine der wichtigsten Bereiche der EU. 40% der Steuergelder der EU Bevölkerung fließen in diesen Sektor. 80% gehen an Großbauern und die Agrarindustrie und nur 20% gehen schlussendlich an Kleinbäuerinnen. Die GAP bestimmt, welche Nahrungsmittel in der EU produziert werden, wie sie verkauft werden und somit letztendlich auch was die Bevölkerung isst. Momentan wird von der EU-Kommission, dem EU-Rat und dem EU-Parlament über eine Reform diskutiert, die zwischen 2014 und 2020 umgesetzt werden soll. Diese Reform wird festlegen wie und von wem Land genutzt werden darf und somit noch einen Schritt weiter in die Produktion von Nahrungsmitteln eingegriffen (vgl. Attac 2011).

An erster Stelle der Interessen der europäischen Lebensmittelindustrie steht das Wirtschaftswachstum und die globale Wettbewerbsfähigkeit, d.h. europäische Lebensmittelkonzerne sollen möglichst billig Nahrungsmittel in Nicht-EU-Länder exportieren und nach wie vor hohe Zölle auf Importe erheben können. Diese Politik fördert eine nicht nachhaltige Form der Landwirtschaft und führt zu instabilen Preisen für regionale Bäuer*innen und Konsument*innen. Überaus problematisch ist die Zerstörung der lokalen Lebensmittelproduktion von Kleinbäuer*innen durch Subventionierungen für Großbauern und ihre Höfe. Vor allem für Nicht-EU-Länder, die mit der EU Handel treiben, birgt diese Regelung Gefahren (vgl. ebd.).

Aus diesem Grund machen es sich Kleinbäuer*innen und Aktivist*innen europaweit zur Aufgabe, gegen dieses Ernährungsregime anzukämpfen. Das Konzept der Ernährungssouveränität bietet einen Leitfadens für die Umsetzung einer alternativen Lebensmittelproduktion, dessen Fokus auf eine selbstbestimmte Bewirtschaftung der landwirtschaft-

lichen Fläche durch Bäuer*innen und selbstbestimmte Ernährung der Konsument*innen liegt. Das Konzept hegt zudem den Anspruch die Umwelt zu schützen, beinhaltet Lösungsansätze um eine gesunde Ernährung für alle und ein stabiles Einkommen für regionale Bäuer*innen zu ermöglichen. Einer der Hauptlösungsansätze gilt der Unterstützung von regionalen Bäuer*innen, um regionale Lebensmittel den industriellen vorziehen zu können. Somit können Transportwege verkürzt und die CO2 Belastung verringert werden. Die Idee ist, sich wieder auf die regionale Produktion von Nahrungsmitteln zu besinnen und Essen nicht als Handelsware zu verstehen. In diesem Sinne werden Märkte geschützt da sind nicht länger mit billigen Massenprodukten überschwemmt werden können.

Solidarität und Kooperation stehen im Vordergrund und sind wichtiger als der Profit, der im aktuellen System aus Grundbedürfnissen geschlagen wird. Für Ernährungssouveränität braucht es allerdings eine andere Agrarpolitik als die seit 1958 umgesetzte Agrarpolitik. Beängstigend ist, dass selbst im Zuge der Reformierung wenige Änderungen zu erkennen sind.

Die Auswirkungen der „städtischen“ Lebens- und Konsumweisen, nehmen in den kapitalistischen Ausbeutungsbeziehungen einen gewichtigen Platz ein. Eine unkritische tägliche Konsumpraxis trägt dazu bei, dass fruchtbare Böden zerstört werden und die Ausbeutung vieler Menschen unreflektiert bleibt. Mithilfe des Konzeptes der Ernährungssouveränität, können gesellschaftliche Verhältnisse als Ganzes in den Blick genommen werden. Der Rechtsanspruch ein Recht zu haben, widerspricht der Herrschaftsordnung auf dieser Welt in der Rechte, Teilhabe, Macht und Ressourcenverbrauch extrem ungleich verteilt sind. Somit wird es möglich ökonomische, rassistische und patriarchale Herrschaftsverhältnisse zu hinterfragen und diese ins Zentrum der Kritik zu rücken. Solidarische Landwirtschaft (siehe weiter oben) kann in diesem Sinne einen dringend notwendigen Gegenentwurf zu fremdbestimmter Ernährung und Ressourcenreglementierung darstellen.

Ernährungssouveränität versteht sich auch als demokratische Einheit von Produktion und Konsumtion. In die Taten, sollen auch Interessen der nachfolgenden Generationen und Region einbezogen werden. In diesen Zusammenhang muss auch die Frage nach dem Eigentum gestellt werden. Es ist ein Konzept, das Veränderungen entlang universeller

Prinzipien wie Würde, Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen einfordert. Es handelt sich um einen Versuch der Repolitisierung der Menschen, die sich zunehmend als Handelnde begreifen lernen. Das bedeutet auch, neue politische Spielräume zu erkämpfen.

Im Zuge dieser Repolitisierung, findet die bisher nicht geführte Diskussion über die Rolle von Frauen in der Nahrungsmittelproduktion Einzug. Oft wird Arbeit von Frauen im bestehenden Nahrungsmittelproduktionssystem vorausgesetzt und somit ausgeblendet. Eine Politisierung zielt darauf ab, das System radikal zu hinterfragen, indem die Arbeit von Frauen selbstverständlich ist. Eine Forderung des Konzeptes ist somit eine Anerkennung der produktiven und reproduktiven Arbeit von Frauen und die Erkenntnis, dass die Arbeit von Frauen mitunter das wichtigste Element von wirklicher Ernährungssouveränität ist (vgl. Forster 2008:64).

Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde von Menschen weltweit entworfen, die für emanzipierte Lebenspraktiken kämpfen. Sie wollen naturgegebene Ressourcen nutzen um das marktgegebene Entwicklungsparadigma damit überwinden und die Kontrolle über ihr Leben keinen Institutionen oder Konzernen überlassen. Ernährungssouveränität ist dezentral, anti-universalistisch, basiszentriert und *bottom-up* ausgerichtet (ebd.:63).

6.2. Warum Ernährungssouveränität und das Recht auf Stadt zusammengehören

Ernährungssouveränität in der Stadt mag im ersten Moment etwas ungewöhnlich klingen denn denkt man an Ernährungssouveränität, kommt einem die Philosophie der selbstbestimmte Lebensmittelproduktion in den Sinn. Es geht allerdings auch darum, einen Überblick über die Produktion der Lebensmittel zu haben, d.h. eine Art Beziehung zu den Produzent*innen zu haben. Stadtbewohner*innen werden demnach in erster Linie oft nur als Konsument*innen wahrgenommen, die wahllos einen Supermarkt aufsuchen, um Nahrungsmittel zu erhalten.

Ernährungssouveränität ist allerdings auch in der Stadt möglich – unter bestimmten Voraussetzungen: es wird zum einen ein ausreichendes Einkommen und zum anderen die gute Erreichbarkeit von Geschäften, d.h. ein gewisses Maß an Mobilität, vorausgesetzt. Zudem sollten die Geschäfte auch über eine gewisse Auswahl an angebotenen Produkten verfügen um für potenzielle Kund*innen attraktiver zu sein. Lösungen in dieser Hinsicht sind

entweder die Erhöhung der Löhne, oder die Verbesserung des Angebots lokaler Produkte. Um die oben genannten Voraussetzungen für jeden Menschen zu garantieren, muss die Kommunalpolitik etwas an den bestehenden Verhältnissen verändern (vgl. Kratzwald 2011:22). Durch eine bessere Infrastruktur wird die Erreichbarkeit der Produzent*innen, dadurch der Erhalt der Nahversorgung in der Stadt, im Sinne von kleinen Läden beibehalten. Die Verbesserung trägt auch dazu bei, dass das Angebot verbessert werden kann. „Ernährungssouveränität und nachhaltige Ressourcennutzung gehen häufig Hand in Hand“ (ebd.:22).

Kann Ernährungssouveränität aber in der Stadt umgesetzt werden? Die Stadt ist ein konzipierter Lebensraum. Ein Raum in dem Abhängigkeiten, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit alltäglich sind. Kämpfe gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen und um die Aneignung des öffentlichen Raumes, sind eng mit den Forderungen nach Ernährungssouveränität verbunden. Diese Ungleichheiten dauerhaft zu verändern ist ein wesentlicher Aspekt der Ernährungssouveränität und Aufgabe der Politik.

Die wachsenden Bewegungen rund um Subsistenz und Gärtnern stehen in den westlichen Ländern zum Teil mit „einem Fuß noch in der Luxuszone des Konsumkapitalismus“ (Seidlinger 2012:166). Getragen werden diese Bewegungen oft von einer Bildungsschicht, die bereits erkannt hat, dass wir in Zeiten von *peak oil* und *peak soil* verhindern müssen, dass die neoliberale Wirtschaftslogik auf dem Vormarsch bleibt und egoistisch das Ökosystem zerstört.

Doch immer mehr Menschen im urbanen Raum machen ihren Anspruch auf Mitgestaltung ihrer Umwelt, ihrer Stadt und gesunder Nahrung geltend, z.B. durch die Aneignung von Räumen, die sie selbst verwalten und gestalten wollen. In der Stadt Wien existier(t)en Projekte wie *Guerilla Gardening* in der Längenfeldgasse oder die Landbesetzung Jedlersdorf. Mit diesen unterschiedlichen Strategien schaffen Menschen *urban Commons* – das bedeutet selbstorganisierte Nutzung von Ressourcen, die kollektiv hergestellt oder aktiv angeeignet werden, um sie einer Gruppe von Nutzer*innen zur Verfügung zu stellen.

Während Ernährungssouveränität auf dem Land eine wichtige Rolle spielt, wenn es um Zugang zu Land und Eigentum geht, nimmt dieses Konzept in der Stadt vielfältige Formen an: Verwertung von weggeworfenen Lebensmitteln (*Dumpstern*) in einer

Volxküche¹⁶, *Food-Coops*, Mundraub.org, CSA Projekten, *Guerilla Gardening* und zum Teil auch *Urban Gardening*. Ziele dieser unterschiedlichen Formen der Ernährungssouveränität sind häufig die Schaffung einer alternativen Lebensform und solidarischen Ökonomien sowie Lebensmittel nicht verderben zu lassen und sich somit aus der Wegwerfgesellschaft zu emanzipieren. Bei der direkten Kooperation, z.B: Food Coops mit Bäuer*innen aus der unmittelbaren Stadtumgebung, geht es um den selbstbestimmten Konsum von gesunden Lebensmitteln und der Solidarität zu Kleinbäuer*innen.

Die Aufgabe der Kommunalpolitik wäre es, in der Planung von nachhaltigen Städten diese zahlreichen Formen der sozialen Innovation wie z.B. einen selbstbestimmten Raum, zu ermöglichen, in dem Zugang zu Land nicht kostenpflichtig gemacht und die autonome Nutzung von Land und Räumen nicht verboten und kriminalisiert wird. Das würde bedeuten, Raum für solidarische Landwirtschaft, Tauschläden, offene Werkstätten und Lebensmittelkooperativen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus bedeutet es auch eine Stärkung der Produzent*innen aus der Umgebung und somit das Entstehen und Erstarben regionaler Wirtschaftskreisläufe. Dabei geht es auch um die Verbesserung und Akzeptanz der Autonomie der Bürger*innen. Gemeinsamer Besitz statt privates Eigentum! (vgl. Kratzwald 2011:22).

Um ein kurzes Zwischenfazit zu ziehen: Das Konzept bietet nicht die Lösung aller Probleme im Hinblick auf Nahrungsmittelproduktion. Mit dem inhärenten Anspruch auf „Einheit in der Vielfalt“ läuft es zudem Gefahr, bestehende Spaltungslinien zu übergehen und somit einem gemeinsamen Kampf im Wege zu stehen. Raj Patel (2009) weist darauf hin, dass es zu viele Formulierungen von Rechten und Forderungen in Formen von *food security* gäbe, als dass man wissen würde, was genau damit gemeint ist. Es sei darauf zu achten, dass eine rechtsbasierte Sprache gewählt wird, um die Rechte auch umsetzen zu können.

16 Eine Art des Gruppenkochens, das seine Anfänge in der Hausbesetzer*innenszene hat. Essen wird entweder frei oder zu einem freien Preis ausgegeben. Das Wort leitet sich vom älteren Ausdruck Volksküche (Suppenküche) ab. Die Schreibweise mit „x“ kommt durch eine anti-nationalistische Haltung zustande und da der Begriff „Volk“ als eine soziale Konstruktion mit negativen Folgen (ausgrenzend) erachtet wird.

„To talk of a right to shape food policy is to contrast it with a privilege. The modern food system has been architected by a handful of privileged people. Food sovereignty insists that this is illegitimate, because the design of our social system is not the privilege of the few, but the right of all“ (Patel 2009:667).

Das Essentielle ist nämlich, dass die Forderungen auch die Instanz erreicht, die für eine Umsetzung von Rechten verantwortlich ist – den Staat. Das Problem ist, dass der Staat nur die Interessen seiner Staatsbürger*innen vertritt und schützt. Staatenlose und Flüchtlinge fallen also aus dieser privilegierten Position heraus.

Die Kritik an dem Konzept der Ernährungssouveränität ist in diesem Zusammenhang, dass „[...] food sovereignty paradoxically displaces one sovereign, but remains silent about the others. To talk of a right to anything, after all, summons up a number of preconditions which food sovereignty, because of its radical character, undermines“ (Patel 2009:668). Das bedeutet, dass Ernährungssouveränität nur die Wichtigkeit **eines** Rechtes thematisiert und über die anderen schweigt.

Die Forderungen nach einer globalen Landreform, einer gerechten Verteilung von Ressourcen und einem allgemeinen Zugang zu diesen, ist essentiell, um an den bestehenden Herrschaftsmechanismen in der Nahrungsmittelproduktion etwas langfristig zu verändern.

Ernährungssouveränität ist nicht etwas, das von einer Person alleine realisiert werden kann, auch nicht alleine von Bäuer*innen, schon gar nicht in Kontexten, in denen Bäuer*innen die politische Minderheit bilden (vgl. ebd.:671). Es bedarf einer Vielfalt an Menschen aus unterschiedlichen Bereichen und Interessen weltweit die diese Nahrungssicherheit realisieren können.

„If we talk about food sovereignty, we talk about rights, and if we do that, we must talk about ways to ensure that those rights are met, across a range of geographies, by everyone, in substantive and meaningful ways“ (Patel 2009:671).

7. Stadt Wien

Zu Beginn dieses Kapitels gilt es den Begriff „Stadt“ zu entfesseln und genauer zu betrachten. „Wer oder was ist die Stadt?“, „Ist die Stadt eine homogene Masse?“ und „Bedeutet in der Stadt leben zur Passivität gezwungen zu sein und sich nicht aktiv am Stadtgestaltungsprozess beteiligen zu müssen?“

Städte müssen als Arenen der politischen Macht und der kapitalistischen Verwertungskreisläufe gedacht werden. Städte sind heute mehr als je zuvor, Motoren der neoliberalen Ideologie, die Veränderungen von Gesellschaft vorantreiben. Der Soziologe Louis Wirth definiert erstmals was „Stadt“ ist: „Für soziologische Zwecke kann Stadt definiert werden, als eine relativ große, dicht besiedelte und dauerhafte Niederlassung gesellschaftlich heterogener Individuen“ (Wirth 1974, orig. 1938:48 zit. nach Löw 2008: 11). Merkmale wie Dichte, Größe und Heterogenität, sind bis heute Kern des soziologischen Verständnisses von Stadt. Diese Kriterien, sagen jedoch nichts über eine Stadt und deren Bewohner*innen, polit-ökonomischer Verhältnisse oder Handlungen aus. Städte sind Kristallisationsorte sozialer, ästhetischer und räumlich-politischer Entwicklungen, die Auswirkungen auf die umliegenden Orte haben. Theoretiker*innen weisen darauf hin, dass „die Stadt“ schon lange nicht mehr als Analysewerkzeug dienen kann, das dabei helfen soll, eine allgemeingültige Aussage über das Wesen der Stadt zu treffen (vgl. Löw 2008:12). „Privatisierung, Liberalisierung, Globalisierung und neue technologische Netzwerke brächten es mit sich, dass Städte zunehmend als (verkehrstechnisch und computertechnologisch) vernetzte Gebilde mit sich überlagernden Eigentumsverhältnissen unter globalen Einflüssen betrachtet werden“ (ebd.:12).

Städte werden trotzdem als strategische Orte und Zentren der Gesellschaft wahrgenommen, denn sie sind auch Zentren der Produktion und Konsumtion. Sagt das Bild der Stadt, das nach außen hin repräsentiert wird, etwas über seine Bewohner*innen aus? Sagen saubere Innenstädte und/ oder kreative Stadtteile etwas über die demokratische Beteiligung aller Bewohner*innen an der Stadtgestaltung aus?

Räumlich-soziale Spaltung gehört nicht erst seit der modernen Großstadt zum Erscheinungsbild urbaner Räume. Wo viele Menschen leben, und es fast automatisch zu einer funktionalen Differenzierung kommt, entsteht eine räumliche Differenzierung. Städte entstehen mitunter aufgrund der Heterogenität ihrer Bewohner*innen. Die Untersuchung dieser Differenzierungen eignet sich, um gesellschaftliche Machtverhältnisse zu analysieren (Michel 2005:45). Denn Differenzierung ist nach Lefebvre nichts „Natürliches“, sondern etwas vom Menschen konstruiertes. Der Gedanke der notwendigen Differenzierung selbst ist bereits ein machtvoller Akt, der Segregation der Räume schafft in denen Macht reproduziert wird.

„Stadt“ gilt es als Knotenpunkt in einer räumlichen, zeitlichen, technologischen, politischen und wirtschaftlichen Landschaft zu verstehen (vgl. Michel 2005:12f.), die sich mit Hilfe von Abgrenzung zu anderen Städten einmalig positioniert. Stadt ist, in diesem Sinne, ein emotionaler Ort, an dem Übergänge zwischen „Vertrautsein“ und „Unvertrautsein“ entwickelt und geprobt werden.

7.1. Wiener Stadtpolitik

Wien 2010 – das seit 1968 von der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) regierte Wien, setzt sich nun seit drei Jahren aus der SPÖ und der Grünen Partei zusammen. Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou (die Grünen) ist seitdem für den Bereich Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürger*innenbeteiligung zuständig. Die Umweltpartei ist der Meinung, dass es in einer modernen Stadt, trotz Wachstum, nicht an Grünflächen fehlen darf. Dieser Ansatz bietet generell wenig Angriffsfläche für Kritik, aber: der Gedankenansatz reicht nur soweit, dass im Sinne von städtisch initiierten Projekten wie Gemeinschaftsgärten oder „öffentlichen“ Parks Grünflächen entstehen und zu abgezäunten Nutzflächen werden.

Die grünen Landwirtschaftsflächen im Norden der Stadt werden scheinbar ausschließlich als Bauland betrachtet. Dass diese Flächen riesige Gärten sein könnten, für Menschen, die solche Flächen bewirtschaften wollen, wird von der Stadtregierung nicht bedacht. Stattdessen, wird das Land über der Donau dazu verwendet, um die Stadt zu vergrößern. Argumentiert wird dies von Seiten des Magistrats für Stadtplanung stets damit, dass die Bevölkerungszahl jährlich um 20.000 Menschen zunimmt und der Wohnraum benötigt wird. Diese Aussage steht allerdings in keiner Relation zu den 80.000 leerstehenden Wohnungen, die laut Schätzungen von oppositionellen und aktivistischen Gruppen existieren. Die Stadt Wien hingegen rechnet mit etwa 10.000 Wohnungen (vgl. Die Presse, 27.07.2012), nach wie vor eine unglaubliche Anzahl. An dieser Stelle soll nicht die Richtigkeit der Bevölkerungszahl angezweifelt werden, sondern vielmehr davor gewarnt werden, solche Prognosen nicht als Funktion der Politik zu unterschätzen.

Die Geschichte des Wachstums zeigt, dass vor allem der 22. Wiener Gemeindebezirk, einst der grünste Bezirk der Stadt, heute der Ort jener Projekte ist, die sonst keinen Platz in der dicht bebauten Stadt finden. Die Bebauung findet seit Beginn der 1990er Jahre vor allem in diesem Bezirk statt, da die südlichen Wiener Stadtbezirke bereits stark verbaut sind. Der 22. Gemeindebezirk zählt heute ganze 50% mehr Bürger*innen als noch vor 20 Jahren. Damit ist die Donaustadt nicht nur der am schnellsten wachsende Bezirk, sondern hinter Favoriten auch der bevölkerungsreichste. Wo gebaut wird, scheint oft ein Zufall zu sein – je nachdem wo gerade ein Grundeigentümer bereit ist, Boden an die Stadt Wien zu verkaufen (vgl. Seiß: 2011).

Gemüsehauptstadt Wien

Der Betonlandschaft steht dennoch eine Agrarfläche von 5.000 ha gegenüber (siehe Abb. 3: Agrarstruktureller Entwicklungsplan, im Anhang). Im AgSTEP (Agrarstruktureller Entwicklungsplan), der Teil des STEP (Stadtentwicklungsplans) ist, sind diese Flächen als „Vorranggebiet Landwirtschaft“¹⁷ vermerkt. Davon werden 870 ha überwiegend für die Gemüseproduktion genutzt. Somit wird etwa ein Drittel des in Wien verzehrten Gemüses (60.000 Tonnen jährlich), innerhalb der Stadtgrenze angebaut. Mit diesen erfolgreich klingenden Zahlen wundert es nicht, dass sich die Stadt Wien offiziell mit dem Titel „Gemüsehauptstadt“ rühmt (vgl. wien.gv.at 2013).

Trotzdem ist die Stadt von Nahrungsmittelimporten abhängig und weit von einer Gemüse(Selbstversorger*innen)hauptstadt entfernt. Die Selbstversorgungsrate variiert; im Jahr 2010 ergaben sich folgende Werte: Früchte 1%, Getreide 6,4%, Wein 3,1% und Gemüse 32,8% (Landwirtschaftskammer Wien 2011).

Aller Utopie auch ihre Realität: „Es ist wissenschaftlich belegt, dass man die städtischen Nahrungsgewohnheiten radikal ändern müsste, wollte man eine (europäische) Stadt aus sich selbst heraus ernähren. Das betrifft in erster Linie den Fleischkonsum“ (Bohn/Viljoen 2012:156f.). Österreich konnte sich 2011/2012 mit zwei Lebensmitteln selbst versorgen: Fleisch 112% und Getreide 100%. Der Selbstversorgungsanteil bei Gemüse liegt bei 68% und Obst bei 56% (vgl. Österreichischer Lebensmittelbericht 2012).

¹⁷ Die Bezeichnung „Vorranggebiet Landwirtschaft“ vermerkt, dass diese Fläche laut Flächenwidmungsplan stets erhalten bleiben soll. Die Trennung von der übrigen landwirtschaftlichen Fläche orientiert sich an „den natürlichen, städtebaulichen und infrastrukturellen Gegebenheiten“, schreibt die Stadt Wien auf ihrer Internetseite (vgl. wien.gv.at)

Städte werden, obwohl sie sich ökologisch urbaner Landwirtschaft, lokalem Handel und saisonalem Konsum verschreiben, nie völlig nahrungsautark sein. Vielleicht stellt die Stadt Wien diesen Anspruch ja auch gar nicht...? Die Fläche alleine reicht wahrscheinlich gar nicht aus, um genügend Getreide zu produzieren und „exotisches“ Obst muss ohnehin aufgrund der Nachfrage, importiert werden. Österreich als Land kann sich aktuell mit drei Lebensmitteln selbst versorgen: Milch, Eier und Fleisch. Gemüse muss, obwohl der Raum grundsätzlich für eine bewusste, lokale Ernährung vorhanden wäre, importiert werden.

Der Raum allerdings wäre grundsätzlich vorhanden, um für eine bewusste, lokale Ernährung genutzt zu werden. Eine Vielzahl von urbanen landwirtschaftlichen Projekten könnte deutlich dazu beitragen, Städter*innen mit dem eigenen Gemüse zu versorgen. Würde man also den ungenutzten Stadtraum in produktive Landfläche umwandeln, bereits bestehende Grün- und Ackerflächen nutzen und vor der Versiegelung bewahren und bestehende Wohnungen im verbauten Gebiet sanieren, könnte ein großer Teil des Obst- und Gemüsebedarfs der Städter*innen lokal gedeckt werden.

Im STEP05 wurden erstmals langfristige Leitziele für die Wiener Landwirtschaft erarbeitet: Erstens die Erhaltung (Sicherung) der Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten Flächen und zweitens eine umweltschonende Produktion (vgl. wien.gv.at 2013). Klingt sinnvoll, wenn man bedenkt, dass in Österreich täglich ca. 20 ha durch den „Bedarf“ an Land für Straßen, Gebäude, Infrastruktur und Freizeitzwecke verloren gehen. Versiegelungen bedeuten automatisch einen Verlust von Agrarland, besonders wenn es um die Ausweitung von Wohnsiedlungen geht (Möhrs et al 2013:9f.). Das führt zu der paradoxen Situation, dass in Österreich durch die Versiegelung und Verbauung von fruchtbaren Böden immer mehr importiert werden muss. Gleichzeitig wird versucht, den steigenden Konsum der Österreicher*innen, mit einer Industrialisierung der Landwirtschaft auf immer kleineren Flächen zu decken.

Die Fläche des Vorranggebietes, die im AgSTEP festgeschrieben ist, besteht größtenteils aus großflächigen, zusammenhängenden Flächen am Stadtrand. „Andere landwirtschaftliche Flächen“, die in der gesamten Stadt unzusammenhängend verstreut sind, umfassen ca. 2.173 ha des Wiener Agrarlandes und sind im Endeffekt jene, die für stadtplanerische Projekte verwendet werden sollen. Einige der Flächen sind bereits in Bauland umgewidmet und verbaut. Das bedeutet auch, dass „moderne“ Landwirtschaft auf

zusammenhängenden Flächen nur aus diesem Grund heraus berücksichtigt wird, da sie als wettbewerbsfähiger gehalten wird als die Kleinbäuerliche Landwirtschaft auf sogenannten „andere landwirtschaftliche Flächen“ (ebd.:14f.).

Die Zukunft des urbanen Agrarlandes ist ein wichtiger Aspekt, wenn es um Stadtplanung geht. Besonders wenn ein Blick zurück in die Geschichte geworfen wird, die zeigt, dass sich Siedlungen oftmals in der Nähe von fruchtbaren Böden entwickelt haben. Politische Fragen in dieser Auseinandersetzung sind und waren in der Geschichte Wiens stets an die Eigentumsverhältnisse und Produktion von Lebensmitteln gerichtet. Dabei sind grundlegend demokratische Fragen zu stellen. Diese betreffen sowohl die Gestaltung der Stadt, die Entscheidung, welche Landwirtschaft für wen und unter welchen Bedingungen gemacht wird sowie die Produktion von Lebensmitteln.

Dass der Kampf, um Zugang zu Land in der Stadt, kein neues Phänomen ist zeigt das nächste Kapitel und die Geschichte der Siedler*innenbewegung.

7.2. Siedler*innenbewegung – Geschichte der Kleingärten in Wien

Die Siedler*innenbewegung begann als *poor peoples movement*, als ein Aufbrechen der fruchtbaren Erde dieser Stadt von unten. Die Geschichte der Siedler*innenbewegung in der vorliegenden Arbeit darzustellen ist hilfreich, um zu verstehen, dass Aneignung von Grünflächen als Strategie der Selbsthilfe aus bestehenden Herrschaftsverhältnissen keine Neuerscheinung ist. Die Bewegung, die um das Jahr 1911 aufkam, war eine Bewegung, die aus dem Bedürfnis nach Nahrung entstand.

Im Folgenden wird kurz auf die Geschichte der ersten Kleingärten Wiens eingegangen, um in weiterer Folge bestehende Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen (vgl. Novy 2012:128).

Wie alles begann...

Die Vororte Wiens wurden auch noch gegen Ende des ersten Weltkriegs als Schauplatz zahlreicher Heeresschauen genutzt, um weiterhin die bestehende hegemoniale Macht des Kaisers und seines Heeres zu demonstrieren. Der Krieg endete und die ehemaligen Heeresareale standen leer. Hungersnot, Lebensmittelknappheit, -rationierung und

chronisch bestehende Wohnraumknappheit führten in der Nachkriegszeit des ersten Weltkriegs in Wien zu den ersten Landnahmen in der Stadt. Die Vision der Stadtplaner war eigentlich eine andere – Wien musste als Metropole weiter bestehen und bauwerklich unterstrichen werden. Kirchen-, Museums- und Universitätsgebäude wurden zwar von Otto Wagner entworfen, aber nie realisiert. Die Gärtner*innen waren schneller und setzen sich mit ihren Überlebenskonzepten von Gärten durch (vgl. Krasny 2012a:16ff.).

1909 brachte Franz Dinghofer die Idee der Schrebergärten aus Leipzig nach Wien. Dort hatte bereits eine Kleingruppe von Eltern 1864 ein Stück Land von der Stadt gepachtet, um einen selbstverwalteten Kindergarten zu errichten. Sie organisierten sich, gründeten einen Verein, pachteten die Fläche, erarbeiteten die Regeln und Rechte gemeinschaftlich und errichteten einen zukünftigen Kindergarten. Wenig später folgten die ersten Beete auf dem Grundstück, um den Kindern Verantwortungsbewusstsein und Fürsorge zu lehren. Dieser Ort des Spiels und der Erziehung wurde nach dem Pädagogen Daniel Gottlob Moritz Schreber benannt (vgl. ebd.:10ff.). Der Platz wurde bald um partiell abgetrennte Obst- und Gemüsegärten bereichert und verschwand als kollektiv genutzte Fläche schon recht bald aus den Köpfen der Menschen. Immer stärker setzte sich das Prinzip der Parzellen durch und Zäune symbolisierten neu erworbenes Eigentum. Die Handlungsmacht des Gärtnerischen stellte allerdings nicht zu vergessende politische Ansprüche, „die sich durch die Fähigkeit der StaatsbürgerInnen, sich Raum zu verschaffen und diesen selbst zu verwalten, einen Garten, der sich selbst regiert, zu erzeugen, manifestiert“ (ebd.:12).

Wien, im Jahr 1919 auf der Schmelz: In diesem Jahr gab das Staatsamt für Heereswesen 65.000m² der Heeresarealfläche zur Benutzung durch die Gärtner*innen frei. Das ehemalige Militärgelände wurde zunehmend zu einem Erholungsort in dem dichtbesiedelten 16. Wiener Arbeiter*innenbezirk, an dem leidenschaftlich gegärtnert wurde. Aus 36 Kleingärten 1911 waren gegen 1916 bereits um die Hundert geworden. Der rasante Anstieg ging weiter und 1918 wurden schon 6,5 Millionen m² von 30.000 Familien bewirtschaftet (Novy 2012:130). Die ersten Versuche der Urbarmachung, waren auf diesem festgetretenen Boden harte Arbeit. Nach und nach fruchteten die Anstrengungen und der Boden wurde zur wichtigsten Ressource, um ein Überleben in der Stadt zu sichern. Langsam setzt sich auch hier die Parzellierung immer weiter durch, eine Wasserleitung wird gebaut und das gemeinschaftliche wilde Gärtnern verschwindet Stück für Stück. Durch den historischen Ort und die Aktivitäten der Gärtner*innen, bleibt die wider-

sprüchliche Traditionslinie von Selbstermächtigung, Selbsthilfe, Selbstregierung, Widerständigkeit und Gemeinschaftlichkeit bestehen. Seit 1919 ist das Kleingartenwesen Bestandteil der österreichischen Gesetzgebung und des österreichischen Sozialrechts. Wie aber kam es dazu?

Das informelle Siedeln (vgl. Krasny 2012a:20), führte in Wien ab 1918 zur Stadtentwicklung von unten, in dem Sinne, als dass frierende und hungernde Menschen sich nicht um Eigentumsrechte kümmernd, den Boden um die Städte und Industrieorte urbar machten, um Gemüse anzubauen und Tiere zu züchten. Da der Wohnraum in der Stadt weiterhin knapp blieb, entschlossen sich die Gärtner*innen, zusätzlich kleine Häuschen auf die Flächen zu bauen. Dies waren die Anfänge der Siedler*innenbewegung, aus der sich bald eine Initiative der Massen erhob und zunehmend ein System gemeinnütziger Bautätigkeiten heranwuchs. Die ersten Siedler*innengenossenschaften bauten Häusergruppen und Einfamilienhäuser, finanziert von Staat und Gemeinde. Die heutige Kleingartenanlage auf der Schmelz, „Zukunft“, erreichte bereits 1920 ein Ausmaß von ca. 152.000 m² und ist somit die größte Kleingartenanlage im verbauten Stadtgebiet in Mitteleuropa (kgv Zukunft 2013).

Nach den ersten Wahlen ist die Stadtregierung in den Händen des Sozialdemokraten Jakob Reumann, der die ersten Sozialprogramme des roten Wiens beschließt. Mieter*innenschutzmaßnahmen und urbane Vorstellungen von Gartenstadt, setzte der damalige Stadtrat für Sozialpolitik, Gustav Scheu, um. Als Stadtrat für Sozialpolitik, sah er es als seine Aufgabe, den anarchistischen und wilden Zuständen in den Siedlergärten ein Ende zu setzen, denn „der berühmte Wald- und Wiesengürtel der Stadt drohte der Selbsthilfe zum Opfer zu fallen“ (vgl. Novy 2012:136f.). Die gänzlich unregulierten Land-aneignungen und Bautätigkeiten der Siedler*innen widersprachen, laut den Politikern, allen städteplanerischen, sozialhygienischen, verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Ansprüchen. Novy bezeichnet die Reaktion auf die „Zigeuner- und Bettlerdörfer“ um Wien, als „faszinierendes Lehrstück für die Institutionalisierung einer Massenbewegung im Spannungsfeld vorstaatlicher und staatlicher Interessen“. Willkürliches siedeln sollte aus Interessen der Stadt Wien nicht mehr so möglich sein, sondern in geordneten Bahnen verlaufen.

Das Siedlungswesen war nun mehr als zuvor eine politische, ideologische Frage von Stadtentwicklung, Gesellschaftsvorstellung und Volksbildung. Sowohl die Schrebergärten, als auch die heutigen Gemeinschaftsgärten, zeigen in ihrer Organisationsform einen Wechsel von Aktivismus hin zur Gouvernamentalität. Die zahlreichen aufgewandten Arbeitsstunden der Hausbauer*innen wurden nicht primär ins Eigenheim gesteckt, sondern die entstandenen Häuser wurden nach der Fertigstellung der Siedlung (Bsp. Am Rosenhügel, Hernals) per Los vergeben. Darüber hinaus war für die Nutzung auch eine Miete zu zahlen, da sich die mächtige Stadt bereits die Grundrechte der Flächen angeeignet hatte. Der Gemeinschaftsgarten Rosenbergpark, auf der Alszeile, entstand auf eine ähnliche Art und Weise: Interessierte Bürger*innen wurden angehalten bei der Entstehung des Parks mitzuwirken, wobei die tatsächliche Nutzung der Beete erst nach Fertigstellung des Gemeinschaftsgartens, per Los, entschieden wurde.

Der außerparlamentarische und parlamentarische Druck, den die Siedler*innen mithilfe eines Investitionsstreiks gegen die passive Wohnungspolitik der Stadt Wien (wie z.B.: Mietstopp und Kündigungsschutz) aufbauten, zwang die Gemeinde, zu einer positiveren Wohnungspolitik; Neubauten in großem Maße mussten gefördert werden.

Wie bereits geschrieben, geschah dies anfangs zugunsten der Siedler*innen. Ab 1924 begann neben dem Bau der berühmten Gemeindebauten auch die Errichtung von Gemeindegärten, ohne Zwischenschaltung der aus der Siedler*innenbewegung herausgewachsenen Genossenschaftsstruktur. „Nun entstehen großzügige, um einen Zentralplatz zentrierte Wohnsiedlungen mit ausgedehnter öffentlicher Infrastruktur, [...]. Gleichwohl ist hier der basisnähere Genossenschaftssozialismus vom Kommunalsozialismus abgelöst worden. Statt Selbstverwaltung in Siedlergenossenschaften handelt es sich nun um ein Fremdverwaltungsverhältnis zur Gemeinde“ (Novy 2012:151). Die Gemeinde konnte ihre aktive Wohnungspolitik allerdings nur mit einer „Revolution der Finanzierung“ schaffen (vgl. ebd.:37): durch die Einführung der Wohnbausteuer und durch die Förderung der Bodenpolitik. Allerdings nicht das novellierte Enteignungsrecht, sondern den durch radikale Mieter*innenschutzpolitik herbeigeführte Bodenpreissturz. Die Gemeinde konnte also nun Boden unter 20% seines Vorkriegswertes kaufen (ebd.). Bestehende und neugekaufte Grundstücke wurden nur im Erbbaurecht an Genossenschaften zu minimalen Pachtzinsen weitergegeben.

Die Gemeinde hatte beschlossen, innerhalb von fünf Jahren 25.000 Wohnungen zu bauen und als kommunale Dienstleistung quasi zum Nulltarif an die Wohnungslosen zu verteilen. Insgesamt baute das rote Wien in der ersten Republik 65.000 Wohnungen - zu Lasten des Siedlungsbaus. Dieser neu geschaffene *abstract space* führt dazu, dass der Anteil an Siedler*innenhäusern von 55% im Jahr 1921 auf 4% bis 1925 rasant schrumpfte. 1926 entschied sich die Gemeinde Wien gegen eine Fortsetzung der Förderung von genossenschaftlichen Siedlungsprojekten (ebd.:150). Das Thema Wohnungsnot wurde schließlich von der Stadtregierung angegangen - auf ihre Art.

Im April 2006 kündigten der amtierende Bürgermeister Michael Häupel und der ehemalige Wohnbaustadtrat (heutige Bundeskanzler) Werner Faymann an, in den nächsten Jahren 3.500 Einfamilienhäuser mit Garten subventionieren zu wollen, wofür eine Fläche von 750.000 m² Bauland benötigt wird. Seiß (2013) hält fest, dass dieses Vorhaben ein klarer Widerspruch zum Stadtentwicklungsplan von 2005 ist, in dem festgehalten ist, dass die Neuwidmung von großflächigen Gebieten für freistehende Einfamilienhäuser auszuschließen ist (ebd.:160f.). Der zukünftige Wohnungsbau in Wien, wird nun auf Kosten des eigentlich geschützten Grüngürtels möglich gemacht.

Klaus Novy fragt in seinem Aufsatz zum Kampf der Wiener Siedler*innen, ob Selbsthilfebewegungen sozial-reformerisch sein können; oder anders gefragt, ob nicht immer dann „wenn sich Selbsthilfebewegungen zu Sozialreformbewegungen verallgemeinern, ihre Selbstaflösung – als Selbsthilfebewegung – folgen muß (sic!)“ (Novy 2012:129). Wurde die Siedler*innenbewegung zum „Opfer“ der staatlichen Aneignung von Lösungsansätzen rund um die Wohnungsnot in Wien? Denn im Endeffekt war es ja nicht die selbst initiierte Strategie der Landbesetzung, die von der Bevölkerung ausging, sondern die soziale Stadt Wien, die der Wohnungsnot ein Ende setze. Ein provozierende Frage, die es ausgehend von der These, dass der Staat realisierte, alternative Projektideen für sich beansprucht, zu stellen gilt.

Was die Siedler*innen damals aufbauten, würde heute als Landbesetzung bezeichnet werden. „Diese Beschaffung von Wohnraum von unten und das Prinzip der Selbstversorgung mit Lebensmitteln durch das Anlegen von Nutzgärten, liefert den Ausgangspunkt für Aushandlungsverhältnisse zwischen informell und formell, zwischen illegaler und aktivistischer Aneignung und daraus resultierender Dichotomie zwischen Selbsthilfe und städtischer Verwaltung“ (Krasny 2012a:21).

Inwiefern ist ein Vergleich mit dem heutigen Wien möglich? Die Bewohner*innen Wiens befinden sich nicht in einer Nachkriegszeit und die Bevölkerung leidet keinen Hunger. Trotzdem gibt es (junge) Menschen, die ein Bedürfnis nach einem Stück Land äußern und es sich aneignen, fernab von formellen Projekten. Damals war es eine Überlebensstrategie von Menschen, die unter dem Krieg der Mächtigen litten. Noch heute ist es eine Überlebensstrategie jener, die unter dem bestehenden kapitalistischen System schwer überleben können und nicht wollen.

Otto Neurath, der sich mit dem gesellschaftlichen Aktivismus der Siedler*innen auseinandersetze, erkannte „(...) in der Landnahme und Besetzung ein Aufblitzen einer anderen gesellschaftlichen Ordnung einer selbstbestimmten Gemeinschaft, die nicht den gängigen Regeln des Kapitals folgt“ (Otto Neurath zit. nach Krasny 2012a:22). Kann also gesagt werden, dass die Landbesetzungen in Wien 2012, ein weitergeführter Kampf gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in Österreich ist, wo der Wunsch auf ein demokratisches Recht auf Boden ignoriert wird?

7.3. Wer verbaut die Stadt Wien?

Das Ressort Stadtplanung hat im Vergleich zu anderen Ressorts ein geringes Budget und somit auch relativ wenig Macht. Ein Ressort also, das gerne von der SPÖ an die Koalitionspartei abgegeben wird (wie auch schon von 1996 bis 2001 an die ÖVP). Um die wirre Aufgabenverteilung unter den Ressorts sichtbarer zu machen, erfolgt im folgenden Absatz eine kleine Einführung zur Stadtverwaltung Wiens.

Die Abteilung Stadtplanung ist verbunden mit der Stadtbaudirektion, die der Magistratsdirektion unterstellt ist und somit alleine dem Bürgermeister gegenüber verpflichtet ist (vgl. Reiß 2013:V). Verwirrend, aber zugleich erklärt es auch die schleierhafte Umsetzung einiger Projekte. Unter der Regierung der SPÖ wurden in den letzten Jahren zahlreiche Prestige-Projekte verwirklicht wie der neue Hauptbahnhof, die Donau City, der neue Universitätskomplex der Wirtschaftsuniversität im Prater und die Seestadt Aspern. Die Liste könnte noch um einige andere Objekte verlängert werden, für die Stück für Stück der Grünanteil der Stadt dezimiert wurde. Die Realisierung dieser Projekte, zeigt unter anderem auch die „Willfähigkeit“ des Stadtplanungsressorts gegenüber Investoren des WED, der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum.

Wien hat eine Fläche von insgesamt 415 km². Der Grünanteil innerhalb der Bezirke variiert zwischen 13% und 70%, wobei in den nördlichen Bezirken (Floridsdorf, Donaustadt) der Anteil am höchsten ist (siehe Abb. 2). Die Stadt nutzt den Grünanteil als Vermarktungsinstrument: „Wien nimmt innerhalb europäischer Großstädte eine Sonderstellung ein: Kaum eine andere Stadt besitzt so viel "Öffentliches Grün". Ob im Lainzer Tiergarten, im Wienerwald, in der Lobau oder auf der Donauinsel: Wiens Wälder bieten den Wienerinnen und Wienern sowie den Gästen Wiens vielfältige und attraktive Freizeitmöglichkeiten“ (vgl. wien.gv.at 2013).

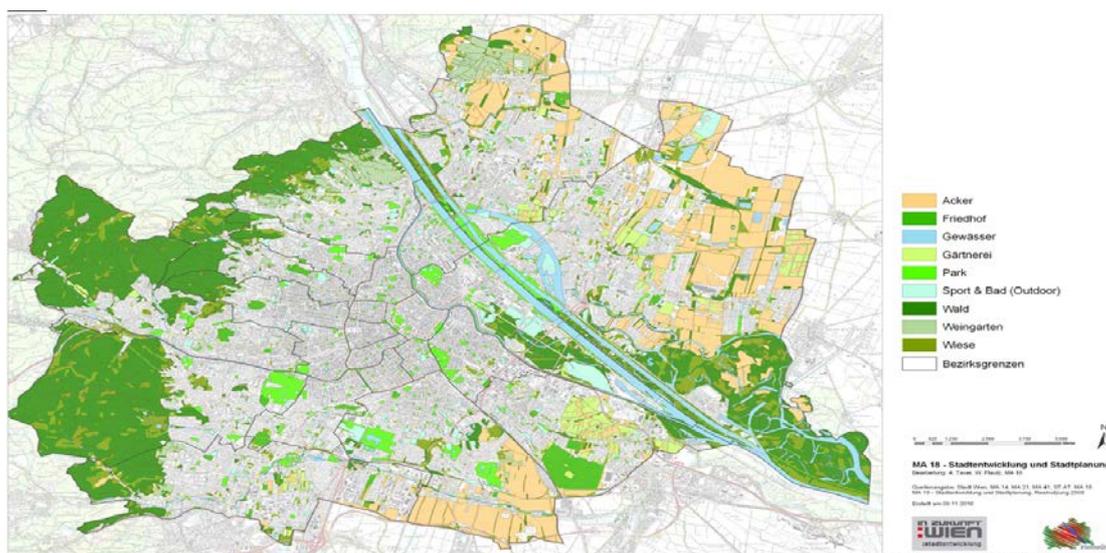


Abb. 2: Grün und Freiflächen der Stadt Wien 2008

Ein beliebtes Objekt der Kritik urbanistischer Kultur Wiens ist das Megaprojekt Seestadt Aspern. Es ist ein weiteres Prestige/ Megaprojekt der Stadt, für dessen Entwicklung und Realisierung die üblichen rathausnahen Bauträger und Investoren sowie der Wohnfonds Wien und die Magistratsabteilungen aus den Bereichen Stadt- und Verkehrsplanung, gemeinsame Geschäfte machen.

Reinhard Seiß (2013) kritisiert die unstrukturierte Verbauung der Stadt Wien und die nicht weniger planlose Erschaffung von immer mehr Stadtteilen. Schaut man sich die Megaprojekte der vergangenen Jahre unter der Schirmherrschaft der roten Partei an, fallen vor allem die Büro-Geisterstädte auf. Die weitgehend ungenutzten Bauten werden auf fruchtbarem Boden realisiert, auf Kosten der grünen Stadtfläche. Die Stadt fördert diese Entwicklung durch stets „benötigten“ Wohnraum oder gemischte Bebauung (Wohn- und

Bürobauten). „In Wien scheint die Symbolkraft von „Glaspalästen“ so stark, dass die Stadtväter bereits davon sprechen, Hunderte Arbeitsplätze zu schaffen, sobald sie einem Bauwerber auch nur die Genehmigung für ein Bürogebäude erteilen, in dem Hunderte Angestellte Platz hätten, ungeachtet, ob das Objekt tatsächlich realisiert und verwertet wird“ (Seiß 2013:37).

Das Ressort der Stadtentwicklung ist eine komplexe Materie, die auf mehrere Geschäftsgruppen aufgeteilt ist. So liegt der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in der Verantwortung vom Wohnbaustadtrat (aktuell Michael Ludwig, SPÖ), der auch die Wohnbauförderung verwaltet. Diese legt im Raum Wien die Kriterien fest, die die Bebauungsdichte in Stadterweiterungsgebieten vorgibt. Dem Wohnbaustadtrat untersteht die Baupolizei, sowie der Wohnfonds Wien, der durch seine Liegenschaftsankäufe und Bauträgerwettbewerbe eigenmächtig stadtstrukturelle und städtebauliche Weichen stellt (vgl. ebd.:XII). Der stadteigene Wohnfonds Wien – der 1984 als Wiener Bodenbereitsstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) gegründet wurde – ist für die Ausschüttung der Wiener Wohnbauförderung und den uneinsichtigen Kauf und Verkauf von Grundstücken an Wohnbauträger zuständig. Dieser wurde einst gegründet, um Flächen zu kaufen, diese für den sozialen Wohnbau zu bevorraten und diese dann Bauträgern, für soziale Zwecke, zur Verfügung stellen. Dadurch soll der Bodenpreis für sozialen Wohnbau niedrig gehalten werden. Zu den größten Liegenschaften zählt ein Areal von 600.000 m² in Süßenbrunn und 250.000 m² am ehemaligen Flugfeld Aspern (ebd.:77). Die Grundstückskäufe des Wohnfonds bestimmen eigentlich die Stadtentwicklung Wiens. Das ehemalige Flugfeld wird aktuell zur Seestadt Aspern umgebaut, dem Brennpunkt der Stadtentwicklung, die bereits an das U-Bahn Netz angeschlossen ist. Auf ähnliche Weise entstanden in den letzten Jahren mehrere Wohnanlagen, die von Bauträgern entweder aufgrund ihrer freundschaftlichen Nähe zum Wiener Rathaus oder aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Wohnbauförderung angekauft und verbaut wurden.

Für Investoren, die ihr Geld gewinnbringend anlegen wollen, ist Wien ein Paradies. Hier erhalten sie volle politische Unterstützung. Statt Finanzhilfen zu vergeben, gewährt die Stadt heute wertsteigernde Flächenwidmungen oder teure Infrastrukturen (vgl. ebd.:37). Hierbei handelt es sich aber nicht nur um die Verbauung durch Gebäude, sondern auch durch infrastrukturelle Bauten, welche diese fragwürdigen Projekte, meist in der Peripherie, an die Innenstadt anschließen. Infrastrukturelle Maßnahmen werden von der

öffentlichen Hand finanziert. Gut ein Drittel der gesamten Bruttogeschoßfläche entstand außerhalb leistungsfähiger, öffentlicher Verkehrsverbindungen. Dabei gibt es innerhalb des dicht bebauten Stadtgebietes genug Grundstücke die für Projekte dieser Größenordnung in Frage kämen, z.B.: die alten Bahnhofsareale. Die Stadt Wien vergibt allerdings lieber Liegenschaften, die oftmals günstiger sind, und die liegen weiter abgelegen.

Die Stadt Wien, möchte man meinen, ist unfähig, gezielt Viertel zu erstellen, wie z.B.: ein Büroviertel. Stattdessen ermöglicht die Regierung/ Verwaltung, Investoren an den unterschiedlichsten Standorten Gebäude zu realisieren und trägt somit selbst zu einer zunehmenden Zersiedelung der Stadt bei. Unvorstellbare 600.000 m² Bürofläche stehen in Wien derzeit leer (vgl. ebd.:39ff.). Realisierte Projekte, wie der 2002 sanierte und aufgestockte Galaxy Tower im zweiten Bezirk, sind zum Großteil leer - neun von einundzwanzig Etagen sind aktuell vermietet. In den letzten zehn Jahren entstanden in Wien 1,5 Millionen m² Bürofläche. Dieses Überangebot an Bürofläche drückt auf das Mietpreisniveau, das in Wien ohnehin schon niedriger ist als in vergleichbaren Städten wie Budapest oder Prag. Das Rathaus rechtfertigt diese Entwicklungen damit, dass durch das zahlreiche Angebot an Bürogebäuden die Stadt Wien international wettbewerbsfähig wird. Eine Frage drängt sich nun auf: Warum wird trotz Leerstand weiter gebaut und warum setzen Investoren nach wie vor auf Büroprojekte?

Eine Antwort bietet ein Blick auf die internationalen Finanzmärkte und die herrschende Krise in Europa. Investmentfonds setzen in wirtschaftlich und weltpolitisch schlechten Zeiten auf Immobilienrenditen anstatt auf unsichere Börsengewinne. „Urbanisierung – also das Einströmen von Anlagekapital in den Ausbau und die Verdichtung städtischer Regionen – ist zum globalen Phänomen geworden dank der Integration von Finanzmärkten, die ihre Flexibilität und Deregulierung für schuldenfinanzierte Stadtentwicklungsprojekte weltweit genutzt haben“ (Mayer 2012:59).

Die Stadtentwicklung löst das Problem überschüssigen Kapitals, indem sie Straßen und Plätze auf Kredit bauen lässt. Harvey bezeichnet die Urbanisierung als einen Kanal, durch den überschüssiges Kapital fließt, um die Städte für die Oberschicht neu zu bauen. Es ist ein machtvoller Prozess, der bestimmt, worum es in den Städten eigentlich geht. Städte werden nach den Maßstäben des Kapitals und nicht nach denen der Menschen gebaut (vgl. Harvey 2012:24).

In Wien sind es Großteiles ausländische, nämlich deutsche Fonds, die Interesse am Wiener Immobilienmarkt entwickelten und somit stieg der Anteil von 14% in den Jahren 2001/2002 bis auf über 50% in den Jahren 2002/2003 (vgl. Seiß 2013:40ff.). Daraus wird ersichtlich, wie wenig der boomende Wohnbau in Wien, mit dem tatsächlichen Wirtschaftswachstum Wiens zu tun hat. Prestigeobjekte wie der Millenium Tower, die Donau City, der Saturn Tower und das Donauzentrum wurden mittlerweile an ausländische Fonds verkauft.

Der Wohnfonds Wien spielt eine zentrale Rolle in diesem realen Monopoly. Durch Ankäufe von Flächen, bestimmt der Fonds die Stadtentwicklung unmittelbar mit. Er gibt die Entwicklung sogar (in)direkt vor. Das ist mitunter einer der Gründe, warum neben Bürogebäuden, Wohnanlagen abseits der öffentlichen Verkehrsanlagen entstanden sind und diese somit kostenintensiv angeschlossen werden mussten. Fragen, die an dieser Stelle gestellt werden müssen, sind: Was haben die Eigentümer beizutragen, wenn es um die Erschließung der Infrastruktur geht? Wie teuer darf Boden sein? Wie sieht eine ausreichende Versorgung mit sozialen Einrichtungen im privaten Wohnbau aus?

Wenn Flächen schon durch den Verkauf von Liegenschaften für den neuen Eigentümer aufgewertet werden, dann muss die Stadt auch eine Gegenleistung verlangen. Eventuell im Sinne von einer Bewahrung eines gewissen Prozentsatz an Grünflächen, die allen Bewohner*innen der Stadt zur freien und individuellen Nutzung zur Verfügung stehen. In einem Radiointerview, kritisiert ein Architekt, dass die Stadt Wien die Wertsteigerung der Stadt nicht selbst abschöpft, da sie keine Gegenleistungen von den Investoren verlangt, sondern sich mit dem prestigeträchtigen Gebäude an sich zufrieden gibt (vgl. Ö1 Radiokolleg 27.8.2013).

Das Rathaus, ist verantwortlich für die Zersiedelung Wiens – durch Widmung, Erschließung und Förderungen für Bebauungen abgelegener Liegenschaften. Der Wohnbaufonds schoss, laut Seiß, weit über die Grundstücksvorsorge für Wohnungsbau in den nächsten 40 Jahren hinaus. Aktuell befinden sich 1,9 Millionen m² Boden im Eigentum des Fonds. Das Eigenkapital des Fonds liegt bei rund 220 Millionen Euro, wovon 60 Millionen Euro in Wertpapieren angelegt sind, was nicht dem eigentlichen Zweck des Fonds entspricht, kritisiert Seiß (vgl. Seiß 2013:78). Somit befindet sich ein Großteil der Grünflächen Wiens im Eigentum der Stadt, die diese ohne Zustimmung der Bevölkerung verkaufen und

bebauen lassen kann. Das Donaufeld in Wien und die Bezirke 21. und 22. sind gute Beispiele, um diese Entwicklung zu beobachten.

„Wien ist das einzige Bundesland Österreichs, das über keinerlei verbindliche strategische Raumplanung verfügt“, prangert Seiß an. Sichtbar wird das an der Vielzahl von übergeordneten Plänen und Konzepten (Stadtentwicklungspläne, Strategiepläne, Verkehrskonzepte und das Konzept Grüngürtel), die vom Gemeinderat beschlossen wurden. Aufgrund des fehlenden Gesetzes- oder Verordnungsstatus, können diese Richtlinien ohne weitere Konsequenzen umgangen werden. „Wiens rechtlich verbindliche Planung erfolgt damit auf Basis Tausender Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, deren Inhalte in der Bauordnung für Wien festgelegt sind“ (ebd.:121).

Als Beispiel dient an dieser Stelle das Landschafts- und Freiraumkonzept „Grüngürtel Wien 1995“. Dieses Konzept hatte zum Ziel, 1.000 ha schützenswertes Grünland, durch öffentlichen Ankauf und Widmung, entsprechend zu sichern. 330 Flächenwidmungen wurden bis zum Jahr 2000 realisiert – allerdings ohne die Realisierung des Grüngürtels.

Die Geschichte geht weiter. Es gibt in Wien einen Zuwachs von 500 ha SSW (Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel) gewidmeter Fläche. Gleichzeitig ist ein Verlust von 490 ha ländlichem Gebiet durch Umwidmung in Bauland real. In Wien lässt sich das am Rückgang der landwirtschaftlichen Flächen, um 20% zwischen 1999 und 2010, beobachten. Die Zahl der Bäuer*innenhöfe in Wien verringerte sich zwischen 1995 und 2010 drastisch von rund 1.200 auf etwa 550 Höfe. Bei den geschlossenen Höfen handelt es sich zum großen Teil um kleine und mittlere Betriebe; 68% der Höfe, hatten weniger als 5 ha Fläche. Die Stadt Wien ist also nicht nur die größte Landwirt*in, sondern auch die größte Eigentümer*in an Grünflächen. Diese Grünflächen werden im Interesse der Magistratsabteilung verwaltet (wie das nächste Kapitel zeigt).

8. Gemeinschaftsgärten

Gärten – was verstehen wir unter Gärten? Es gibt viele verschiedene Formen, angefangen von wilder Natur bis hin zu penibel gepflegtem Rasen und Rosen. Ein Garten kann auf öffentlichem oder privatem Grund angelegt und öffentlich zugänglich sein, wie die zahlreichen Parks in der Stadt Wien. Diese Gärten werden von professionellen

Gärtner*innen betreut und gepflegt, sind demnach keine „Mitmach-Gärten“. Urbane Gärten sind Gärten von Privatpersonen, d.h. auf privaten Grundstücken. Diese Gärten sind weder zum Mitmachen noch zum freien Betreten geöffnet, aber tragen dennoch in ihrer Erscheinung zu einem schönen Stadtbild bei.

Im Gegensatz dazu gibt es aktuell einen Trend in Richtung Gemeinschaftsgärten oder gemeinschaftlich genutzte Flächen. Seien es Guerilla Gärten, die irgendwo auf kleinen Landstrichen in der Stadt entstehen, in dem einige aktive Leute die Schaufel in die Hand nehmen, um zu zeigen, dass Grün in der Stadt keine Entscheidung zwischen Beton- oder Gartenstadt sein muss. Diese Gärten sind meist kollektiv, anti-kapitalistisch organisiert und bilden somit eine Alternative zu den kommerziellen Projekten. Zu diesen zählen mittlerweile Schrebergärten, kommunale Gärten, interkulturelle Gärten und Gemeinschafts-/ Nachbarschaftsgärten.

Diese Arten von Gärten haben etwas gemeinsam: sie bieten Städter*innen, ohne eigene Grundstücke, die Möglichkeit, ein Stück Land zu bepflanzen und Orte ständig wechselnder Schönheiten inmitten einer kompakten Stadtlandschaft zu schaffen (vgl. Heldke 2012:114f.). In Gärten wird Pflanzenvielfalt erhalten und Kräuter aus aller Welt angebaut. Gärten sind „kulturelle“ Treffpunkte für Bezirksmitglieder, an denen sie sich über traditionelle Pflanzen und Pflgetipps austauschen können. Das findet auch Dagmar J., die sich über den „Multi-kulti Garten“ Rosenbergpark freut, in dem sie seit drei Jahren ein Beet hat. Es sei schön, dass hier Menschen zusammen kommen, zu denen sie im Alltag nie einen Bezug hätte (Dagmar J.:2013). Auch Brigitte Kratzwald (2011) führt Gemeinschaftsgärten als *Urban Commons* an, da diese Orte Platz für soziale Beziehungen bereitstellen. Hier bestehe z.B. die Möglichkeit für Migrant*innen, sich aus der Abhängigkeit von der restriktiven bzw. oftmals nicht-integrative Politik zu lösen, da an diesem Ort der Anbau von Grundnahrungsmitteln möglich ist. Obwohl diese Überlegung Kratzwalds lobenswert ist, führt sie auch zu einer Romantisierung von Gemeinschaftsgärten da sich diese Orte nicht angeeignet werden, sondern Projekte sind, die von „oben“ herab initiiert werden. Diese Räume werden als integrative Räume geschaffen, da im gängigen Alltag eine Integration nicht gegeben ist. Es wird ein Bild der homogenen abhängigen Migrant*innen gezeichnet, die auf Hilfe angewiesen sind. Dabei gilt es zu beachten, dass Migrant*innen keine homogene Gruppe sind und in dieser Kategorisierung Menschen mit einbezogen werden, die bereits in zweiter oder dritter

Generation im Land leben. Außerdem mögen diese Orte, Orte sozialer Beziehungen sein, sie sind jedoch keine Orte der selbstbestimmten Nahrungsmittelproduktion in dem Sinne, als dass sich eine Familie von der angebauten Menge in einem 3m² großen Beet ernähren kann.

Gärten sind bestens dazu geeignet, unsere Sozialkompetenzen zu fördern und beinhalten somit eine pädagogische Erziehungsmaßnahme der Bevölkerung. Städtische Gemeinschaftsgärten begegnen dem Individualismus der neoliberalen Ordnung im Kollektiv. Ein Kollektiv, das wild zusammen gewürfelt wird und durch sein gemeinsames Gartenprojekt in sozialen Kontakt tritt. Natürlich läuft dies nicht stets harmonisch und konfliktfrei ab. Differenzen sind an der Tagesordnung, werden aber ausverhandelt, wobei das demokratische Prinzip Beachtung findet (u.a. Interview *Dagmar J.*:2013).

Wachsende Städte umfassen in der heutigen Zeit eine heterogene Masse an Menschen aus der ganzen Welt, die anonym und unterschiedlicher nicht sein könnten. „In einer Großstadt werden die Menschen, nur weil sie in Hotels, Appartementshäusern oder Wohnblöcken zusammengepfercht sind, zu dem Glauben verleitet, sie stünden in Beziehung zueinander“ (Heldke 2012:116). Die Stadtregierung ist in den meisten Fällen interessiert an einem Miteinander der Bewohner*innen, auch um das Image der „Multi-kulti-Stadt“ aufrecht zu halten. Allerdings nicht ohne die Möglichkeit, dies kontrollieren zu können, um sich den Erfolg eines solchen Projektes auf die Fahne schreiben zu können. Es werden formelle Einrichtungen zur Verfügung gestellt, Orte geschaffen, an denen sich Menschen begegnen können. Die Stadt gibt einen Rahmen vor, indem sich das Projekt Gemeinschaft bilden kann – z.B.: einen Gemeinschaftsgarten.

Sieht man sich die Warteliste des Gemeinschaftsgartens Rosenbergpark an, ist zu erkennen, dass das Bedürfnis in der Stadt Gemüse anzubauen zu nimmt und nicht mehr länger nur ein Bedürfnis „alternativer Linker“ ist. Im Rosensteinpark stehen aktuell 80 Menschen für 30 Beete auf der Warteliste – mit steigender Tendenz (Der Standard: 2013).

Die Mehrheit junger Menschen will auf den Luxus der Großstadt nicht verzichten und kann sich ein Leben auf dem Land nur mehr schwer vorstellen. Gleichzeitig wird das Bedürfnis nach einem Ausbrechen aus der Schnelllebigkeit der Stadt und nach Natur stärker. Die Lösung: der Garten muss in die Stadt. Die Stadtregierung reagiert auf das wachsende Interesse und startet ein Förderungsprogramm, welches jeweils einen Garten

pro Wiener Gemeindebezirk mit bis zu 3.600 Euro unterstützt (vgl. SPÖ Wien). Die Voraussetzung für die Förderung ist die formelle Organisation des Projektes als Verein. Da die meisten Nutzer*innen nicht als Verein die Fläche der Stadt Wien pachten, sondern erst als Gemeinschaft wachsen müssen, übernimmt der Gartenpolylog¹⁸ in den ersten Jahren die Kooperation mit der Stadt Wien.

Gemeinschaftsgärten erheben den Anspruch, als Räume des „hands-on urbanism“, also als Orte der „Stadtgestaltung von unten“, verstanden zu werden. Elke Krasny (2012b) macht darauf aufmerksam, dass jegliche Kultivierung von Land in der Stadt als eine Form der Wiederaneignung von Handlungsmacht und Entscheidungsfähigkeit der Stadtgestaltung verstanden werden muss. Aus diesem Grund werden Gemeinschaftsgärten oft als „gegenhegemonial“ (ebd.) wahrgenommen.

Gemeinschaftsgärten laufen somit Gefahr romantisiert zu werden. Gemeinschaftsgärten sind Instrumente der Stadtregierung. Die Art der Verwaltung erinnert an die Form des sozialen kommunalen Regierens. Die Bürokratie agiert autoritär, indem sie vorgibt, was erlaubt und verboten ist. Die Rolle der Stadt Wien ist (und war es auch in der Vergangenheit – siehe Siedler*innenbewegung) in Bezug auf die Regulierung und Kontrolle des Zugangs zu Land zentral. Gemeinschaftsgärten sind demnach als Beispiele für *top Down* Politik zu erkennen.

Öffentliche Flächen werden von den Bezirksregierungen ausgewählt und im Sinne der Stadtraumgestaltung „öffentlich“ neu gestaltet. Die Intention der Stadt ist es, das Bedürfnis der städtischen Mittelschicht nach Grünflächen zum Gärtnern zu befriedigen und gleichzeitig für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Wien die Vorzeigestadt, die auf die Bedürfnisse ihrer Bürger*innen Rücksicht nimmt und diese umsetzt.

Näher betrachtet sind Gemeinschaftsgärten nur symbolische Orte der Freiheit. Die symbolische Freiheit dieser Orte erlaubt es eine Macht der Kontrolle und Steuerung auszuführen. Der Landzugang wird organisiert und administrativ verwaltet. Alle Entscheidungen und Aktionen folgen politischen und rechtlichen Ordnungen und Regeln – sie werden stadregierungstechnisch gesteuert. Mittels Gemeinschaftsgärten werden neue „freie“ Räume produziert die Machtverhältnisse reproduzieren. Sie sind „Opium fürs

18 Der Gartenpolylog ist ein Netzwerk für urbane Gartenprojekte welches Gemeinschaftsgärten in Wien initiiert und koordiniert.

Volk“. Gemeinschaft wird gezielt verhindert, in dem die Stadt Vorgaben zum Rotationsprinzip verhindert – sie verhindert somit eine mögliche Dynamik einer Gruppe. Im Gegensatz zu einer Gruppe von Menschen, die mit ähnliche Idealen und Visionen einen Raum widerständig erobert. Diese Strategien sind unerwünscht, da nicht kontrollierbar. Dahingehend kann der Gemeinschaftsbegriff an diesen Orten so weit in Frage gestellt werden, als dass der Gemeinschaftsgarten vielleicht ein Ort ist, an dem gemeinschaftlich gearbeitet wird, es aber nicht um die gemeinschaftliche Nutzung und Aneignung des Raumes an sich geht. Mit Foucault gedacht, sind Gemeinschaftsgärten Teil eines Systems, das den Willen zu agieren bricht und Menschen nur mehr reagieren lässt (vgl. Foucault 2005).

Selbstverwaltete Gärten und widerständig angeeignete Flächen in der Stadt haben somit wenige Chancen Zugang zu „bewirtschaftbarem“ Land langfristig zu erhalten. Zugang zu Land haben in der Regel nur Vereine oder Institutionen, d.h. der Zugang zu „bewirtschaftbaren“ Grünflächen in der Stadt, ist streng reglementiert und nicht allen Bewohner*innen im selben Maße zugänglich.

8.1. Gemeinschaftsgärten als Ergebnis gouvernementaler Praxis

Die Hinwendung zu Gemeinschaftsgärten ist nicht nur als Drang hin zur Natur zu verstehen, sondern auch als Teil konsumkapitalistischen Gesellschaftsorientierung. Der Trend zum Gärtnern reiht sich in Trekking, Landhausstil und in Geschäftsmodellkombinationen aus Buch-Platten-Mode-Bioladencafés ein (vgl. Werner 2012:55). Diese materielle Stilisierung eines vermissten Landlebens ist eng verbunden mit dem Körperkult. Der Diskurs um Körper, Wohlbefinden und Einklang mit der Natur bewegt sich in dafür vorgesehenen, eingezäunten Räumen. Diese Ordnung von Räumlichkeiten ist in einer neoliberalen Gesellschaftsformation zu verorten, die den Zugriff auf das Subjekt verändert und intensiviert hat (vgl. ebd.).

Bewohner*innen wird mit Gemeinschaftsgärten mitunter nicht nur ein kleines Stück Natur geschenkt, sondern auch ein Ort der das grüne Image der Stadt repräsentiert. Die Stadtplaner*innen reagieren auf das zunehmende Naturbedürfnis der Stadtbewohner*innen – sie produzieren Räume die sie durch Parzellierung bändigen. Anstatt als Ausdruck der Macht des Souveräns tritt die Bevölkerung vielmehr als Zweck und Instrument der

Regierung hervor. Sie finden Gefallen an dem Projekt des Gemeinschaftsgartens (siehe oben) und reagieren positiv auf das Management der Regierung über ihre Freiräume „[...] der Regierung gegenüber weiß sie, was sie will, zugleich aber weiß sie nicht, was man sie machen lässt“ (Foucault 2005:168). Karin Werner (2012) bringt es auf den Punkt: „dies geschieht, [...], durch ein Umschalten von Fremdregulierung hin zu einem ausgefeilten Ineinandergreifen von Selbstführung, Selbstthematization, Selbstvermarktung und Selbstentfaltung des Subjektes“ (ebd.:55).

Das Projekt Gemeinschaftsgarten, trägt nicht nur dazu bei, dass Nachbar*innen in einer anonymisierten Stadt wieder in Kontakt treten, sondern es erhält und fördert das grüne Image der Stadt Wien. Die Stadt freut sich über die vielen begeisterten Gärtner*innen. Überspitzt formuliert: die Stadt instrumentalisiert die Gärtner*innen für ihre Zwecke, nämlich um die Lebensqualität in der „NaturStadt“ Wien zu erhalten. „Die prominente Figur innerhalb dieser neuen Ordnung der Gouvernementalität ist das flexible Selbst, das mit anderen, etwa bei der Arbeit, locker und eher flüchtig verbunden und verschiebbar geworden ist – auf Kosten langfristiger Verpflichtungen, Vertrauen und Loyalität“ (ebd.:55). In dieser „Selbstentfaltungskultur“ (ebd.) verlässt man sich auf das Individuum, welches sich permanent selbst beobachtet, kontrolliert und sich den Standards der Gesellschaft entsprechend normalisiert. Die Subjekte bewegen sich somit in einem fortwährenden Normalisierungs- und Optimierungszwang in einer bestehenden Ordnung.

Wien ist anders

Die neuen städtischen Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten entstehen nicht nur aus Eigeninitiativen der Bürger*innen. Gemeinschaftsgärten sind initiierte Projekte der Stadt auf öffentlichen Flächen. Oft sind es Projekte die das Ziel verfolgen die Stadt wieder grüner zu machen und die Menschen in den Bezirken wieder näher zusammen zu bringen, speziell die Form des interkulturellen Gartens. Gärten sind Projekte, die soziale Ziele verfolgen: „Die Gärten sind nicht nur eine Bereicherung der Grünflächen in den Bezirken, sondern fördern auch das Miteinander und die Nachbarschaft in den Grätzeln“ und weiter: „Jeder darf mitmachen und sich einbringen. Gleichzeitig erfährt das Grätzeln durch die Begrünung eine optische Aufwertung“ (vgl. wien.gv.at).

Der Gartenpolylog der eine wichtige Vermittler*innenrolle im Prozess der Entstehung von Gemeinschaftsgärten spielt, formuliert Gemeinschaftsgärten wie folgt auf ihrer

Internetseite: „Hier spielt aber nicht nur das Gärtnern eine Rolle, sondern auch das gemeinsame Arbeiten, die Mitgestaltung des Stadtteils, die Möglichkeit der Partizipation innerhalb einer Gemeinschaft, die Entwicklung eines gemeinschaftlichen Sinns im gemeinsamen Tun und letztlich das kommunikative Zusammensein im Garten“ (vgl. Gartenpolylog). Sie unterstreichen das gemeinschaftliche Miteinander als Ziel der initiierten Gärten.

Wiener*innen, die in Gemeinschaftsgärten ein Fleckchen Grün ergattert haben, finden es toll, wie eine Gemeinschaft aus so vielen unterschiedlichen Nationen zusammen wächst und sie sind froh über das kleine Stück Land das sie bewirtschaften dürfen (vgl. Kapitel zu Gemeinschaftsgarten Rosenbergpark). Interessant ist, dass Menschen in Städten bereits so entfernt scheinen, dass es kaum möglich ist, im sogenannten öffentlichen Raum und im Wohnraum eine Basis des Miteinanders zu finden. Die Stadt Wien stellt also Räume für Gemeinschaftliche Aktivitäten zur Verfügung und kann diese Orte auch dementsprechend nach ihren Vorstellungen gestalten und kontrollieren.

Die positive Macht, die hinter dieser Ordnung der Gouvernamentalität steckt, sollte kritisch hinterfragt und Widerstand erprobt werden. Gemeinschaftsgärten können als umkämpfte Räume verstanden werden – sie sind somit auch immer politische Orte.

9. Methodik

9.1. Erläuterung meiner Vorgehensweise

Mein Ziel ist es, in meiner Abschlussarbeit genau die Komponenten meines Studiums der Internationalen Entwicklung zu vereinen, die ich seit dem ersten Tag als reizvoll empfand: Die Möglichkeit, sich aus verschiedenen Perspektiven, transdisziplinär und multimethodisch, mit Themen zu befassen und im Besonderen, sich gesellschaftskritischen Themen im Rahmen eines Studiengangs zu widmen. Der Studiengang der Internationalen Entwicklung, wird ab April 2014 nicht mehr existieren – die Gründe hierfür reihen sich in einen Diskurs ein, der sich um die Reduzierung von Breite und Vielfalt in allen Studiengängen kümmert, eine Spezialisierung anstatt Vielfalt fordert und damit dem Ideal multimethodischer Interdisziplinarität den Weg abschneidet. In der vorliegenden Diplomarbeit verfolge ich das Ziel, meiner Aufmerksamkeit für die Ungleichheit, die sich

in der Stadt Wien präsentiert, Raum zu geben. Gleichzeitig soll der Fokus auf den Möglichkeiten liegen, gegen diese Ungleichheiten Widerstand zu leisten. Die Natur und Entwicklung dieses Widerstandes soll dabei aus einer gesellschaftspolitischen und philosophischen Perspektive beleuchtet werden.

9.2. Qualitative Methodik – teilnehmende Beobachtung – der Wert des Eigenen im zu Erforschenden

Im Jahr 2012 fiel mir die Entscheidung an der Landbesetzung in Jedlersdorf teilzunehmen. Weder Forschungsfragen noch genauere Überlegungen zu einer Abschlussarbeit standen bei meinem ersten Besuch auf der Fläche fest. Bald jedoch entwickelte sich ein starkes dokumentarisches Interesse und ich begann ein Forschungstagebuch zu führen.

Da die Landbesetzung ein Ort war, an dem viele Menschen miteinander lebten, dachten und arbeiteten, war es kein Problem mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Ob es nun beim gemeinsamen Kochen, Essen oder Gärtnern war oder bei den regelmäßigen Plenen, die jegliche Form von Wissenshierarchie verhinderten – die Momente des Austausches waren also zahlreich vorhanden.

Der neutrale Zugang fiel mir anfangs schwer, da ich mich sehr stark mit der Besetzung, den Menschen und ihren Anliegen identifizieren konnte und schnell das Gefühl hatte, Teil des Prozesses zu sein. Die Landbesetzung in Jedlersdorf mag als einzelnes Projekt wenig repräsentativ erscheinen. Aus einer anderen Perspektive hält die Beschäftigung mit einem Projekt genau den Detailreichtum bereit, der für ein detailliertes Verständnis eines von „unten“ initiierten Widerstandsprojektes nötig ist. Die Alltagspraktiken der Aktivist*innen werden nicht nur beschreib- sondern direkt erleb- und fühlbar. Dabei soll auch dem Unterschied zu von „oben“ herab initiierten Gemeinschaftsgärten Rechnung getragen werden.

Ganz im Sinne teilnehmender Beobachtung habe ich während der Besetzung bewusst auf Interviews verzichtet, da sich informelle Gespräche in diesem Setting besser eignen, um die Vielfalt der Erzählungen von Aktivist*innen in die Arbeit einfließen lassen zu können. Somit entsteht ein fühlbares Gesamtbild der Besetzung. Informelle Gespräche, Forschungstagebuch und teilnehmende Beobachtung bilden den Hauptteil meiner

Methode, jedoch wurden auch einige teilstrukturierte Interviews mit Aktivist*innen und Gärtner*innen geführt.

Mir ist es darüber hinaus ein Anliegen mithilfe der gewählten Methoden der teilnehmenden Beobachtung und des Forschungstagebuchs keine Wissens- oder Machthierarchien innerhalb meiner Arbeit zu erzeugen. Diese Werkzeuge sollen vielmehr dabei helfen, eine möglichst transparente und menschnahe Art der Forschung durchzuführen. Ich bin mir über meine privilegierte Position als weiße, in Europa lebende Frau mit uneingeschränktem Zugang zu Bildung bewusst. Aus diesem Grund ist es nicht mein Ziel, Menschen mit meiner Arbeit über alternative Lebensprojekte zu belehren, sondern auf diese Art und Weise ein Bewusstsein für Nicht-Gesehenes im Alltag zu schaffen.

9.2.1. Teilnehmende Beobachtung

Die teilnehmende Beobachtung gilt aus methodologischer und soziologisch-theoretischer Überlegung als wissenschaftlich-empirische Methode wenn es darum geht „Sinnesstrukturen der Feldsubjekte situativ zu erschließen“ (Lamnek 2005:547). Die Methode fungiert als Werkzeug, um individuell oder kollektiv soziales Handeln und Verhalten im gesellschaftlichen Kontext definieren zu können. Die teilnehmende Beobachtung wird bevorzugt dort eingesetzt, wo es unter „spezifischen theoretischen Perspektiven um die Erfassung der sozialen Konstituierung von Wirklichkeit und um Prozesse des Aushandelns von Situationsdefinitionen, um das Eindringen in ansonsten nur schwer zugängliche Forschungsfelder geht oder wo für die Sozialforschung Neuland betreten wird“ (ebd.:548). Mit der teilnehmenden Beobachtung soll es möglich werden, (Sub) Kulturen zu verstehen ohne dabei ethnozentristisch zu handeln. Das alltägliche Verstehen unterscheidet sich hierbei von dem wissenschaftlichen. Ersteres ist eher pragmatisch, emotional-teilnehmend und letzteres kognitiv-betrachtend und analytisch (ebd.:550).

Die Basis des Verstehens ist die Kommunikation, denn die beobachteten Verhaltensweisen laufen in der Regel kommunikativ ab. Nicht prinzipiell die der Befragung, da diese der Ermittlung von Einstellungen, Meinungen, Gefühlen, Vorstellungen und Verhaltenserwartungen dient und nicht der Feststellung von Verhaltensweisen. Wenn es darum geht soziales Verhalten zu ermitteln, bietet sich stets die Methode der Beobachtung an. Im Falle

dieser Arbeit ermöglichte mir die Methode, am Alltagsleben der für meine Forschungszwecke relevanten Personen und Gruppen teilzunehmen und durch genaue Beobachtung etwa deren Interaktionsmuster und Wertvorstellungen zu explorieren (vgl. ebd.:549).

Meine Motivation, diese theoretische Arbeit mit praktischen Fallbeispielen zu bereichern, war Resultat der eigenen Beobachtung machtvoller Prozesse in der Stadt Wien. Im Gegensatz zu einem rein an Literatur orientierten Zugang, war die praktische Methode der Beobachtung sinnvoller, da Prozesse der Besetzung erleb- und fühlbar wurden.

Die Erfahrung, die ich (zumindest in einem der beiden Fallbeispiele täglich) machte, half mir dabei, unterschiedliche Verhaltensweisen und Blickwinkel von Akteur*innen zu begreifen. Nicht nur die Beobachtung an sich ermöglichte mir ein Verständnis für unterschiedliche Anliegen, sondern auch meine aktive Teilnahme am Alltag der Besetzer*innen. Um die endlose Reproduktion bereits vorhandenen Wissens zu verhindern und Raum für Neues zu schaffen, ist das direkte, persönliche Erleben und Fühlen Teil des hier gewählten wissenschaftlichen Vorgehens. Ich als Forscherin bin damit aktiver Teil der teilnehmenden Beobachtung gewesen – denn der*die Beobachter*in wird selbst zum Element des zu beobachtenden sozialen Feldes (ebd.:561). Die Beobachtungen vermerkte ich mit Zusatzangaben wie Datum, Ort und Zeit in meinem Forschungstagebuch. Die aktive Teilnahme an Prozessen oder Tätigkeiten in der Gemeinschaft erleichtert auch den Zugang zu unterschiedlichen Personen.

Die Bedeutung der Kommunikation ist als unumgängliche Bedingung in dem Forschungsinstrument der teilnehmenden Beobachtung verankert. Kommunikation kann hierbei sowohl selbst Gegenstand der Forschung sein als auch den Raum in der Interaktion zur Verfügung zu stellen (ebd.:573f.). Mithilfe von Gesprächen wird eine Vertrauensbasis geschaffen, die die Voraussetzung für eine Öffnung in der Kommunikation darstellt – eine Öffnung für unbewusste Motive, Wünsche, Gedanken und Einsichten. Auf der Ebene des Austauschs läuft das Gespräch somit nicht Gefahr zu einer „Ausfrage“-Kommunikation zu werden. Obwohl natürlich das Bewusstsein einer „Doppel-Rolle“ in solch „nahen“ Momenten die Forscherin beeinflusst. Es fällt schwer, dann zwischen Teilnahme und Beobachtung zu trennen und dementsprechend zu handeln.

Als teilnehmende Beobachterin nahm ich als Fremde anfänglich eine soziale Rolle in dem sozialen Feld, das ich beobachtete, ein. Durch die spätere vollständige Teilnahme an den Prozessen auf der Fläche konnte ich als Forscherin eine völlige Identifikation mit dem Feld

erreichen und wurde somit zur Teilnehmerin (ebd.:562). Durch meine vollständige Teilnahme im sozialen Feld, wurden meine wahre Identität und der Zweck meiner Teilnahme für die Beobachteten nicht ersichtlich. „Der Beobachter interagiert mit den zu Beobachtenden auf allen nur denkbaren Ebenen und in allen auftretenden Situation so natürlich wie möglich (ebd.:576).

Meine Anwesenheit variierte zwischen den beiden Fallbeispielen. Im April des vergangenen Jahres war ich tagtäglich 24 Stunden auf der Fläche in Jedlersdorf anwesend, im Gemeinschaftsgarten Rosenbergpark beschränkten sich meine Besuche auf einige wenige gemeinschaftliche Zusammenkünfte, die mir wichtige Informationen für meine Forschung boten. Da ich mir zu dem Zeitpunkt noch nicht darüber bewusst war, dass diese Besetzung Grundlage meiner Diplomarbeit sein wird, kann diese nicht eindeutig als offene Beobachtung tituliert werden.

9.2.2. Das Forschungstagebuch

Wie bereits erwähnt, begann ich während der Besetzung der Fläche von der Gruppe SoliLa mir einige Gedanken zu notieren. Ein Semester später besuchte ich ein Seminar im Institut der Soziologie, in dessen Rahmen wir uns mit den unterschiedlichen Lebensstrategien in der Stadt Wien am Beispiel von *Urban Gardening* auseinandersetzen.

Dies veranlasste mich dazu, vermehrt mit offenen Augen durch die Stadt zu gehen und mir Grünräume genauer anzusehen; mich zu fragen, wer diese Räume eigentlich zur Verfügung stellt und welche Motive dahinter stecken. Ich bemerkte, dass ich immer skeptischer wurde und mir auch im Zuge von Wohnraum in der Stadt zunehmend die Frage stellte, warum Dinge so sind wie sie sind. Im Zuge der Besetzung allerdings merkte ich wie sehr mich Themen rund um Grundbedürfnisse und Zugangsregelungen in der Stadt zu gewissen Bereichen emotional aufwühlten. Ich begann Literatur zu sichten, mich in einem Projekt zu engagieren und immer wieder in Gesprächen und Diskussionen meine Position zu reflektieren. An manchen Tagen schrieb ich die ein oder andere Seite gefüllt mit Fragen, die mich in Anbetracht der fragwürdigen Machtzustände in der Stadt in das Forschungstagebuch. Oft waren es schnelle Notizen oder Aufzeichnungen, die ich mir zwischendurch notierte, wenn ich an Orten vorbeiging, mich Gedanken überkamen und nicht mehr los ließen. „Das Anfertigen von Feldnotizen ist aus wissenschaftlicher Sicht [...] ein wichtiges Instrument nicht nur der Forschung im Allgemeinen, sondern auch der

Teilnehmenden Beobachtung“ (Hauser-Schäublin 2008:54). Das Tagebuch diente mir auch als Gedächtnisstütze, da ich viele Beobachtungen oder informelle Gespräche erst im Nachhinein festhielt, um erste Eindrücke setzen zu lassen. Manche Notizen fertigte ich gleich während des Gesprächs an, da es mir nicht möglich war alle Informationen danach noch präsent zu halten, z.B. in Situationen wie Plenen oder Interviews, wo die Aufzeichnung das Erlebte nicht direkt oder nur wenig beeinflusste. Das Aufschreiben des Erlebten, Gehörten und Gesagten ermöglichte es mir für weitere Themen aufnahmefähig zu sein und mich auf diesem Weg gleichzeitig wieder zu distanzieren, mir meiner Doppelrolle als Aktivistin und Forscherin wieder bewusst zu werden.

Das Notizbuch diente mir oft als Grundlage, Erlebnisse, Gedanken, Theorien, Zweifel und Unverständnisse diskutieren zu können. Es half dabei, meine Sichtweise und meine eigene Position zu reflektieren.

9.2.3. Informelle Gespräche

Der Großteil meiner Erhebungen ergab sich aus informellen Gesprächen mit Gärtner*innen, Aktivist*innen und Anrainer*innen. Teilnehmende Beobachtung bedeutet für mich mehr als nur eine stille Beobachter*innen-Rolle einzunehmen, sondern Teil der Beobachtung zu sein, indem ich mit allen Anwesenden kommunizierte. Informelle Gespräche erfüllen auch eine wichtige Rolle in der Reflexion des Wahrgenommenen (vgl. Hauser-Schäublin 2008:49). Wie bereits weiter oben angesprochen, kam ich schnell mit Akteur*innen ins Gespräch und konnte so Emotionen, die Gesagtes oft erheblich beeinflussen, aufnehmen und verarbeiten. Dies bot mir die Möglichkeit sowohl Gärtner*innen als auch Aktivist*innen bei ihrer täglichen Arbeit zu begleiten und in ihrer Rolle zu beobachten und wahrzunehmen. So wurde oft nebenbei *geplaudert*, dies führte zu einer ungezwungenen und befreiten Atmosphäre im Gespräch. Oft war ich durch meine Anwesenheit schon Teil der Gruppe und konnte besonders in den Gemeinschaftsgärten auch Gerüchte, Geschichten oder Scherze aufnehmen. Ich kam nie in die Situation als ungewünschte „Spionin“ wahrgenommen zu werden, da ich meine Interessen am gemeinschaftlichen Sein, zumindest bei dem erforschten Projekt Gemeinschaftsgarten, erklärte.

9.2.4. Interview

Im Laufe meiner Forschung führte ich nur ein formelles Interview das mir dazu diente Tatsachen aus den Wissensbeständen der Befragten zu erfassen. Die anderen Gespräche verliefen auf der Ebene des informellen Austausches. Ich wählte die Methode des Interviews besonders bei förmlichen Gesprächen, denn ich hatte den Eindruck so würden mir Dinge erzählt werden, die sonst auf persönlicher Ebene zu privat seien. Ich erhielt auf diesem Weg Informationen zu formalen Angelegenheiten, die mir im informellen Gespräch nicht so leicht mitgeteilt worden wären. Gerade das Einnehmen der Rolle als Interviewerin und Forscherin ermöglichte mir hier den Zugang zu anderen „neuen“ Informationen. Jedoch muss an dieser Stelle auch erwähnt werden, dass die entspannte Gesprächsatmosphäre, auf dem Acker oder im Garten, die Übergänge zu informellen Gesprächen schnell verwischte oder unsichtbar werden ließ. Die Gespräche unterschieden sich nur insofern voneinander, als dass ich beim geplanten Interview einen Zeitpunkt für ein Treffen festlegte und einen Fragenkatalog zusammenstellte. Mein Anliegen war es offenen Fragen zu stellen und somit die befragte Person so frei wie möglich erzählen zu lassen. Ich habe die geschlossene Frage weitgehend unbeachtet lassen, da diese von dem*der Forscher*in formuliert werden und somit seinen*ihren Vorstellungen entspringen.

Der erstellte Fragenkatalog und dessen Struktur half dabei, mein Forschungsinteresse, wieder zu fokussieren. Auf Fragen zu meiner Arbeit vermied ich bewusst die genaue Erläuterung, um die Interviewpartner*innen unvoreingenommen in das Gespräch einsteigen lassen zu können. Allerdings artikulierte ich stets so klar wie möglich meine Forschungsinteressen und ließ die Befragten nie in Ungewissheit zurück. Oft erhielt ich Antworten auf meine Fragen, aber ebenso gab es Antworten, die bewusst nicht auf meine Fragen eingingen bzw. diese übersprangen. Nicht immer konnte eine vertraute Atmosphäre geschaffen werden, in der Informationen freiwillig preisgegeben werden. Vielleicht lag dies auch an der formalen, steifen Stimmung, die Interviews prinzipiell mit sich bringen.

In den zwei folgenden Kapiteln stelle ich die Fallbeispiele dieser Arbeit vor. Die teilnehmende Beobachtung und das Forschungstagebuch, sowie die informellen Gespräche sind wichtige Grundlagen für das Kapitel zu SoliLa. Das informelle Gespräch findet auch große Anwendung im Kapitel zum Gemeinschaftsgarten Rosenbergpark.

10. Landbesetzung SoliLa! 2012

Ein Stück Land besetzen!

„Warum macht ihr das? Ihr könnt euch Dinge nicht einfach nehmen. Dieses Stück Land gehört jemandem. Und wer seid’s es überhaupt?“ Konfrontiert mit dieser Meinung versuchte eine Aktivistin am 17. April 2012 einer Nachbarin zu erklären, warum die Brach-fläche in der Gerasdorferstraße 105 in Jedlersdorf im 21. Wiener Gemeindebezirk von einer Gruppe Menschen, besetzt wurde. Die Fläche „gehört“ der Bundesimmobilien-gesellschaft (kurz BIG) und die Besitzerin ist die „Universität für Leben, die Universität für Bodenkultur (kurz BOKU)“.

In den Jahren 2011 und 2012 versucht eine Gruppe junger Studierender und Aktivist*innen in Wien Land zu finden, um ein solidarisches Landwirtschaftsprojekt aufzubauen. Die Gruppe begab sich auf die Suche und fand schließlich die seit Herbst 2011 zum Großteil brach liegende Fläche in Jedlersdorf, in der Gerasdorferstraße 105 (siehe Abb. 5 im Anhang) Die BOKU behauptete im Vorfeld der Pachtvertrag sei schon gekündigt und die universitären Aktivitäten auf der Fläche beschränkten sich auf die Beobachtung von genmanipulierten Marillenbäumen in einem SARAN Haus. Das Rektorat erklärte diese Entscheidung damit, dass es die Möglichkeit gab, Land außerhalb Wiens günstiger zu pachten. Die von der BOKU gepachtete Fläche im Norden von Wien wurde über Jahrzehnte hinweg von verschiedensten Gruppen genutzt: von der Universität für Forschungszwecke, von Studierenden für ein Gemeinschaftsgartenprojekt, einem Schäfer, Imker*innen und einer kleinen Gruppe von Gärtner*innen mit dem klingenden Namen „Großstadtgemüse“. Die geplante Vertragskündigung hätte zur Folge, dass das Projekt Großstadtgemüse ihr Nutzungsrecht verlieren würde. Trotzdem gartelten einige mutige Gärtner*innen weiter und wurden von den Mitarbeiter*innen der BOKU toleriert.

Über Monate hinweg versuchte eine kleine Gruppe von Menschen sowohl mit dem Rektorat der Universität für Bodenkultur als auch der BIG über eine Möglichkeit der Nutzung zu verhandeln, um ihr ernährungssouveränes Recht auf Stadt umsetzen zu können.

Verbauung von Grünflächen und fruchtbaren Böden, die Ignoranz der höheren Instanzen gegenüber Forderungen auf Ernährungssouveränität und kollektive Stadtgestaltung waren mitunter Gründe um zu schreien: „Wir fordern unser Recht auf Land in der Stadt!“ So

entschloss sich eine Gruppe von Menschen am 17. April, dem globalen Tag des Kleinbäuerlichen Widerstands, die ca. 3,5 ha große Fläche zu besetzen um ein Zeichen gegen das herrschende System der Lebensmittelproduktion, -verteilung und -konsum zu setzen. Darüber hinaus war die Besetzung eine Strategie um in Zeiten von *peak oil* und *peak soil* aufzuzeigen wie absurd es ist, fruchtbares Land in der Stadt zu verbauen. Diese Art der Besetzung von städtischen Freiflächen kommentierte wirkungsvoll die Ökonomisierung des städtischen Raums (vgl. Werner 2012:66).

10.1. Die Tage der Besetzung

Für die bevorstehende Landbesetzung wurde einen Monat davor offen mobilisiert (siehe Abb.2) und aus diesem Grund kamen am 17. April rund 100 Menschen, zum großen Teil auf Fahrrädern, in die Gerasdorferstraße 105.

Beim Eintreffen war die Polizei und einige BOKU Mitarbeiter*innen bereits vor Ort, aber das hinderte die Aktivist*innen nach einer kurzen Beratung nicht daran, gemeinsam über den Zaun zu steigen und sich auf diese Weise einen friedlichen Zugang zu Land zu verschaffen (vgl. Forschungstagebuch, 17.April 2012). Nach kurzem Abwarten von Reaktionen seitens der Exekutive wurden die

ersten infrastrukturellen Arbeiten in Angriff genommen (Kompostklo, Küche und Zelte), der Boden umgegraben, die ersten Beete angelegt und der Anbauplan erstellt. In den ersten Tagen, wurden in Plenen die gemeinsamen Ziele der doch sehr heterogenen Gruppe ausgearbeitet, eine Vision von „Solidarischer Stadtlandwirtschaft“ ausprobiert. Daraus bildete sich bereits am ersten Tag die Gruppe SoliLa (Solidarisch Landwirtschaften).



Folgende Ziele wurden formuliert (vgl. Möhrs et al 2013:23):

- Umsetzung des Konzeptes der Ernährungssouveränität, d.h.: Zugang zu biologischen, saisonalen Lebensmittel ermöglichen und selbstbestimmt, selbstorganisiert und demokratisch die Nahrungsmittelproduktion, -verteilung, -konsum gestalten;
- Schaffung eines Ortes, der frei ist von Formen der Hierarchie, Unterdrückung, Rassismen, Sexismen, und diverser konstruierter Kategorien wie: Geschlecht, Herkunft, Alter und Klasse;
- Aufbau von Netzwerken mit Bäuer*innen der Umgebung, Lebensmittelkooperativen (Food Coops), kritischen Bildungsinitiativen und Nachbar*innen;
- gemeinsames Lernen und Weitergabe von Fähigkeiten, Ideen, Ressourcen etc. darüber hinaus;
 - Schaffung eines Raumes, der selbstbestimmte und autonome Lebensformen ermöglicht
 - Thematisierung der Konflikte rund um *land grabbing*, Zugang zu Land und Recht auf Stadt
 - Widerstand gegen die Verbauung der Stadt auf Kosten von fruchtbarem Land, während gleichzeitig tausende m² an Büro- und Wohnfläche leer stehen.

SoliLa thematisierte mit der Landbesetzung vor allem die Problematik der Erhaltung der Landwirtschaft in der neoliberalen Stadt Wien und ländlicher Gebiete. Der Trend hin zu Verbauung von landwirtschaftlichen Flächen weist zwei Tendenzen auf: zum einen die Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen sowie dem „Höfesterben“ und zweitens die Landkonzentration.

Die Hauptforderung der Besetzer*innen hatte nie den Hintergrund einer alleinigen Nutzung dieser Fläche, sondern es wurden andere Initiativen und Nachbar*innen eingeladen und aufgerufen, sich zu beteiligen. Vom ersten Tag an wurde die Landbesetzung von politischen Gruppierungen, Bäuer*innen, Organisationen wie der Österreichischen Berg- und Kleinbäuer*innen Vereinigung (ÖBV/ Via Campesina) und Nachbar*innen unterstützt. Viele Nachbar*innen beteiligten sich in dem sie Essen

spendeten, selbst ein Beet anlegten, Unterschriften für Unterstützungserklärungen sammelten und sich an Plenen beteiligten.

Diese alternative Form der Organisation und der offene Zugang für alle wurde von der „Universität des Lebens“ als höchst problematisch betitelt und nach zehn Tagen ordnete die Universitätsleitung die Räumung an.

Die Räumung

Am Morgen des 26. April 2012 wurde die Landbesetzung auf Anordnung der BOKU von einer privaten „Sicherheitsfirma“ gewalztätig geräumt¹⁹. Gewalttätig nicht nur im Sinne von dem gewaltsamen Umgang der Mitarbeiter der Sicherheitsfirma mit den Aktivist*innen, sondern auch im Sinn von Zerstörung ausgehend von Mitarbeitern der Universität, von Infrastruktur, Bäumen und Pflanzenvielfalt. Die Räumung begründet die BOKU unter anderem damit, dass es Sicherheitsbedenken gegeben habe, da vor einigen Tagen Teilnehmer*innen der *Critical Mass*²⁰ dem Schlaraffengarten einen Besuch abstatteten. Darüber hinaus wolle die BOKU angeblich die Felder bald selbst wieder nutzen um Versuche durch zu führen (vgl. der Standard vom 26 April 2012). Erst seit April 2013 wird die Fläche wieder bewirtschaftet – eine Mais Monokultur, die bis zum heutigen Tag nicht geerntet wurde, „belebt“ die Fläche.

Die angeordnete brutale Vorgehensweise der Universität für Bodenkultur und der Sicherheitsfirma wurden bis zuletzt von den Aktivist*innen, Nachbar*innen und Symphasant*innen scharf kritisiert. Nach der unnötig gewaltsamen Räumung, übte SoliLa noch am selben Tag durch Proteste vor dem Rektorat der BOKU Druck auf die Rektorin aus, dass diese Besetzung ernst zu nehmen und die Form der Räumung nicht zu akzeptieren sei.

¹⁹Das Thema rund um Privatisierung von Sicherheit ist ein sehr wichtiges allerdings würde es den eigentlich Sinn dieser Arbeit verfehlen und ein weiteres großes Gebiet rund um die Frage von Sicherheit und Privatisierung im öffentlichen Raum bearbeiten.

²⁰Critical Mass ist ein Treffen von Fahrradfahrer*innen, die sich gelegentlich den Platz auf der Straße nehmen, der Ihnen im alltäglichen Verkehr durch jahrelange verfehlte Verkehrs- und Stadtplanung und rücksichtslose Autofahrer verweigert wird.

Wie ging es weiter?

Die mediale Aufmerksamkeit²¹ rund um SoliLa war groß zur Zeit der Besetzung und könnte möglicherweise der ausschlaggebende Grund gewesen sein, dass sich Politiker*innen und das Rektorat im Zugzwang sahen und die Gruppe zu Verhandlungen ins Rathaus einlud. An den Verhandlungen nahmen Repräsentant*innen der BIG, der BOKU, der Stadtverwaltung, SoliLas und der Grünen Partei teil. Die Institutionen verhandelten, ob SoliLa zumindest einen Teil der Fläche in Form einer Zwischennutzung zur Verfügung gestellt bekommen soll. Während Vertreter*innen von BIG und BOKU einen zeitlich befristeten prekären Pachtvertrag unterzeichnen wollten, stand eine Umwidmung der Fläche in Bauland angeblich nie zur Debatte. Die Verhandlungen standen unter einem Schirm der Unterdrückung, in dem Sinne als das die BOKU drohte, die Verhandlungen sofort abubrechen, sobald eine neue Aktion folgt oder der Gentechnikversuch in den Medien zum Thema wird. Vertreter*innen SoliLa's äußerten sich nicht zu diesen Auflagen und die Verhandlungen zogen sich über zwei Monate, ohne jemals als Endresultat einen Vertrag hervor gebracht zu haben. Die Verhandlungen wurden von BIG und BOKU ohne Grund abgebrochen, obwohl die Gruppe SoliLa nach der Räumung keine Aktionen mehr startete. An dieser Stelle muss gefragt werden, ob die Politik es schlussendlich geschafft hat, mit dieser Hinhaltenaktik einer Landbewegung und ihrem aktivistischen Potential den Mund zu verbieten? Die Antwort ist: Ja! Mit dieser Art der Verhandlungen schwächten sie bewusst den Prozess der Bewegung und versuchten die Gruppe durch gezielte Drohungen zum Verhandlungsabbruch zu spalten. Darüber hinaus gaben stets die Institutionen das Tempo der Verhandlungen vor und kontrollierten somit die gesamten Verhandlungen. Während ein Teil der Aktivist*innen an der Chance festhalten wollte, tatsächlich zu einem Stück Land zu kommen, wollte sich der andere Teil auf keinen Fall den Mund verbieten lassen und weiter Druck auf die Instanzen ausüben. Die internen Uneinigkeiten der stark heterogenen Gruppe schwächte schlussendlich die Bewegung – fürs erste.

²¹<http://derstandard.at/1334531056374/Feldbesetzung-in-Wien-Wir-bleiben-um-zu-gaertnern>;
<http://derstandard.at/1334796288491/Wien-Floridsdorf-Boku-liess-besetztes-Feld-von-privaten-Sicherheitskraeftenraeumen>;
<http://fm4.orf.at/stories/1697501>; <http://diepresse.com/home/bildung/universitaet/752794/Boku-laesst-von-Studenten-besetztes-Feld-raeumen>; <http://www.vienna.at/zu-besuch-bei-den-feldbesetzern-von-floridsdorf/3231700>; (letzter Zugriff: 6.9.2013)

10.2. Warum eine Landbesetzung?

Die Strategie der Landbesetzung wurde gewählt, um zum einen zentrale Anliegen in der Öffentlichkeit zu thematisieren und auf diese Weise die Bewohner*innen der Stadt auf die stille Verbauung der Stadt aufmerksam zu machen. Allem voran galt es die kritische Frage nach der Lebensmittelproduktion in der Stadt zu stellen. Darüber hinaus ging es ein Stück weit darum, die selbstverständliche Existenz von Supermärkten in Frage zu stellen und darüber nachzudenken, wie und wo die konsumierten Lebensmittel produziert werden. Ziel war es außerdem die herrschenden Strukturen, Stereotypen und Normen, welche allgemein in der Gesellschaft verankert sind, zu hinterfragen (vgl. Möhrs et al. 2013:24). Trotz der basis-demokratischen Organisationsform kann ein solcher Raum nicht völlig frei von Hierarchien sein. SoliLa kann diesbezüglich als der Versuch einer gelebten anti-hierarchischen Lebensform interpretiert werden, wobei sich die Gruppe ständig bewusst darüber war, dass Formen von (informellen) Hierarchien, sei es in Form von Wissenshierarchien, dominantem Redeverhalten, etc., präsent sind und sichtbar gemacht gehören, um sie in einem Reflexionsprozess bearbeitbar zu machen. Wichtig ist an dieser Stelle, die Prozesshaftigkeit eines solchen Versuchs zu unterstreichen, was nicht nur für Hierarchien, sondern auch andere Formen von Herrschaft und Diskriminierung gilt.

Am Beispiel von Wien ist erkennbar, dass Landwirtschaft immer weiter in Richtung Profitmaximierung gedrängt wird und (so wie es EU-weit der Fall ist) nur noch die wettbewerbsfähigen Großbetriebe erhalten bleiben.

Im agrarstrukturellen Entwicklungsplan der Stadtplanung Wien ist festgeschrieben, dass große zusammenhängende landwirtschaftliche Flächen für die Landwirtschaft genutzt werden sollen und die kleinen, nicht zusammenhängenden Flächen in zentraler Lage als Pufferzonen für Bauvorhaben vorgesehen sind. Nun wächst die Stadt jährlich und immer mehr landwirtschaftliche Flächen an den Rändern der Stadt werden ins Zentrum gerückt, indem immer mehr Flächen an den Stadträndern versiegelt werden. Zwischen 1999 und 2010 verlor Wien 20% der landwirtschaftlichen Fläche. Europaweit zeigt sich die gleiche Tendenz. Eine kürzlich veröffentlichte Studie dokumentiert, dass lediglich drei Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU rund 50% der landwirtschaftlichen Flächen kontrollieren. Diese Landkonzentration wird durch das System der Agrarsubventionen je nach Fläche letztendlich durch staatliche Gelder gefördert und vorangetrieben (vgl. Möhrs

et al. 2013). Um gegen diese Entwicklungen etwas zu unternehmen, braucht es mehr Menschen, die souverän handeln – souverän wenn es um ihre Ernährung geht. Um das Konzept der Ernährungssouveränität umsetzen zu können, braucht es mehr Menschen die Stadt in diese Richtung verändern wollen. Mehr Menschen, die gegen den Ausverkauf des fruchtbaren Bodens kämpfen!

SoliLa und der Kampf um Zugang zu Land

„SoliLa ist nicht das erste Projekt, das im Sinne einer solidarischen Landwirtschaft versucht an fruchtbares Land in Wien zu kommen. Es gibt Projekte wie die „Wilde Rauke“ die auf der Suche nach bestellbarem Land sind, das nicht nur als Zwischennutzung zur Verfügung steht. Auf der Suche nach solchen Flächen werden oft Verhandlungen mit der Stadtregierung und den Eigentümer*innen der Fläche eingegangen, die allerdings oft an den bestehenden oder angestrebten Flächenwidmungen zu Bauland scheitern,“ erzählt mir Lukas Rauth, Co-Autor der im April 2013 veröffentlichten Studie zu: *Land concentration, land grabbing and people's struggles in Europe*²².

Im Kontext der Landfrage wird erkennbar, inwiefern die Stadtplanung die Wiener Landwirtschaft beeinflusst. Konzepte wie Recht auf Stadt werden im Zusammenhang mit Landwirtschaft neu gedacht – Stichwort *Urban Gardening* und *Guerilla Gardening*. Es gibt unterschiedlichste Strategien, Landzugang zu denken und diesen zu erhalten. Die Strategie der Besetzung ist nur eine von vielen. Zwar keine neue aber eine vergessene. Wenn man einen Blick zurück in die Geschichte Wiens wirft, erhoben schon die ersten Siedler*innen Anspruch auf bewirtschaft- und bewohnbares Land in Wien (vgl. Novy 2012). Landbesetzungen sind in weiten Teilen der Welt eine gängige Praxis, die von einer breiten Masse getragen wird, um sich gegen die Enteignung von Land zu wehren.

Gerade an diesem Beispiel der Landbesetzung wird der Bezug auf die neoliberale Stadt, die gängigen Muster von Privatisierung, Deregulierung und somit die Verhinderung von alternativen städtischen Entwicklungen, sichtbar. Der neoliberale Zugang zur Verwertungslogik der Stadt führt zum Ausverkauf der öffentlichen Betriebe und Flächen und somit auch der *Commons*. Die Stadt und ihre „öffentlichen“ Räume sind

²² *Transnational Institute (TNI) for European Coordination Via Campesina and Hands off the Land network*

gemeinschaftliches Eigentum, wenn wir davon ausgehen, dass die „Stadt Wien“ Eigentümer*in ist von Flächen, Plätzen und Gebäuden oder auch die BIG, die sich „vorrangig [als] Dienstleister für die Republik Österreich“ (vgl. BIG: 2013) bezeichnet und wir Bewohner*innen dieser Stadt auch die Stadt Wien sind. „Wir sind der Meinung, dass alle Menschen ein Recht auf diese Stadt, also auch ein Recht haben, diese mitgestalten zu können“, sagt mir eine Aktivist*in der Gruppe SoliLa. Unter gemeinschaftliches Eigentum fällt im Endeffekt auch der Grund und Boden auf dem Gemeinschaftsgärten entstehen, durch Zugangsbeschränkungen aber viele Menschen von diesen Grünflächen ausgeschlossen werden (siehe Kapitel zu Gemeinschaftsgärten).

SoliLa und das Recht auf Stadt

Der „Recht auf Stadt“ Ansatz findet erst bei der Besetzung 2013 eine größere Bedeutung als noch im Jahr 2012. Diese Forderung findet in der vorliegenden Arbeit Beachtung, da in den vorigen Kapiteln „Recht auf Stadt“ thematisiert wird und Recht auf Stadt und Zugang zu Land eng miteinander verknüpft sind, wenn es um ernährungssouveränes Handeln geht. „SoliLa schlägt eine Allianz zwischen Ernährungssouveränitäts-Aktivist*innen und Menschen vor, die für das Recht auf Stadt kämpfen, da es einige klare Überschneidungen und Gemeinsamkeiten gibt“, formulieren Co-Autor der Studie Lukas Rauth die Recht auf Stadt Perspektive von SoliLa. Fragen wie: „Wer hat das Recht auf Stadt?“, „Wer ist die Stadt?“, „Wem gehört die Stadt“ und „Welche Stadt wollen wir?“ sind eng verknüpft mit Ernährungssouveränität. Aus diesem Grund diente SoliLa in der vorliegenden Arbeit als Fallbeispiel, da anhand der Forderung Recht auf Stadt und der Besetzung der Fläche in Jedlersdorf besonders gut sichtbar wurde, wie Land genutzt werden kann und wer die Macht hat, über Grund und Boden zu entscheiden.

Wie legitimiert SoliLa allerdings, dass sie sich mit ihrer Strategie gegen den Kurs der Stadtplanung richtet, der leistbares, soziales Wohnen ermöglichen soll? Es ist klarzustellen, dass sich die Gruppe mit der Besetzung nicht per se gegen leistbares Wohnen richtet, sondern im Gegenteil die Frage stellt, wie leistbares Wohnen wirklich für alle möglich sein kann, ohne dabei immer mehr fruchtbare Böden zu versiegeln. Die Stadt argumentiert die stetige Verbauung von Grünflächen mit der wachsenden Bevölkerungszahl. Dieser Aussage gegenüber steht jedoch eine hohe Zahl leerstehender Wohnungen (siehe folgendes Kapitel zu Wiener Stadtpolitik). „Mit dieser hohen Zahl an

Leerstand finden Spekulationen statt, die Mietpreise in die Höhe schnellen lassen“, sind sich die Aktivist*innen sicher. In Folge von Delogierungen und Zugangsregelungen zu Grünflächen in der Stadt fordern die Aktivist*innen nicht nur Zugang zu bestellbarem Land, sondern zu leistbarem Wohnraum für alle (SoliLa 2013).

Im nächsten Kapitel stelle ich den Gemeinschaftsgarten Rosenberpark dar. Ein Projekt, das von den Verwaltungsinstanzen der Stadt Wien in einem öffentlichen Park ermöglicht wurde. Die beiden Beispiele sollen zeigen, inwiefern Zugang zu Land unterschiedlich gestaltet werden kann und welche Rolle Eigentumsverhältnisse spielen.

Ernährungssouveränität und Zugang zu Land in der Stadt

„Ernährungssouveränität ist eng mit der Frage von Zugang zu Land verknüpft, da auch für Menschen die in der Stadt leben, die Möglichkeit bestehen sollte souverän in ihrer Nahrungsmittelbeschaffung zu agieren“, meinen Aktivist*innen der Gruppe SoliLa.

Demnach ist Lebensmittelproduktion in der Stadt eng mit der Frage nach Zugang zu Land in der Stadt verknüpft. Unter Anwendung des Konzeptes der Ernährungssouveränität, war es für die Landbesetzung in Jedlersdorf von enormer Wichtigkeit die Wiener*innen in den Prozess einzubeziehen und einen Ort für jene zu schaffen, die Land bewirtschaften wollen und somit den Anbau von Gemüse selbst in die Hand nehmen zu können. Eine Vision war eine vielseitige Vernetzung mit Bäuer*innen, allen voran diejenigen aus dem ÖBV/ Via Campesina Umfeld, um Erfahrungen, Ideen, Tipps und Saatgut zu tauschen. Zudem mit dem Lastenradkollektiv um das selbstgeerntete Gemüse an die Abnehmer*innen zu liefern und schließlich mit *Food-Coops* um Abnehmer*innen für das geerntete Gemüse zu finden. Ein zentrales Element des Projektes war es einen Raum zu schaffen, der frei ist von der alltäglich herrschenden Logik der Produktion und Konsumation von Lebensmitteln und im Gegenzug ein demokratisches System der Produktion, Verteilung und Konsum von Nahrungsmitteln zu schaffen.

Das Kollektiv SoliLa möchte im Kleinen eine alternative Produktions- und Lebensweise verwirklichen. Sie machen sich stark für das Recht auf kooperative, kollektive, autonome, bedürfnisorientierte, kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion in Stadt und am Land. Mit der Verwirklichung dieser Idee will SoliLa leistbare, lokale und gesunde Ernährung unterstützen, die über die überbezahlten „Bio Supermärkte“ hinausgeht (vgl. SoliLa 2012).

11. Gemeinschaftsgärten am Bsp. Rosenbergpark

Auf der Alszeile, im 17. Wiener Gemeindebezirk, liegt hinter Bäumen der Josef-Kaderka Park versteckt. Dieser Park erstreckt sich über eine Gesamtfläche von 1.100 m² und beheimatet einen Kinderspielplatz, ein Fußballfeld, eine BMX-Bahn und seit 2011 auch einen Gemeinschaftsgarten. Der Gemeinschaftsgarten Rosenbergpark wird seit 2013 von dem gleichnamigen Verein, d.h. offiziell von der Stadt Wien gepachtet. Initiiert wurde das Projekt Gemeinschaftsgarten nach jahrelanger Planung vom Gartenpolylog, dem Bezirksvorstand Hernals und den Wiener Wohnpartnern.

Auf 150 m² kann nun gegen einen Betrag von zehn Euro pro Saison in Einzel- oder Gemeinschaftsbeeten gegartelt werden. Allerdings ist der Verein erst seit diesem Jahr alleiniger Pächter der Fläche und ist sich noch nicht ganz sicher, ob der Mitgliedsbeitrag von zehn Euro pro Gartensaison reichen wird, um die Summe zu decken. „Das ist nicht viel und wenn es nicht reicht, dann müssen wir halt wieder einen Flohmarkt machen“, meint Obfrau Dagmar (*Dagmar J.:2013*). Bis zum diesjährigen Herbst hat der Gartenpolylog die Finanzierung übernommen. So lange, bis die Organisation des Gartens auf eigenen Füßen steht. Die Regel ist, dass nach einem Jahr ein Verein das Grundstück vom Gartenpolylog übernehmen muss. Das sei „eine Vorgabe vom Bezirk“, verrät mir Dagmar (ebd.).

Im vergangenen Winter gab es die erste Vorstandssitzung und die Überlegungen zu den Statuten. Die Statuten beinhalten unter anderem das etwas komplizierte Auslosungssystem, die Vorgabe die Beete nur Bio zu bepflanzen und Regeln, wie man mit dem zur Verfügung gestellten Beet umzugehen hat. Weiter ist festgehalten, dass jedes Mitglied sich auch in die Gemeinschaft einbringen, also bei gemeinschaftlichen Aufgaben mitwirken sollte. „Es ist nicht verpflichtend, dass einer rausgeschmissen wird, aber der Sinn ist die Gemeinschaft“, sagt Dagmar im Interview (ebd.). Zu den gemeinschaftlichen Aufgaben gehören z.B.: Rasenmähen und Gießen. Der Hegeleinpark, in dem Dagmar selbst lange mitgewirkt hat, bestimmt mithilfe von Listen, wer wann für was zuständig ist. Gegen ebensolche Listen spricht sich die Obfrau allerdings im Rosenbergpark aus. Sie ist der Meinung, dass nicht alles geregelt werden muss. Es wird grundsätzlich darauf geachtet, dass möglichst alles gemeinschaftlich beschlossen wird. „Manchmal ist es halt nicht so leicht bei so vielen Leute“, so Dagmar (ebd.). Momentan gibt es die Diskussionen über einen Erdhügel im

Garten, der von einigen nicht als Spielplatz gesehen wird und andere freut es, wenn die Kinder die Natur der Sandkiste einige Meter weiter vorziehen. Aktuell gibt es viele Familien mit kleinen Kindern.

Für ein Beet konnten sich die Hernalser*innen im Internet anmelden. Bei der Verlosung und Anmeldung gab es Kriterien, die erfüllt und bei der Vergabe berücksichtigt werden mussten. Mindestens ein Drittel der Gärtner*innen müssen aus Gemeindebauten stammen, da diese über keinen Zugang zu Grünflächen verfügen (Dagmar J.:2013). Einige der Beete wurden auch an das Nachbarschaftszentrum, an eine Schule mit integrativem Schwerpunkt, an ein Gymnasium und einen Kindergarten in der näheren Umgebung vermietet. Der Biologielehrer aus dem Gymnasium nutzt das Gemeinschaftsbeet, um mit den Kindern Experimente zu machen. Mit ihrem aktuellen Projekt begrünen sie den Gartenzaun, indem sie Bohnen ranken lassen.

Die Organisation des Gartens

Die aktuell 38 Mitglieder, die mit ihrem Beet auch einen Schlüssel zum Tor erhalten, teilen sich 29 Beete; weitere 40 Personen befinden sich auf der Warteliste (Der Standard, 7.8.2013). Das Fluktuationsmodell, das von den Wohnpartnern entwickelt wurde, entscheidet, wer ein Beet bekommen soll. Das funktioniert wie folgt: Jedes Jahr müssen zehn Personen ihre Beete verlassen und zehn Neue werden per Los entschieden und die ehemaligen Gärtner*innen kommen wieder auf die Warteliste. Die Interessent*innen werden per Email zu einem Treffen in den Garten eingeladen, um sie über die Grundlagen und Regeln dieses Gemeinschaftsgartens aufzuklären.

Es besteht ein dreijähriger Wechsel, was Gärtner*innen zunehmend kritisieren. Dies sei zu kurz, vor allem weil auch einige Pflanzen mehrjährig wachsen. Außerdem wird zunehmend von den aktiven Gärtner*innen bemerkt, dass eine Gemeinschaft Zeit braucht, um zu wachsen – einige schlagen deshalb einen Zeitrhythmus von fünf Jahren vor (Der Standard:2013). Das Ziel ist eine Fluktuation von mindestens einem Drittel der Beete, um allen Interessent*innen auf der Warteliste aus Fairnessgründen einen Platz im Gemeinschaftsgarten zu machen. Mit der Übergabe des Grundstücks an den Verein Rosenbergpark steht die Idee der Fluktuation allerdings der Gemeinschaftlichkeit im Wege. Denn der Verein besteht teilweise aus einer stabilen Gruppe und damit aus einigen Leuten, die immer da sind und wissen „wie es hier läuft“ (Dagmar J.:2013). Hier wird

Gemeinschaftsgarten im weitesten Sinne als ein Ort erfasst, der von einer Gruppe von Menschen „betrieben“ wird.

Kann auf einer Fläche von ca. 4 m² wirklich für den Eigenverbrauch Gemüse angebaut werden? Dagmar sagt, dass es für sie als alleinlebende Person reiche, sie habe viel Mangold und Salat und für sie sei es auf jeden Fall eine Entlastung, mehr als eine Belastung, „weil so kleine Pflanzen kaufen kostet ja nicht viel“ (Dagmar J.: 2013). Dass Gemeinschaftsgärten Orte der Selbstversorgung sein können, ist wohl eine Illusion. Dies war zumindest einer der Wünsche, die im Zuge der ersten Beet-verlosung formuliert wurden (vgl. Hörantner 2012:55). Viele Gemeinschaftsgärten stellen allerdings auch gar nicht den Anspruch, mit ihrem Projekt ernährungssouverän zu handeln, da viele unterschiedliche Beete und unterschiedle Köpfe den Raum ja nur „nutzen“. Es ist kein Gemeinschaftsprojekt in dem Sinne, als dass eine Fläche zusammen bewirtschaftet wird. Vielmehr ist es ein *top down* initiiertes Projekt, in das ansässige Institutionen aus dem Sozial- und Bildungsbereich, Bewohner*innen aus dem Gemeindebau und aus dem privatem Wohnbau eingebunden werden. Dieser Ort soll also als ein Begegnungsraum für Menschen unterschiedlicher Herkunft dienen und die Basis bilden, auf der Gemeinschaft aufgebaut wird.

Bei diesem Projekt handelt es sich um einen Gemeinschaftsgarten, das mit öffentlichen Geldern finanziert wird und als dauerhafte Einrichtung konzipiert ist. Die Stadt stellte einmalig die Materialien wie Erde, Wasseranschluss und Holzlatten für die Beete zur Verfügung. Motive der Politik für die Durchsetzung dieses Projektes sind unter anderem: die Belebung der Nachbarschaft, Gemeinschaft sowie den Zugang zur Natur in der Stadt bereit zu stellen.

Die Fläche, auf der sich der Gemeinschaftsgarten befindet, ist im Flächenwidmungsplan als Park gekennzeichnet. Durch den Gemeinschaftspark wird zwar einigen der Zutritt zur Natur ermöglicht, anderen wiederum der Zugang zur öffentlichen Parkanlage verwehrt, denn nur mit Schlüssel ist der Zutritt möglich. Zu Beginn des Projektes gab es zahlreiche negative Stimmen aus der Nachbarschaft, ob der Sinnhaftigkeit dieses Gartens und der Einbuße der öffentlichen Fläche (ebd.:50).

Die Politik profitiert zweifelsfrei von solchen Projekten, da Flächen von der Kontrollinstanz zur Verfügung gestellt werden, auf der sich Bürger*innen im kleinen und

kontrollierten Rahmen bewegen können, im Gegensatz zur ungewollten subversiven Strategie der Landbesetzung. Den Bürger*innen wird offiziell die Gestaltung der Freiräume ermöglicht. Da die „Stadt Wien“ Besitzerin dieser Fläche im Josef-Kardnerka Park ist, muss dieser Ort für alle Bürger*innen zugänglich sein, wenn sich Gärtner*innen im Garten befinden. Der Zaun war vom Bezirk gewollt, erzählt Dagmar. Auch ist es ein Anliegen der Gärtner*innen, diesen Garten zu schützen, da sie Angst vor Diebstahl hatten. Zwei Jahre nach der Gründung des Gartens, erzählt Dagmar, sei nichts gestohlen worden – außer von Nacktschnecken. Einmal fehlte ein Kürbis und bestimmt werden auch Tomaten und Beeren gepflückt, dies sei aber schwer nachvollziehbar (Dagmar J.:2013). Die große Auffahrt ist notwendig, damit die Stadtgärtnerei herein fahren kann, um die Bäume zuzuschneiden. Bäume sind die Aufgabe der Stadtgärtnerei, deswegen dürfen auch keine Obstbäume auf der Fläche gepflanzt werden.

Der Anspruch von Gemeinschaftsgärten, ein Begegnungsort zu sein trifft nur bedingt zu – die Begegnungen sind gering bis selten. Viele Mitglieder kommen nur, um sich um ihre eigenen Pflanzen zu kümmern und gehen dann wieder ihrer Wege. „Sonntags gab’s halt immer Brunch wenn das Wetter gepasst hat. Das ist ganz nett. Aber heuer hat sich das noch nicht so eingebürgert“, so Dagmar Anfang Juli 2013 (ebd.).

12. Fazit

Raum an sich ist nicht unmittelbar gegeben, sondern das Resultat sozialer Produktion. Jeder produzierte Ort ist auch ein strukturierter Ort, ein Ort, der die Gesellschaft strukturiert. Das Überleben des Kapitalismus basiert auf eben dieser Schaffung der mystifizierten instrumentalisierten Räumlichkeit. Die Produktion und damit verbundene Kontrolle von Raum, gilt als das Bemächtigungsmittel des Kapitalismus. Die Stadtverwaltung ist in der Lage ihre Machtposition zu sichern, indem sie, durch eine Fragmentierung des städtischen Raumes, kontrollierbare Orte schafft.

Da Gemeinschaftsgärten pulverisierte Teile dieses fragmentierten Raumes sind, bekommen sie durch ihre Vermarktung auch einen Warenwert. Lefebvre würde einen Gemeinschaftsgarten als *abstract space* bezeichnen, denn ein solcher Garten ist ein produzierter, kontrollierter Raum, indem der Staat keinen Widerstand duldet. Laut Lefebvre ist der Urbanismus, der dem Staat zur Herrschaft über den städtischen Raum

verhilft, das wichtigste Instrument zur Programmierung des Raumes. Zugang zu (bewirtschaftbarem) Land in der Stadt ist also nur unter Einhaltung und Beachtung der städtischen Vorgaben möglich.

Durch die Verbauungen der Grünräume verschwindet immer mehr natürlicher Raum in der Stadt. Menschen erinnern sich bloß noch an natürliche Räume und besetzen diese mit Phantasien, denn sie finden jene nicht mehr in der Praxis vor. Gemeinschaftsgärten dienen als Orte, an denen es möglich ist Phantasien der Natur ausleben zu können und erhalten somit die Illusion aufrecht, dass der neu konstruierte natürliche Raum frei zu organisieren, zu administrieren und deshalb frei verfügbar ist. Die Freiheit wird jedoch von Seiten der Stadt mittels der Raumstellung organisiert. Dabei bleibt ein kritischer Blick auf die Verhältnisse des Räumlichen hinter einem Schleier von Illusionen und Ideologien verborgen; es gelingt nicht den Stadtraum als menschliches, politisches, neoliberales Konstrukt zu fassen. Die Organisation dieser Freiheit ist ein machtvoller Prozess. Die politische Macht liegt dabei nicht in der Raumproduktion, sondern in der laufenden Reproduktion dieser Machtverhältnisse im Sinne der Raumstellung.

Im Neoliberalismus dienen räumliche Arrangements als Steuerungs- und Kontrollmedium. Aus diesem Grund werden selbstinitiierte Projekte auf angeeignetem Boden auch nicht geduldet. Die Stadt hätte auf diesen Flächen keine Kontrolle über den Raum und die Menschen, die sich an diesen Orten bewegen. Die Stadtverwaltung verhindert diesen kollektiven Willen und somit auch die Möglichkeit, etwas an den Strukturen und der Verbauung der Stadt zu verändern. Sie ist die stets entscheidende Instanz bezüglich der Sinnhaftigkeit von Projekten. Die Taktik des Regierens erlaubt es, zu jeder Zeit zu bestimmen, was öffentlich und was privat ist. Der Neoliberalismus ist eine Ideologie, die herrschaftsgeleitete Handlungsweisen zu legitimieren und zu sichern versucht. Diese Auferlegung von Wahrheiten verhindert Widerstand im städtischen Raum – Individuen verwandeln sich in Subjekte. Durch die Disziplinierung dieser Subjekte erreicht der Staat ohne viel Aufwand eine Selbstregulierung und Selbstführung der einzelnen Bürger*innen, die verhindert, dass Bewohner*innen ihr souveränes Recht auf die Stadtgestaltung wahrnehmen.

Dieses Recht auf Stadt versteht den Lebensraum als ein Gemeingut und fordert in der Konsequenz die Überwindung des Privateigentums.

Wie bereits erwähnt, bildet sich Raum nicht aus dem subjektiven Erleben heraus, sondern wird im allgegenwärtigen kapitalistischen System von außen über seinen Tauschwert definiert. Aus diesem Grund werden Flächen nur gegen Miete oder Pacht weitergegeben und sei es nur ein symbolischer Euro. Denn nur was einen monetären Wert hat, ist auch etwas wert. Mit dieser Werteanschauung verändert sich jedoch nichts an den bestehenden Eigentumsverhältnissen in unserer Gesellschaft. Die Technologien des Selbst determinieren Menschen in ihrem Verhalten dahingehend, dass sie Gegenstände oder Orte nur nutzen, wenn sich diese auch rechtmäßig in ihrem Besitz befinden. Diese indoktrinierte Selbst-Regierung, diese komplexe Form der Macht, hat die Bevölkerung als Hauptzielscheibe, um stets mehr Macht zu ergreifen. Auf diese Art und Weise kommt es laut Foucault zu einer fortschreitenden Verstaatlichung menschlicher Verhaltensweisen. Der Regierungsbegriff nach Foucault ermöglicht es, die Selbsttechnik und die Lenkung der Individuen als eine Verknüpfung zu erkennen, die notwendig ist, um die Machtkonstellationen hinter den Zugangsbeschränkungen zu Land in der Stadt zu verstehen. Somit lässt sich auch nachvollziehen, inwieweit der Raum Stadt als Medium sozialer Kontrolle funktioniert.

Der Raum, den wir als Stadt bezeichnen, ist mitunter von den Faktoren Zeit und Kapital bestimmt. Zeit, die Stadtbewohner*innen fehlt, um sich mit der Herkunft ihrer Lebensmittel zu beschäftigen und ihre Konsumweise zu reflektieren. Zeit ist kostbar. Zeit ist wertvoll. Zeit fehlt, um den Kontakt mit der*dem Produzent*in zu pflegen. Stattdessen werden in wohnungsnahen Supermärkten Lebensmittel eingekauft, die uns versprechen, gesund und fair produziert zu sein. Es fehlt nicht nur an Zeit, sondern auch an verfügbarem Raum, um sich selbstbestimmt ernähren zu können. Der verfügbare Grünraum wird gekauft und wieder verkauft, um noch mehr unnatürlichen Lebensraum zu produzieren.

Wie diese Arbeit zeigt, braucht es ein Umdenken im Umgang mit den Ressourcen und Gemeingütern in der Stadt Wien. In diesem Zusammenhang geht es nicht nur um den freien Zugang zu Land an sich. Es geht primär um die Möglichkeit der Nutzung von Land in der Stadt. Für eine Nutzung des Landes abseits der Marktlogik der Stadtverwaltung. Es geht um alle Grünflächen, die tendenziell nutzbar sind, ob sie nun im Flächenwidmungsplan als Ackerfläche oder Bauland verzeichnet sind.

Denn allen Bewohner*innen gehört das StadtLand mit all' ihren Brachflächen, leer stehenden Lokalen, öffentlichen Plätzen, Straßen und Gehsteigen. Aus diesem Grund sind alle Bewohner*innen gleichmäßige Nutzer*innen und sollten deswegen in demokratische Prozesse eingebunden werden, die sich mit der Zukunft des gemeinsamen Lebensraumes auseinandersetzen. Die zunehmende Privatisierung städtischer und öffentlicher Flächen ist kein nachhaltiger Weg. Das StadtLand geht momentan immer mehr von öffentlichem in privates Eigentum über und „gehört“ somit nicht mehr allen Menschen. Zugang zu Land in der Stadt Wien ist also sehr stark durch wirtschaftliche und monetäre Interessen geprägt und wird zusätzlich durch den Fakt erschwert, dass durch die zunehmende Verbauung, immer weniger potenziell nutzbare Flächen vorhanden sind.

Wenn sich die Stadt Wien schon mit den Federn der grünen, sozialen Stadt schmückt, sollte sie ihre nicht-demokratischen Prioritätensetzungen dringend verändern. Es bedarf einer Wertehaltung, die den direkten Nutzen der Grünflächen im alltäglichen Leben in den Fokus nimmt und über den monetären Wert hinaus schätzt. Es geht um einen vernünftigen und unerschrockenen Umgang mit Brachflächen und Grünflächen in der Stadt. Es geht darum, dass die Politik in diesen Orten mehr Potenzial erkennt als zukünftiges Bauland. Diese Flächen können dazu dienen, eine gemeinsame Stadt und eine demokratische Stadtpolitik (er-) lebbar zu machen.

Um es pathetisch auszudrücken: Gut Ding braucht Weile. Gut Ding kann aber auch zu lange brauchen – solange bis die Grünflächen dieser Stadt durch Privatisierung, Versiegelung und Verbauung unwiederbringlich verloren gegangen sind.

Ich schließe mich der Meinung der Autor*innen der Studie *Land concentration, land grabbing and people's struggles in Europe* an, die davon überzeugt sind, dass es wichtig ist, urbane Kämpfe um Ernährungs- und Landsouveränität zusammen zu denken. Es gilt in einer gesundheitsorientierten Gesellschaft, wie der österreichischen, die Debatte um ein alternatives Agrar- und Lebensmittelsystem zu führen, nicht primär auf ländlicher, sondern speziell auf urbaner Ebene.

Diese Arbeit kann dazu dienen, die Praxis anhand bestehender Theorien zu reflektieren und somit individuelle Handlungsräume wieder sichtbar zu machen. Sie soll dazu anregen, über die angesprochenen Themen nachzudenken, im Alltag sein Handeln zu reflektieren

und Lösungen für eine zukunftsfähige Stadt zu finden, die nicht primär der Wirtschaftlichkeit gehorchen. Um den Stadtraum dauerhaft mit selbstgestalteten und selbstverwalteten Projekten beleben zu können, bedarf es einer Herauslösung städtischer Räume aus der kapitalistischen Verwertungslogik. Nur so kann eine Stadt entstehen, die den Bedürfnissen aller entspricht.

„Die Praxis des Hegens und Pflegens der Pflanzen, die Rücksichtnahme auf deren eigenen Rhythmus und die Fürsorge halten ein widerständiges Potential gegen die herrschende neoliberale Ordnung inne“ (vgl. Werner 2012:61).

13. Literaturverzeichnis

Bennholdt-Thomsen, Veronika (2012): Subsistenz – Perspektiven für eine Gesellschaft, die auf Gemeingütern gründet. In: Helfrich, Silke; Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: transkript

Bennholdt-Thomsen, Veronika (2003): Wovon leben unsere Städte wirklich? Subsistenzorientierung statt Geldorientierung. In: Bennholdt-Thomson, Veronika; Faracías, Nicholas; Werlhof, Claudia von (Hg.): Subsistenz und Widerstand. Wien: Promedia Verlag

Bohn, Katrin; Viljoen, André (2012): Produktive Stadtlandschaft. Über ungewöhnliche Verbinden von Stadt und Ernährung. In: Müller, Christa (Hg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München: Oekom

Brand, Ulrich; Lösch Bettina; Thimmel, Stefan (Hg.)(2007): ABC der Alternativen. Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Ziviler Ungehorsam“. Hamburg: VSA-Verlag

Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (2000): Gouvernamentalität und Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Caffentzis, George (2010): The Future of „The Commons“: Neoliberalism's „Plan B“ or the original Disaccumulation of Capital? In: New Formations, 69, 1: 23-41.

Exner, Andreas; Kratzwald, Brigitte (2012): Solidarische Ökonomie & Commons. INTRO. Eine Einführung. Wien: mandelbaum.

Foltin, Robert (2011): Und wir bewegen uns noch. Zur jüngeren Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich. Wien: mandelbaum kritik & utopie

Forster, Franziskus (2008): Ernährungssouveränität: Alternativen, Widerstand und Perspektiven. Über die gesellschaftspolitische Relevanz von Ernährung. In: Kurwechsel 3/ 2008, S. 59-69

Foucault, Michael (1991): Andere Räume. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadt- Räume. Die Zukunft des Städtischen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 65 – 73

Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernamentalität II. Die Geburt der Biopolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Foucault, Michel (2005): Analytik der Macht. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I. 19. Auflage 2012. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Füller, Hennig/Marquardt, Nadine (2012): Gouvernamentalität in der humangeographischen Diskursforschung. In: Georg Glasze, Annika Mattissek (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, Bielefeld: transcript, S. 83-106.

- Gebhard, Dirk; Holm, Andrej (2011):** Initiativen für ein Recht auf Stadt. In: Holm, Andrej; Gebhard, Dirk (Hg.); Initiative für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag, S. 7 – 25
- Hauser-Schäublin, Brigitta (2008):** Teilnehmende Beobachtung. In: Beer, Bettina (Hg.): Methoden ethnologischer Feldforschung. Berlin: Reimer, 33-54.
- Harvey, David (1991):** Geld, Zeit, raum und die Stadt. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadträume. Die Zukunft des Städtischen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 149 – 169
- Harvey, David (2007):** Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Hamburg: VSA – Verlag
- Harvey, David (2008):** Zwischen Raum und Zeit: Reflektionen zur Geographischen Imagination. In: Belina, Bernd (Hg.): Raumproduktionen. 1972- . Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 36 – 61
- Harvey, David (2012):** Rebel Cities. From the Right to the city to the urban Revolution. London/ New York: Verso
- Heldke, Lisa (2012):** Urbanes Gärtnern und die Erzeugung von Gemeinschaft. In: Krasny, Elke/Architekturzentrum (Hg.): Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Wien: Turia+Kant, S. 116-125
- Hörantner, Esther (2012):** „Community Gardening“. Eine ethnographische Betrachtung dreier Gemeinschaftsgärten in Wien oder von der Gemeinschaft im Garten. Diplomarbeit.
- Kammler, Clemens; Parr, Rolf; Schneider Ulrich Johannes (2008):** Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart: J.B. Metzler
- Keil, Roger (1991):** Handlungsräume/ Raumhandeln. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadträume. Die Zukunft des Städtischen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 185 – 209
- Kratzwald, Brigitte (2011):** ... und in der Stadt? In: Grüne Bildungswerkstatt Wien (Hg.): Die Zeit ist Reif für Ernährungssouveränität. Wien: Remer Print, S. 22-23
- Kratzwald, Brigitte (2012):** Commons. Gesellschaft neu denken. Folien des Vortrags am Institut Soziologie Wien vom 22.11.2012
- Krasny, Elke (2012a):** Hands on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. In: Krasny, Elke/ Architekturzentrum (Hg.): Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Wien: Turia+Kant, S. 8-38
- Krasny, Elke (2012b):** Handlungsfähigkeit ergärtnern. Ein Interview mit der Kulturtheoretikerin Elke Krasny zu Urban Gardening in der Krise. In: Malmoe 60. S.23
- Lamnek, Siegfried (2005):** Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4., vollständig überarbeitete Auflage. Basel: Beltz Verlag

Läpple, Dieter (1991): Gesellschaftszentriertes Raumkonzept. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadt- Räume. Die Zukunft des Städtischen. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 35 – 47

Lefebvre, Henri (1972): Revolution der Städte. München:

Lemke, Thomas (2005): Nachwort. In: Michael Foucault: Analytik der Macht. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Löw, Martina; Steets, Silke; Stoetzer, Sergej (2008): Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. Opladen: Barbara Budrich

Mayer, Margit (2011): Recht auf die Stadt-Bewegungen in historischer und räumlich vergleichender Perspektive. In: Holm, Andrej; Gebhard, Dirk (Hg.): Initiative für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag, S. 53 – 79

McCann, Eugene J. (2007): Rasse, Protest und öffentlicher Raum. Lefebvre in der US-amerikanischen Stadt. In: Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 235 – 255.

Michel, Boris (2005): Stadt und Gouvernamentalität. Münster: Westfälisches Dampfboot

Möhrs, Kim et al. (2013): The politics of land and food in cities in the North: Reclaiming urban agriculture and the struggle Solidarisch Landwirtschaften! (SoliLa!) in Austria. In: Franco, Jennifer C.; Borrás, Saturnino M. Jr.: Land concentration, land grabbing and people's struggles in Europe. Transnational Institute (TNI) for European Coordination Via Campesina and Hands off the Land network S. 104-138

Müller, Christa (2012): Urban Gardening. Grüne Signaturen neuer urbaner Zivilisationen. In: Müller, Christa (Hg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München: Oekom

Novy, Klaus (2012): Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Wiener Siedler nach dem 1. Weltkrieg. In: Krasny, Elke/Architekturzentrum (Hg.): Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Wien: Turia+Kant, S. 128-159

Patel, Rajeev (2009): Food sovereignty. In: Journal of Peasant Studies, 36:3, S. 663 – 706

Schmid, Christian (2005): Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. 2. Auflage. Stuttgart: Steiner

Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht die Stadt. In: Holm, Andrej; Gebhard, Dirk (Hg.): Initiative für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag, S. 25 – 53

Seidling, Andrea (2012): Tomaten in der Gartenstadt. Über die sogenannte Gartenstadt Tivoli und die letzten verbliebene Siedlergenossenschaft am Rosenhügel. Über Riesen-Thujen, kleine Freiland-Experimente und „Peak-Everything“. In: Krasny, Elke/Architekturzentrum (Hg.): Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Wien: Turia+Kant, S. 128-159

Seiß, Reinhard (2013): Wer baut Wien? Hintergründe und Motive der Stadtentwicklung Wiens seit 1989. Salzburg - München - Wien: Verlag Anton Pustet

Selle, Klaus (2010): Die Ko-Produktion des Stadtraumes – Neue Blicke auf Plätze, Parks und Promenaden. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung. N.40, S.47-52

Soja, Edward W. (2008): Verräumlichungen: Marxistische Geographie und kritische Gesellschaftstheorie. In: Belina, Bernd (Hg.): Raumproduktionen. 1972- . Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 77 – 110

Werner, Karin (2012): Eigensinnige Beheimatung. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstands gegen die neoliberale Ordnung. In: Müller, Christa (Hg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München: Oekom

Internetquellen

Attac (2011): Ernährungssouveränität, GAP (Gemeinsame Agrarpolitik), <http://www.youtube.com/watch?v=KtppTMUnceM> □letzter Zugriff: 8.5.2013□

Agrarstruktureller Entwicklungsplan:

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/landschaft-freiraum/landschaft/landwirtschaft/agstep.html> □letzter Zugriff: 22.8.2013□

Architekturzentrum Wien (2003): <http://www.nextroom.at/building.php?id=2618> □letzter Zugriff: 4.11.2013 □

Brand, Ulrich (2008): „Umwelt“ in der neoliberalen-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik. http://www.univie.ac.at/intpol/wp-content/uploads/2010/03/10_u-brand_2008-widerspruch.pdf □letzter Zugriff: 29.10.2013□

Baumscheibenbepflanzung in Wien:

www.gbstern.at/uploads/media/Garteln_ums_Eck_04.pdf □letzter Zugriff: 28.11.2013□

Bundesimmobiliengesellschaft: <http://www.big.at/it/ueber-uns/unternehmen> □letzter Zugriff: 23.8.2013 □

Bundesimmobiliengesellschaft und aktuelle Projekte:

http://www.big.at/fileadmin/user_upload/Media/04_News-Presse/%C3%9Cbersicht_Projekte_Wien.pdf □letzter Zugriff: 23.8.2013□

Commons und Commoning: <http://blog.commoners.at/commons/was-ist-commoning/> □letzter Zugriff: 17.10.2013□

Critical Mass: <http://www.criticalmass.at/about/was-ist-critical-mass> □letzter Zugriff: 4.11.2013 □

Der Standard berichtet über die Räumung SoliLas (2012):

<http://derstandard.at/1334796288491/Wien-Floridsdorf-Boku-liess-besetztes-Feld-von-privaten-Sicherheitskraeften-raeumen> □letzter Zugriff: 4.11.2013 □

- Dérive Radio für Stadtforschung: Sendung Gentrifizierung: Unfair, aber normal?**
<http://cba.fro.at/244612> □letzter Zugriff: 17.10.2013□
- FAO (2013): Hunger statistics,** <http://www.fao.org/hunger/en/>, [Zugriff:17.9.2013]
- FAO (1996): World Food Summit of Action,**
<http://www.fao.org/docrep/003/w3613e/w3613e00.HTM>, [Zugriff:17.9.2013]
- Foodcoops:** www.foodcoops.at □letzter Zugriff: 4.9.2013 □
- Forderungen SoliLas:** <http://17april.blogspot.eu/2012/03/22/land-denen-die-es-bewirtschaften/> □letzter Zugriff: 9.5.2013□
- Gemeinschaftsgarten Rosenbergpark:** <http://gemeinschaftsgartenhernals.wordpress.com/>
□letzter Zugriff: 28.5.2013□
- Gemüsehauptstadt Wien:** <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/landschaft-freiraum/landschaft/landwirtschaft/gemuese.html> □letzter Zugriff: 22.8.2013□
- Habermann, Friederike (2011): Gutes Leben mit Ecommony. URL:**
<http://www.streifzuege.org/2011/gutes-leben-mit-ecommony> [letzter Zugriff: 31.8.2013)
- IG Kultur Wien (2010): Perspektive Leerstand. Erster Teil einer dreiteiligen Studie zum Themengebiet Leerstandsnutzung, Zwischennutzungen, und Freiräume. In:**
http://www.igkulturwien.net/fileadmin/userfiles/Studien/Studie_Perspektive_Leerstand_Teil1.pdf [Zugang: 8.5.2013]
- Kleingartenverein auf der Schmelz:** <http://www.kgv-zukunft.at/chronik.htm> □letzter Zugriff: 19.8.2013 □
- Landwirtschaftskammer Wien (2011): Landwirtschaftsbericht Wien. URL:** <http://www.lk-wien.at/?id=2500%2C1643887%2C%2C> □letzter Zugriff: 9.5.2013□
- Lebensministerium (2012): Versorgungsbilanzen 2012. URL:**
<http://www.lebensministerium.at/lebensmittel/lebensmittelbericht/lebensmittelbericht.html>
□letzter Zugriff: 16.1.2014□
- Lefebvre und das Recht auf Stadt:** http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Henri_Lefebvre
□letzter Zugriff: 20.9.2013□
- Mittendorfer, Elisabeth (2013): Gemeinschaftsgärten in Wien-Hernals bängen um ihre Beete. In: derstandard.at, URL:**
<http://derstandard.at/1373513982339/Gemeinschaftsgaertner-in-Wien-Hernals-bangen-um-ihre-Beete?seite=3#forumstart> □letzter Zugriff: 24.8.2013□
- Mullis, Daniel (2011) „Neoliberale Stadt“ - Entwicklungen und Folgen einer neoliberalen Stadtpolitik. URL:** <http://static.twoday.net/rageo/files/Die-Stadt-im-Neoliberalismus.pdf>
- Nyeleni Forum (2007): Erklärung Ernährungssouveränität**
<http://www.nyeleni.org/spip.php?article331>, [Zugriff:17.9.2013]
- Obermayr, Martin (2011): Es sprießt was im Hernalser Kaderka-Park. In: derStandard.at, URL:** <http://derstandard.at/1308680367325/Wien-Es-spriesst-was-im-Hernalser-Kaderka-Park>, □letzter Zugriff: 15.9.2013□

Ö1, Radiokolleg, Sendungsreihe: „Recht auf Stadt“: www.oe1.orf.at □letzter Zugriff: 28.8.2013□

Pfeiffer, Zara (2008): <http://foucaultundco.blogspot.co.at/2008/08/geschichte-der-gouvernementalitt.html> [Zugriff:17.8.2013]

Rampell, Catherine (2012): Elinor Ostrom, Winner of Nobel in Economics, Dies at 78. Elinor Ostrom: http://www.nytimes.com/2012/06/13/business/elinor-ostrom-winner-of-nobel-in-economics-dies-at-78.html?_r=0 □letzter Zugriff: 4.12.2013□

Razeto, Luis M. (1999): La Economía de Solidaridad: Concepto, Realidad y Proyect. In: Persona y Sociedad, Volumen XIII, No 2, Santiago de Chile. URL: <http://www.luisrazeto.net/content/solidarwirtschaft-begriff-realit%C3%A4t-und-project> [Zugriff: 4.12.2013]

Seiß, Reinhard (2011): Drüber der Donau. URL: <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/701267/Drueber-der-Donau> [letzter Zugriff: 5.11.2013]

SoliLa 2012 und die Besetzung in Jedlersdorf: <http://17april.blogspot.eu/solila-2012/> □letzter Zugriff: 28.5.2013□

SoliLa 2013 und leistbares Wohnen: <http://solila.blogspot.eu/presse/presseaussendungen/> □letzter Zugriff: 6.12.2013□

SPÖ Wien und Förderungen für der Gemeinschaftsgärten: <http://www.wien.spo.e.at/umwelt/stadt-wien-foerdert-gemeinschafts-und-nachbarschaftsgaerten> □letzter Zugriff: 2.11.2013□

Studien zur Stadtentwicklung Wien: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b007583.pdf> □letzter Zugriff: 28.5.2013 □

Wiener Gemeinschaftsgärten: <http://www.gartenpolylog.org/en/de> □letzter Zugriff: 28.5.2013 □

Winroither, Eva (2012): Zwischennutzung: Wiens neue Pläne für leere Wohnungen. In: derStandard.at, URL: <http://diepresse.com/home/panorama/wien/1271079/Wiens-neue-Plaene-fur-leere-Wohnungen> □letzter Zugriff: 31.10.2013□

Via Campesina (1996): The right to produce and access to land. Voice of the Turtle. <http://www.voiceoftheturtle.org/library/1996%20Declaration%20of%20Food%20Sovereignty.pdf>, [letzter Zugriff: 18.9.2013]

Bildquellen

Alle Fotos stammen aus dem SoliLa Archiv.

14. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Triade nach Henri Lefebvre, Quelle: Schmid (2005:192-244)

Abbildung 2: Mobilisierungsflyer SoliLa 2012

Abbildung 3: Agrarstruktureller Entwicklungsplan Stadt Wien, Quelle:
<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/landschaft-freiraum/landschaft/landwirtschaft/agstep.html> [letzter Zugriff: 22.8.2013]

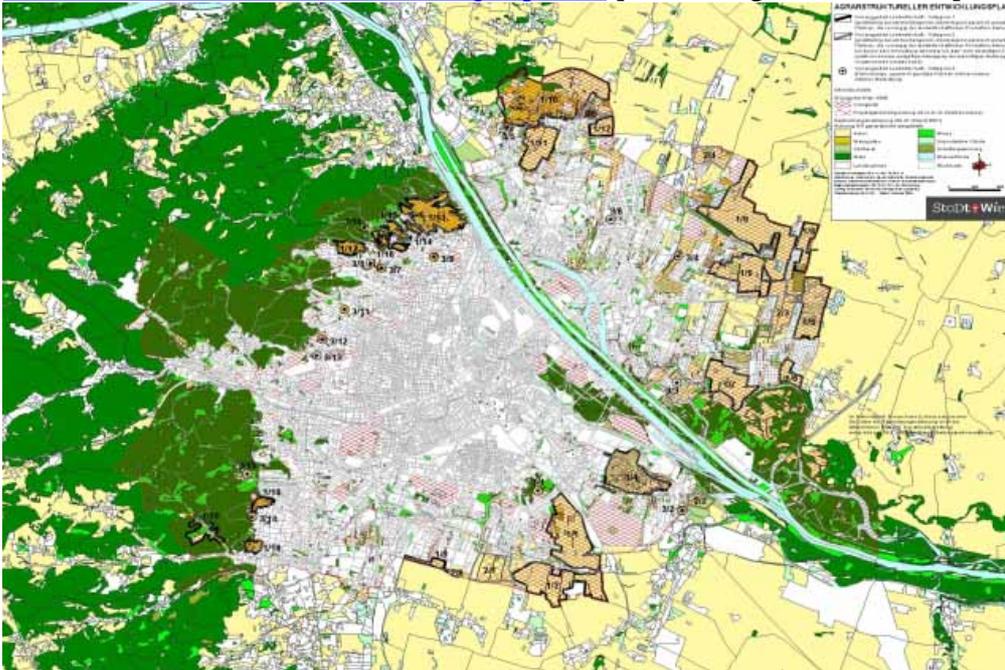
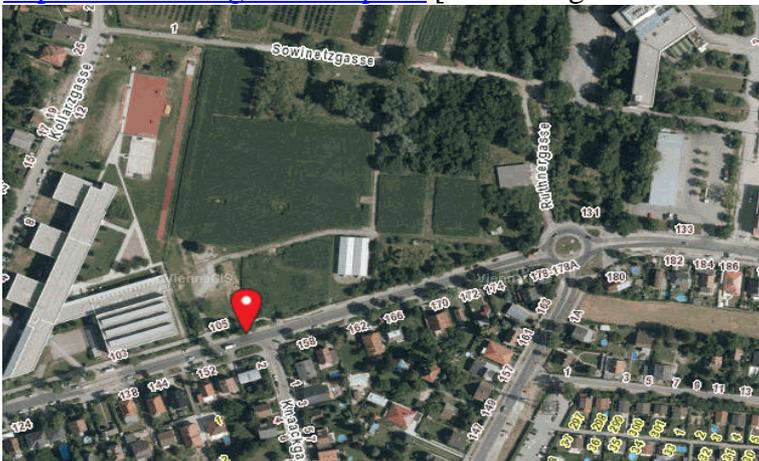


Abbildung 4: Grün- und Freiflächen Wien 2008. Quelle:
www.wien.gv.at/stadtentwicklung/ma18/ [letzter Zugriff: 22.8.2013]

Abbildung 5: Fläche in der Gerasdorferstraße 105. Quelle:
<http://www.wien.gv.at/stadtplan/> [letzter Zugriff: 20.1.2014]



Anhang

Interview und Informelle Gespräche

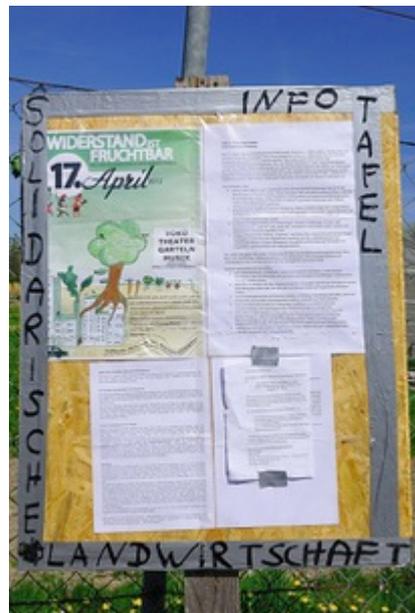
1. Interview/ Informelles Gespräch mit Dagmar Jenewein., am 10.7.2013, Ort: Rosensteinpark
2. Informelles Gespräch mit Co Autor der Studie, Lukas Rauth, am 8.9.2013
3. Informelles Gespräch mit Aktivist*innen der Gruppe SoliLa

Fotos der Landbesetzung Jedlersdorf 2012









Abstract (deutsch)

Während die Stadt Wien immer mehr verbaut wird und zunehmend ein Ausverkauf der Stadt stattfindet, steigt gleichzeitig das Bedürfnis der Bewohner*innen auf Natur im urbanen Raum. Die grünen Stadtteile weichen zunehmend Betonlandschaften. Landwirtschaftliche Flächen werden schneller versiegelt oder umgewidmet und bleiben lange Zeit ungenutzt um Spekulationen mit diesen Grundstücken zu betreiben. Diese Zerstörung von fruchtbarem Boden ruft Empörung auf den Plan. Immer mehr Menschen machen sich wieder Gedanken zum guten Leben und in welcher Stadt sie leben wollen. Neue Projekte entstehen in der ganzen Stadt, sowohl privat als auch „öffentlich“. Einige Projekte sind politisch motiviert, andere werden in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung realisiert und auch finanziert. Im Zuge dieser Realisierung wird zunehmend öffentliches Land reglementiert und beschränkt.

In dieser Arbeit, werden die unterschiedliche Strategien des Landzugangs in der Stadt anhand zweier Fallbeispiele, dargestellt. Die zwei gewählten Beispiele zeigen zum einen motivierte junge Menschen, die mit der Strategie der Besetzung Brachflächen nicht länger ungenutzt lassen wollen und sich gegen die Verbauungen von Grünflächen in der Stadt stark machen. Die Gruppe will außerdem dazu anregen einen differenzierten Blick auf die Nahrungsmittelproduktion zu werfen und das Potenzial in den Grünflächen der Stadt zu erkennen. Die Grünflächen sind wichtige Ressourcen die es gilt nicht ausschließlich als Baugrund zu betrachten, sondern als landwirtschaftlich nutzbare Flächen in der Stadt. Einen Kontrast zum „von unten“ initiierten Projekt, bildet das Projekt der Stadt Wien, der Gemeinschaftsgarten Rosenbergpark. Er entstand auf einer ehemals öffentlich genutzten Fläche. Anhand dieses Beispiels wird ersichtlich wie weit die Stadt Wien den Zugang reguliert und wie frei die einzelnen Gärtner*innen in ihrer Entscheidung und Teile der Bevölkerung ausgeschlossen von diesem öffentlich finanzierten Projekt sind.

Die Stadt steht hierbei im Mittelpunkt meiner Forschung und die Erkenntnis. Als ein sozial konstruierter Raum, der es allen Menschen zu gleichen Teilen erlaubt diesen Raum zu nutzen und zu gestalten. Der Stadtraum ist gegenwärtig oft ein Raum der Zwänge und Vorschriften und diese sind meist verinnerlicht und werden selten bis gar nicht hinterfragt. Um eine zukunftsorientierte Stadt zu sein, muss die Stadtgestaltung wieder demokratischer sein.

Abstract (English)

Vienna is a city that is growing and becoming increasingly built-up. Lands are being sold off for development without consideration for open public spaces and specifically green areas, such as parks and gardens. These green areas are being handed over to investors who are driven only by economic factors to build concrete jungles for profit.

Agricultural lands are quickly being snapped up as speculations regarding re-zoning and development grow. This causes land to be unused for long periods of time and is destructive for fertile ground. At the same time, the demand for rural lands increases. New development-projects are established by ‘whole towns’ together with private developments. Some projects are simply politically motivated and some are carried out in cooperation with the city administration. As this trend grows, rural country lands are increasingly regulated and further limited.

In this piece of work, the different strategies of land access are shown in the town with the help of two case studies. One aspect that is highlighted is young people who are attempting to gain access to land for the purpose of occupying and utilising the land. Their battle is with unused or wasted land lots and other land that may impact the lining of green areas in the town.

More importantly, the group aims to inspire a new perspective of food production within the green areas of any town. The goal is to highlight the need for a reduction in the progress of development and rather to shift the focus to agricultural uses for food production that green areas could represent. These green areas are vitally important resources and there exists a need to creatively rethink the purpose of such lands.

The project of the city of Vienna, the communal garden “Rosenbergpark” forms a contrast to the project initiated from a self-organized community. The Park was once a publicly used area and is no longer accessible for all of Vienna’s citizens. It is now a privately controlled piece of land and highlights precisely the issue of reducing public land spaces. In the end it shows how free the single Gardeners really are in their decisions and usage of this former public area.

The town stands, on this occasion, in the center of my research. As a socially contrived space, all people have the right to access, use and form public spaces. Presently the town space is often a space of compulsions and regulations and these are mostly internalised by people living in cities. This might be the reason for a lack of resistance against commercialisation. To be a future-oriented town, the town creation must be more democratic again.

Lebenslauf

Name Katharina Reitterer
Wohnort: Wien (A)

Schule und Ausbildung

2009-2014 Studium der Internationalen Entwicklung
2007-2009 Hotel Stadthalle
2006 Matura Hotel- und Tourismusschulen MODUL
2005 Ausbildung abgeschlossen zur Tourismuskauffrau

Tätigkeiten und Berufserfahrungen:

September 2011 - Dezember 2011: Volontariat bei Aldea Yanapay in Cusco/ Peru
November 2008 - März 2009: Aufenthalt in Toubacouta/ Senegal
Mai 2007 - November 2008: Boutique Hotel Stadthalle: Rezeption und Sales & Marketing
2007 - 2010: Reisebegleiterin und -organisatorin nach: Vietnam und Kambodscha, Malaysia und Singapur, Kuba, Las Vegas und San Francisco
August 2006 - Februar 2007: Internship-Programm bei Magna International Inc., Toronto, Ontario, Kanada
2003 - 2005: jährliche Praktika von 3 Monaten in diversen Hotels; Steiermark, Schweiz und Vereinigte Staaten.